Sachsen-Anhalt-Monitor 2012

Mitten im Land

Blicke auf das Eigene und das Fremde

Everhard Holtmann • Tobias Jaeck • Kerstin Völkl

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V.

Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-**L**uther-**U**niversität Halle-Wittenberg

Erhebung im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt mbH

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen-Anhalt ab 18 Jahren

Stichprobe: Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe

Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)

Fallzahl: N = 1.250

Erhebungszeitraum: 02. Juli 2012 bis 25. Juli 2012

Institut: aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung / www.aproxima.de

Anmerkung zur Grammatik und Orthographie: Zugunsten einer besseren Lesbarkeit wird im Folgenden auf die Unterscheidung des Genus verzichtet und ausschließlich das Maskulinum verwendet, in dem das feminine Geschlecht – sofern nicht ausdrücklich erwähnt – jedoch immer mitgedacht und -gemeint ist.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage **2**

Inhaltsverzeichnis **3**

Abbildungsverzeichnis **4**

Tabellenverzeichnis **7**

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse **9**

1 Verbundenheit der Bewohner mit dem Land **16**

2 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit **24**

3 Sachsen-Anhalt und seine Eigenschaften **29**

4 Wissen über das Land **33**

5 Politische Involvierung und Politische Responsivität **36**

5.1 Einbindung der Bürger in die Politik 36

5.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems 37

6 Einstellungen zur Demokratie **39**

7 Freiheit – Gleichheit – Sicherheit **46**

8 Gerechtigkeit **50**

9 Problempriorität und Leistungskompetenz **56**

10 Die Wahrnehmung der DDR **63**

10.1 Einstellungen zur DDR 63

10.2 Drei Dimensionen des DDR-Bildes 65

11 Vertrauen in die Politik **79**

12 Fremdenfeindlichkeit, Toleranz, Antisemitismus und nationale Überhöhung **88**

12.1 Einstellungen zu Ausländern 88

12.2 Toleranz 96

12.3 Antisemitismus 97

12.4 Patriotismus 101

13 Ein politischer Problemraum: die „Landstadt“ **107**

Fragebogen **116**

Autorenverzeichnis **126**

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf 17

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten 2012 17

Abb. 3 Verbundenheitsgefühl nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt 20

Abb. 4 Verbundenheitsgefühl nach Alter 21

Abb. 5 Verbundenheitsgefühl nach Kreisen 22

Abb. 6 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft 24

Abb. 7 Regionale wirtschaftliche Lage nach Regionen, Kreisen und Gemeindegrößenklassen 25

Abb. 8 Eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Einkommen 26

Abb. 9 Eigenschaften Sachsen-Anhalts 29

Abb. 10 Eigenschaften Sachsen-Anhalts nach Kreiszugehörigkeit 31

Abb. 11 Beurteilung des Werbespruchs „Wir stehen früher auf“ nach ausgewählten Individualmerkmalen 32

Abb. 12 Landeswissen nach Kreisen und Gemeindegrößenklassen 33

Abb. 13 Landeswissen nach ausgewählten Individualmerkmalen 34

Abb. 14 Entwicklung der politischen Involvierung im Zeitverlauf 37

Abb. 15 Problemlösungskompetenz des Staates nach Demokratiezufriedenheit 43

Abb. 16 Demokratieverständnis im Generationenvergleich 44

Abb. 17 Freiheit vs. Gleichheit 47

Abb. 18 Freiheit vs. Sicherheit 48

Abb. 19 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland 50

Abb. 20 Dringlich wahrgenommene Probleme im Zeitverlauf 57

Abb. 21 Problemlösungskompetenz der Politik 58

Abb. 22 Differenz zwischen Problempriorität und -lösungskompetenz 59

Abb. 23 Problemlösungskompetenz nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 60

Abb. 24 Allgemeine Problemlösungskompetenz nach Vertrauen in politische Institutionen, Parteisympathie, Demokratiezufriedenheit und Responsivität 61

Abb. 25 Abhängigkeitsmodell Performanzbewertung mit Indikatoren der Systembewertung 62

Abb. 26 Drei Dimensionen des DDR-Bildes 66

Abb. 27 Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 68

Abb. 28 Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 69

Abb. 29 Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Region, Gemeindegrößenklasse und Herkunftskreis 70

Abb. 30 Lebenswelten in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 72

Abb. 31 Lebenswelten in der DDR nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 73

Abb. 32 Lebenswelten in der DDR nach Region, Gemeindegrößenklasse und Landkreis 74

Abb. 33 Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 75

Abb. 34 Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 76

Abb. 35 Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Region, Gemeindegrößenklasse und Landkreis 77

Abb. 36 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf 80

Abb. 37 Institutionenvertrauen nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 84

Abb. 38 Institutionenvertrauen nach Einschätzung der Lage in Sachsen-Anhalt, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 85

Abb. 39 Institutionenvertrauen nach Responsivität, politischem Kompetenzgefühl, Gerechtigkeitsempfinden und Demokratieidee 86

Abb. 40 Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich 90

Abb. 41 Ausländerfeindlichkeit nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Bildung und Demokratiezufriedenheit 91

Abb. 42 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern im Deutschlandvergleich 92
Abb. 43 Ausländerfeindlichkeit nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 93
Abb. 44 Ausländerfeindlichkeit nach Landkreisen 94
Abb. 45 Antisemitismus nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 99
Abb. 46 Antisemitismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 100
Abb. 47 Antisemitismus nach Region und Landkreisen 101
Abb. 48 Patriotismus nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit 104
Abb. 49 Patriotismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf 105
Abb. 50 Patriotismus nach Region und Landkreisen 106
Abb. 51 Lebenslagen und Bewertung der Demokratie 108
Abb. 52 Politisches Weltbild 109
Abb. 53 Gesellschaftliche Problemlagen 110
Abb. 54 Grundrechte und DDR-Bild 111
Abb. 55 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Nationalismus, Intoleranz 112

Tabellenverzeichnis

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Geschlecht, Beruf und Erwerbstätigkeit 18

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Parteipräferenz 19

Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Geburtsland 20

Tab. 4 Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und Europa nach politischem Interesse und politischer Gemeindegrößenklasse 23

Tab. 5 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Alter und Erwerbstätigkeit 27

Tab. 6 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz 28

Tab. 7 Politische Involvierung nach Geschlecht, Bildung und Familienstand 37

Tab. 8 Responsivitätsgefühl nach Parteisympathie 38

Tab. 9 Demokratie als beste Staatsidee 39

Tab. 10 Diktatur als alternative Staatsform 39

Tab. 11 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschland nach Altersgruppen 41

Tab. 12 Zufriedenheit mit Lebenssituation nach Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland 41

Tab. 13 Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Parteisympathie 42

Tab. 14 Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteisympathie 47

Tab. 15 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Geschlecht 51

Tab. 16 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf 51

Tab. 17 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss 51

Tab. 18 Gerechtigkeitsempfinden nach Region und Gemeindegrößenklasse 52

Tab. 19 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit 52

Tab. 20 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beurteilung der eigenen derzeitigen wirtschaftlichen Lage 53

Tab. 21 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland 53

Tab. 22 Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf 54

Tab. 23 Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit 54

Tab. 24 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung 64

Tab. 25 Einstellungen zu Ausländern nach Alter und Bildung 89

Tab. 26 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in Bereichen des persönlichen Umfelds 92

Tab. 27 Beurteilung eines ausländerfeindlichen Szenarios nach Alter und Bildung 95

Tab. 28 Einstellung zur Toleranz nach Alter und Bildung 96

Tab. 29 Antisemitische Einstellungen nach Alter und Bildung 98

Tab. 30 Patriotische Einstellungen nach Alter und Bildung 103

Kurzfassung wichtiger Ergebnisse

1. Die Verbundenheit mit dem Land hat sich im Vergleich zu den Vorjahren nochmals verstärkt. Aktuell fühlen sich 49 Prozent der Befragten stark und 29 Prozent sehr stark mit Sachsen-Anhalt verbunden.
2. Das stärkste Verbundenheitsgefühl bringen die Bürger Sachsen-Anhalts ihrem Wohnort und Ostdeutschland entgegen, gefolgt von der Region und Sachsen-Anhalt. Deutlich geringer fällt das Verbundenheitsgefühl gegenüber Gesamtdeutschland und vor allem Europa aus.
3. Eine Besonderheit beim Verbundenheitsgefühl stellt die Generation der 18- bis 24-Jährigen dar: Zwar fühlen auch sie sich am meisten mit dem Ort, in dem sie leben, verbunden. An zweiter Stelle folgt jedoch in dieser Alterskohorte Gesamtdeutschland.
4. Das Urteil der Bürger über die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt hat sich im Vergleich zu 2009 und 2010 geringfügig verbessert. Sie wird derzeit von jedem fünften Sachsen-Anhalter als eher gut eingestuft. Die Hälfte der Befragten bewertet sie neutral und ein Viertel der Bürger stellt ihr ein negatives Zeugnis aus.
5. Im Vergleich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage fällt die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage, aber auch der Lebenszufriedenheit und der persönlichen Zukunft in Sachsen-Anhalt deutlich optimistischer aus. 60 Prozent der Befragten schätzen die eigene wirtschaftliche Situation als sehr oder eher positiv ein.
6. Aus Sicht von 72 Prozent seiner Bewohner handelt es sich bei Sachsen-Anhalt um ein Land, das für Besucher und Touristen attraktiv ist. Ebenso halten zwei Drittel Sachsen-Anhalt für einen geeigneten Standort für Wissenschaft und Forschung. Deutlich weniger Zustimmung unter den Befragten finden hingegen der Werbeslogan „Wir stehen früher auf“ (46 %) und die Einschätzung, dass Wirtschaftsunternehmen in Sachsen-Anhalt gute Bedingungen vorfinden (38 %).
7. Die landes- und religionsgeschichtliche Frage nach dem Thesenanschlag Luthers am 31. Oktober 1517 kann ein Viertel der Befragten richtig beantworten. Insbesondere am Ort des Ereignisses, in Wittenberg, fällt der Anteil richtiger Antworten deutlich höher aus als in den übrigen Kreisen des Landes. Über die Hälfte der Sachsen-Anhalter gibt allerdings an, mit dem Datum nichts anfangen zu können.
8. Das politische Interesse der Befragten ist zwischen 2007 und 2012 geringfügig angestiegen. Gegenwärtig interessieren sich 38 Prozent der Bürger Sachsen-Anhalts sehr oder ziemlich stark für Politik. Bei 48 Prozent ist das Politikinteresse mittelmäßig ausgeprägt und 15 Prozent interessieren sich wenig oder überhaupt nicht für Politik.

9. Die politische Diskussionshäufigkeit der Sachsen-Anhalter ist innerhalb der letzten fünf Jahre leicht zurückgegangen. Gaben 2007 bzw. 2009 54 bzw. 56 Prozent der Bürger an, sich täglich oder mehrmals in der Woche innerhalb der Familie bzw. mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik zu unterhalten, sind es 2012 nur 47 Prozent.
10. Auch das politische Kompetenzgefühl der Bürger in Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren geringfügig abgenommen. Gegenwärtig glauben 27 Prozent von sich, aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten am politischen Leben teilnehmen zu können. Fast ebenso viele – nämlich 28 Prozent – trauen sich hingegen nicht zu, eigene Anliegen an die Politik heranzutragen. Die restlichen Befragten sind unentschieden, was die Einschätzung ihres eigenen politischen Kompetenzgefühls betrifft.
11. Die Offenheit der Politik (Responsivität), auf Wünsche und Interessen der Bürger einzugehen, wird von den Sachsen-Anhaltern eher skeptisch bewertet. Besonders negativ fällt das Urteil von Personen aus, die mit keiner Partei sympathisieren oder beabsichtigen, bei Wahlen ungültig zu stimmen.
12. Die Zustimmung zur Idee der Demokratie ist im Lande stabil. „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ – diese Grundüberzeugung teilen 61 Prozent der Sachsen-Anhalter einschränkungslos bzw. weitgehend. Wie schon bei den vorangegangenen Befragungswellen des Monitors, stellen entschiedene Demokratieverweigerer mit drei Prozent eine Randgröße dar.
13. Für ein diktatorisches Notstandsregime kann sich nach wie vor nur eine Minderheit erwärmen. Der Meinung, dass besser als die Demokratie eine Diktatur mit Zeiten der Not fertig würde, stimmen 2012 nochmals weniger als in den Vorjahren, nämlich fünf Prozent „voll und ganz“ und sechs Prozent „eher“ zu.
14. Gerade auch die 18- bis 24-Jährigen Bürger des Landes erweisen sich im Kern ihrer politischen Auffassungen inzwischen ganz überwiegend als demokratiefest. Noch 2009 hatten wir bei Befragten dieser jüngeren Altersgruppe eine überproportional hohe Demokratiedistanz gemessen. Diese jugendspezifische Abstandshaltung hat sich inzwischen weitgehend verflüchtigt. Mehr als ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen (36 %), outet sich heute als vorbehaltloser Parteigänger der Demokratie.
15. Bei der hypothetischen Diktaturfrage fällt die ablehnende Reaktion in der jüngsten Altersgruppe von allen Jahrgängen am höchsten aus: Die Zahl derer, die für den Notfall eine Diktatur befürworten, hat sich seit 2009 mehr als halbiert. Demgegenüber bekunden 61 Prozent – und damit 14 Prozent mehr als vor drei Jahren – ihre entschiedene Ablehnung der diktatorischen Regime-Alternative.

16. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich in Sachsen-Anhalt bezüglich der ideellen Unterstützung der Demokratie ein stabiler politischer Generationenvertrag ausgeformt hat. Denn auch in den älteren Altersgruppen hat sich die Waagschale weiter zugunsten des Bekenntnisses zur Demokratie gesenkt.
17. Merklich verhaltener fällt im Querschnitt der Befragten das Urteil über das Funktionieren der Demokratie aus. Knapp die Hälfte der Befragten (45 %) kommt zu einer zwiespältigen Benotung („teils, teils“). Sehr oder zumindest ziemlich zufrieden mit der Performanz der Demokratie zeigt sich lediglich jeder Fünfte.
18. In die Bewertung des Funktionierens der Demokratie geht immer mit ein, wie die Integrität und die Amtsführung der politischen und administrativen Eliten sowie die Leistungsbilanz der amtierenden Politiker, Parteien und Regierungen subjektiv bewertet werden. Und: Je nach der eigenen Nähe zur Regierung oder Opposition wird auch die Funktionstüchtigkeit der Demokratie individuell kritischer oder nachsichtiger wahrgenommen. Schließlich spielt auch eine Rolle, ob die persönliche Lebenssituation und die eigene wirtschaftliche Lage gut oder schlecht eingeschätzt werden.
19. Ein eindeutiger Zusammenhang besteht ferner zwischen dem Grad der Demokratiezufriedenheit und der Einschätzung der Problemlösungsfähigkeit des Staates. In sämtlichen abgefragten Politikfeldern bewerten deutlich mehr jener Bürger des Landes, die mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, auch die staatliche Lösungskompetenz positiv. Dabei wissen die Befragten durchaus treffsicher einzuschätzen, in welchen Bereichen eher staatliche Stellen intervenieren und in welchen vornehmlich private Akteure Einfluss nehmen können.
20. Eine arbeitsfähige Demokratie bedarf der Absicherung durch institutionelle Garantien. Hierzu gehören insbesondere Parteienwettbewerb, eine unabhängige Opposition und individuelle politische Bürgerrechte. Wie schon in den Jahren zuvor, sieht dies eine überwältigende Mehrheit der Landesbevölkerung nicht anders. Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht und ein Recht auf Opposition werden unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Beruf und sozialem Status der Befragten nahezu einhellig eingefordert. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von zwei bis sechs Prozent lehnt solche Garantien ab.
21. „Freiheit“ und „Gleichheit“ beschreiben zentrale Grundwerte demokratischer Verfassungsstaaten. Im Vergleich zu den beiden letzten Erhebungen von 2007 und 2009 hat sich die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben. Nurmehr für ein Drittel (34 %) ist „Gleichheit“ wichtiger. Die Zahl derjenigen, die beide Zielgrößen als gleichwertig ansehen, bleibt mit sieben Prozent nahezu konstant.

22. Im Unterschied zur nachlassenden Priorisierung der Gleichheitsnorm, ist bei Sachsen-Anhaltern das Bedürfnis nach „Sicherheit“, wie schon in den Vorjahren, hoch ausgeprägt. Müssten sich die Befragten zwischen „Sicherheit“ und „Freiheit“ entscheiden, wären fast unverändert viele, nämlich 69 Prozent, lieber auf der ‚sicheren Seite‘. Ein überproportional hohes Sicherheitsbedürfnis melden Frauen, Volks- und Hauptschüler, Ältere ab 60 Jahren und Arbeiter an. Bemerkenswert ist, dass Arbeitslose der Garantie von Sicherheit mit 61 Prozent unterdurchschnittlich Vorrang einräumen.

23. Das Gerechtigkeitsempfinden erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um die sozialmoralisch begründete Nähe oder Distanz zu Staat und Gesellschaft bestellt ist. Als eher ungerecht empfinden 2012 knapp zwei Drittel (62 %) der Sachsen-Anhalter den allgemeinen Lauf der Dinge in Deutschland. Das sind acht Prozent weniger als im Jahr 2009. Im Gegenzug ist die Zahl derer, die eher gerechte Verhältnisse sehen, um sieben Punkte auf 33 Prozent gewachsen. Die gefühlte Gerechtigkeitslücke hat sich demzufolge seit 2007, als noch 73 Prozent eher Ungerechtigkeit walten sahen, zweimal in Folge moderat verkleinert.

24. Ob die Verhältnisse in Deutschland als gerecht oder ungerecht bewertet werden, hängt in hohem Maße davon ab, wie die persönlichen Lebensverhältnisse seitens der Befragten eingeschätzt werden. Wer mit seiner Lebenslage zufrieden ist, stellt auch Deutschland überproportional häufig (45 %) den Prüfvermerk „gerecht“ aus. Wer sich unzufrieden mit seiner Lebenssituation zeigt, beurteilt ganz überwiegend (84 %) auch die allgemeine Entwicklung im Land als ungerecht. Auch meinen 89 Prozent derer, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, dass es hierzulande nicht gerecht zugeht.

25. Dass man persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon 2007 und 2009, in Sachsen-Anhalt auch 2012 häufiger bejaht als ein generell gerechter Zustand des Landes. 39 Prozent bestätigen, dass ihnen persönlich Gerechtigkeit widerfährt.

26. Der sich im Zeitverlauf von 2009 bis 2012 abbildende Trend – deutlich mehr, die sich „als gerecht“ bedient sehen, und deutlich weniger, die sich „weniger als gerecht“ behandelt fühlen – schließt alle Alterskohorten und sozialen Statusgruppen ein. Gemessen am Indikator der subjektiv wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, hat sich, wie schon während der Zeitspanne von 2007 bis 2009, die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung des Landes weiter abgeschwächt.

27. Die Problemlösungskompetenz des Staates für drängende aktuelle Herausforderungen wird noch geringer eingeschätzt als drei Jahre zuvor. Die Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit politischer Problemfelder und der dem Staat zugetrauten Lösungskompetenz nimmt weiter zu. Die Einschätzung der Performanz des Staates bildete eine Grundlage für das Vertrauen in die Politik, die Demokratiezufriedenheit und die Einschätzung, ob die Politik an der Wählermeinung interessiert bzw. orientiert ist.

28. Die Beurteilung der DDR durch die Sachsen-Anhalter wird in einem dreidimensionalen Bild anschaulich: erstens in der Bewertung der Idee des Sozialismus als Staatsform und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; zweitens in der Bewertung der Lebenswelten in der DDR, die hauptsächlich private Perspektiven fokussiert, und drittens in der bewertenden Stellungnahme zum realen Sozialismus in der DDR.

29. Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie und ihren Lebensumständen zufrieden sind, lehnen den Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung häufiger klar ab, stellen die vornehmlich guten Seiten der DDR weniger heraus und bezeichnen die DDR entschiedener als Unrechtsregime. Auf der Skala der Parteisympathie nehmen Anhänger von Union und Linkspartei – und letzterer attachiert der Piraten – hinsichtlich ihres DDR-Bildes klar entgegengesetzte Positionen ein.

30. Der Einfluss des Alters ist bei allen drei Dimensionen des DDR-Bildes deutlich durch den Hintergrund der persönlichen Erfahrung vorgeprägt. Personen, die mit einem Teil ihrer Biografie noch in der DDR verwurzelt sind, äußern sich insgesamt etwas distanzierter, Jüngere hingegen zeigen sich in ihrem Urteil eher unsicher. Der Alterseffekt ist dem der individuellen Lebenssituation und der Parteisympathie jedoch deutlich untergeordnet.

31. Als aussagekräftig erweist sich auch die subregionale Aufschlüsselung der Daten. Der Blick auf die Kreise zeigt, dass sich besonders im Jerichower Land überdurchschnittlich viele der DDR wohlmeinende Stimmen äußern. Einen DDR-kritischen Gegenpol bilden vor allem die Bewohner von Halle und Magdeburg sowie des Altmarkkreises Salzwedel.

32. Das Vertrauen in politische Institutionen zeigt im Zeitverlauf eine insgesamt bemerkenswert positive Bilanz vor allem für die politischen Institutionen und Akteure des Landes. Auf einer Mittelwertskala von -2 bis +2 liegen die Zuwachsraten bei 0,21 (Landtagsabgeordnete), 0,29 (Landtag) und 0,31 (Landesregierung). Damit liegen die Vertrauenswerte, anders als noch 2009, wieder deutlich über der Ebene der Bundesinstitutionen. Allein der Bundestag verliert an Rückhalt in der Bevölkerung und löst damit die politischen Parteien als diejenige Institution mit dem niedrigsten Vertrauenswert ab.

33. Schon die Ergebnisse der Sachsen-Anhalt-Monitore 2007 und 2009 zeigten, dass Sachsen-Anhalt im gesamtdeutschen Vergleich und innerhalb Ostdeutschlands nicht durch überdurchschnittlich starke ausländerfeindliche Einstellungen gekennzeichnet ist. Das ohnedies nicht weit verbreitete Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit hat sich in den letzten drei Jahren in Sachsen-Anhalt abermals abgeschwächt. Nur jeweils kleine Minderheiten möchten Ausländer im Falle verknappter Arbeitsplätze repatriieren, ihnen hierzulande jedwede politische Betätigung untersagen und sie strikt darauf verpflichten, nur Landsleute zu heiraten. Mehr Bereitschaft von Ausländern, ihren eigenen Lebensstil anzupassen, erwarten 38 Prozent.

34. Der harte Kern derer, die entschieden für soziale Ausgrenzung und politische Diskriminierung eintreten, liegt deutlich unterhalb der 10-Prozent-Marke. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen ist Fremdenfeindlichkeit nicht nur am geringsten verbreitet. Vielmehr sind in dieser Kohorte auch die Zustimmungswerte für einzelne Items teilweise erheblich zurückgegangen. Andererseits ist in der nächsthöheren Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen der ausländerkritische Anteil teilweise angestiegen. Dies deutet auf einen gewissen, abgeschwächten Generationeneffekt hin: Etliche Befragte, die vor drei Jahren zu den jüngsten Jahrgängen zählten, haben ihre xenophobe Grundhaltung offenbar in die folgende Lebensaltersstufe mitgenommen.

35. Erklärte Nichtwähler nehmen am stärksten ausländerfeindliche Positionen ein. Deutlich wird ferner, dass formal gering Gebildete sowie Personen, die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie äußern, für xenophobe Vorurteile am häufigsten anfällig sind. Im Übrigen schwächt sich das Vorurteil mit zunehmendem Umgang mit Ausländern ab. Dies bestätigt die sogenannte Kontakthypothese, der zufolge Fremdenangst dort besonders ausgeprägt ist, wo wenige oder gar keine persönlichen Kontakte mit Ausländern bestehen.

36. Bricht man die Daten auf die Kreisgrenzen herunter, so zeigt sich, dass in den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Salzlandkreis das Pendel am weitesten in den Bereich gefühlter Ausländerfeindlichkeit hinein schwingt. Die großen Städte des Landes rangieren leicht bis deutlich unter dem landesweiten Durchschnittswert.

37. Nur eine Minderheit der Sachsen-Anhalter spricht sich für die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder gegen religiöse Toleranz aus. Auch die Bereitschaft, Toleranz zu üben, ist von Alter und Bildung in hohem Maße abhängig.

38. Im Gesamtbild bestätigt sich die Beobachtung der Vorjahre, dass Antisemitismus im Land Sachsen-Anhalt einen vergleichsweise schmalen Resonanzboden in der Gesellschaft hat. Auch dies belegt, dass in Sachsen-Anhalt eine ethnozentrisch, rassistisch, sozialökonomisch oder antisemitisch aufgeladene „politische Kultur des Ressentiments“ (Hans-Georg Betz, 1996) wenig verbreitet ist und keine schweigende Mehrheit hinter sich hat.

39. In den jüngsten Jahrgängen hat die Zahl derer, die über die Verbrechen des Nationalsozialismus Scham empfinden, im Generationenvergleich am stärksten zugenommen, so dass die 18- bis 24-Jährigen bei dieser Frage nicht mehr das Schlusslicht bilden. Relativiert wird damit zugleich die Verallgemeinerbarkeit der These, dass mit wachsender zeitlicher und biographischer Entfernung zu nationalen Hypotheken historischer Schuld die persönliche Betroffenheit bei den nachwachsenden Generationen kontinuierlich abnimmt.

40. Das Nationalgefühl der Sachsen-Anhalter entspricht in etwa der bundesweit erkennbaren Größenordnung: Eine Mehrheit der Landesbevölkerung identifiziert sich mit dem Nationalstaat positiv. 45 Prozent der Befragten sind voll und ganz und weitere 16 Prozent eher „lieber Bürger/Bürgerin von Deutschland als irgendeines anderen Landes auf der Welt“.

41. Jüngere Bürger des Landes hegen deutlich weniger eine nationalstaatliche Präferenz, sind mithin häufiger kosmopolitisch orientiert, vor allem dann, wenn sie eine höhere Schulbildung haben.

42. Schlüsselt man die Daten nach Ortsgrößenklassen auf, so zeigt sich eine bemerkenswerte Abweichung: Es schält sich nämlich die „Landstadt“, d.h. die Gemeindekategorie zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern, als eine sozialräumliche Einheit heraus, deren Einstellungsprofil zwar nicht bei allen, aber doch bei bemerkenswert vielen von uns erhobenen Indikatoren signifikant negativ abweicht. Anders gesagt: Einwohner speziell dieser mittleren Gemeindekategorie sind beispielsweise mit der Demokratie wie mit ihrer eigenen Lebenslage deutlich unzufriedener als der Landesdurchschnitt, sind ferner misstrauischer gegenüber den politischen Institutionen, sind politisch desinteressierter und distanzierter gegenüber Politikern, sind fremdenfeindlicher und weniger tolerant, fühlen sich ungerechter behandelt, liebäugeln häufiger mit einer Notstandsdiktatur, verklären öfter rückblickend die DDR und sind anfälliger für nationalistische Anwandlungen. Für die politische Bildung bedeutet dies eine spezielle Herausforderung.

1 Verbundenheit der Bewohner mit dem Land

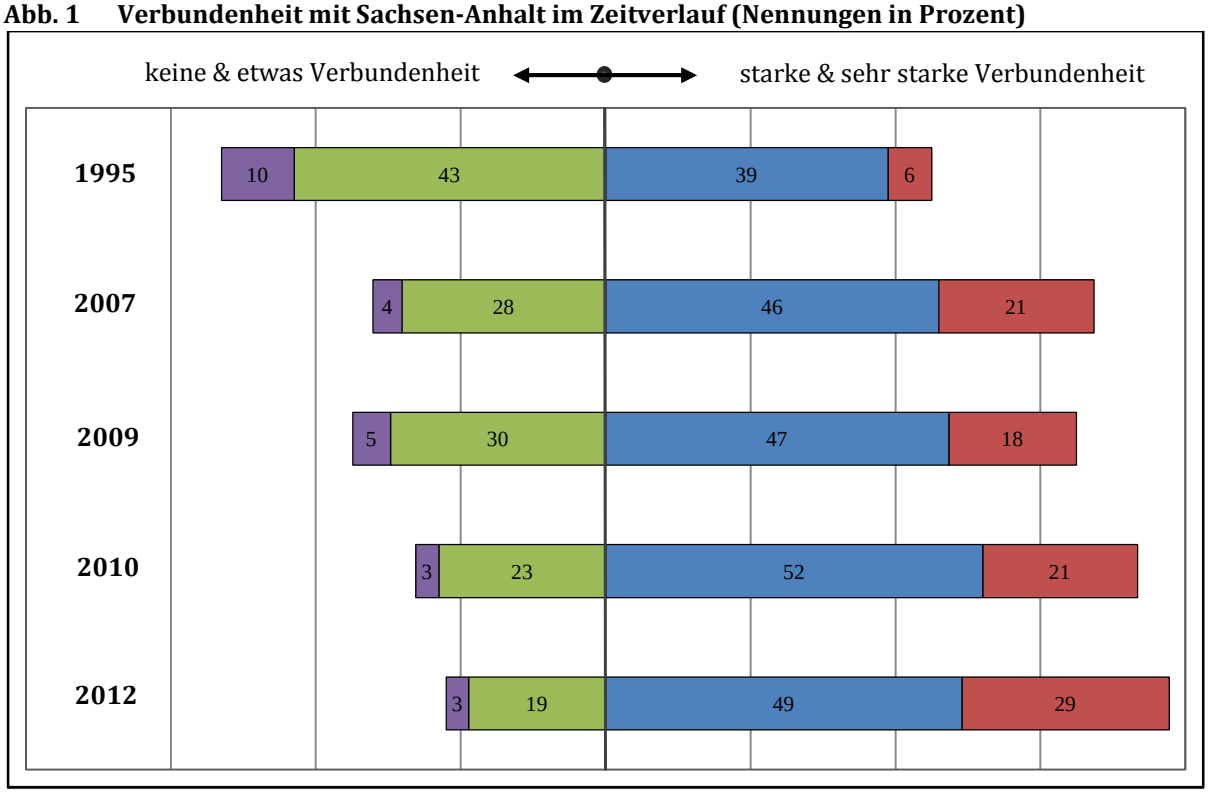
Während Bundesländer wie Bayern oder Sachsen auf eine lange territoriale Tradition zurückblicken, hat sich das Land Sachsen-Anhalt – nach dem kurzen Nachkriegsintermezzo von 1945 bis 1952 – erst im Prozess der deutschen Einheit im Oktober 1990 dauerhaft neu gebildet. Das Fehlen einer territorialen Tradition brachte Sachsen-Anhalt, westdeutschen Bindestrich-Konstrukten wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz durchaus vergleichbar, den Beinamen eines „unhistorischen Landes“ ein. Gepaart mit dem Umstand, dass ein „Länderbewusstsein“ in der DDR nicht gefördert wurde, kamen im Falle von Sachsen-Anhalt spezifische Probleme wie Abwanderungstendenzen hinzu. Dies führte zu Zeiten des Sturzes des SED-Regimes und der anschließenden Transformationsjahre dazu, dass sich für das Land Sachsen-Anhalt Identitätsprobleme abzeichneten.[1]

Für das Jahr 1995 liegen frühe Umfragedaten vor, in denen sich das Identitätsproblem, das die Bewohner mit ihrem Land damals hatten, widerspiegelt. Über die Hälfte der Bürger fühlte sich zu diesem Zeitpunkt wenig (43 %) oder gar nicht (10 %) mit dem Land verbunden. Bis zum Jahr 2007, knapp zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands, hatte sich die Einstellung der Bürger Sachsen-Anhalts zu ihrem Land indes geändert. Zwei Drittel der Befragten gaben nun an, sich mit Sachsen-Anhalt stark (46 %) oder sehr stark (21 %) verbunden zu fühlen. Dem Monitor 2012 zufolge, hat sich das Verbundenheitsgefühl der Bürger Sachsen-Anhalts zu ihrem Land nochmals verstärkt. 49 Prozent fühlen sich derzeit stark und weitere 29 Prozent sehr stark mit Sachsen-Anhalt verbunden. Von einem Identitätsproblem kann folglich nicht mehr die Rede sein (vgl. Abb. 1).

Noch etwas stärker als mit Sachsen-Anhalt fühlen sich die Befragten mit der Region, mit ihrem Wohnort und auch mit Ostdeutschland verbunden. Dabei ist der Wohnort diejenige räumliche Einheit, der die meisten Bürger ein sehr starkes Verbundenheitsgefühl entgegenbringen (39 %), gefolgt von Ostdeutschland mit 36 Prozent. Während sich mit den beiden genannten räumlichen Größen zwischen 78 und 82 Prozent stark oder sehr stark verbunden fühlen, fällt der Vergleichswert für Gesamtdeutschland mit 67 Prozent deutlich geringer aus. Abgeschlagen auf dem letzten Platz landet Europa, dem sich weniger als die Hälfte der Befragten stark oder sehr stark verbunden fühlen (vgl. Abb. 2).

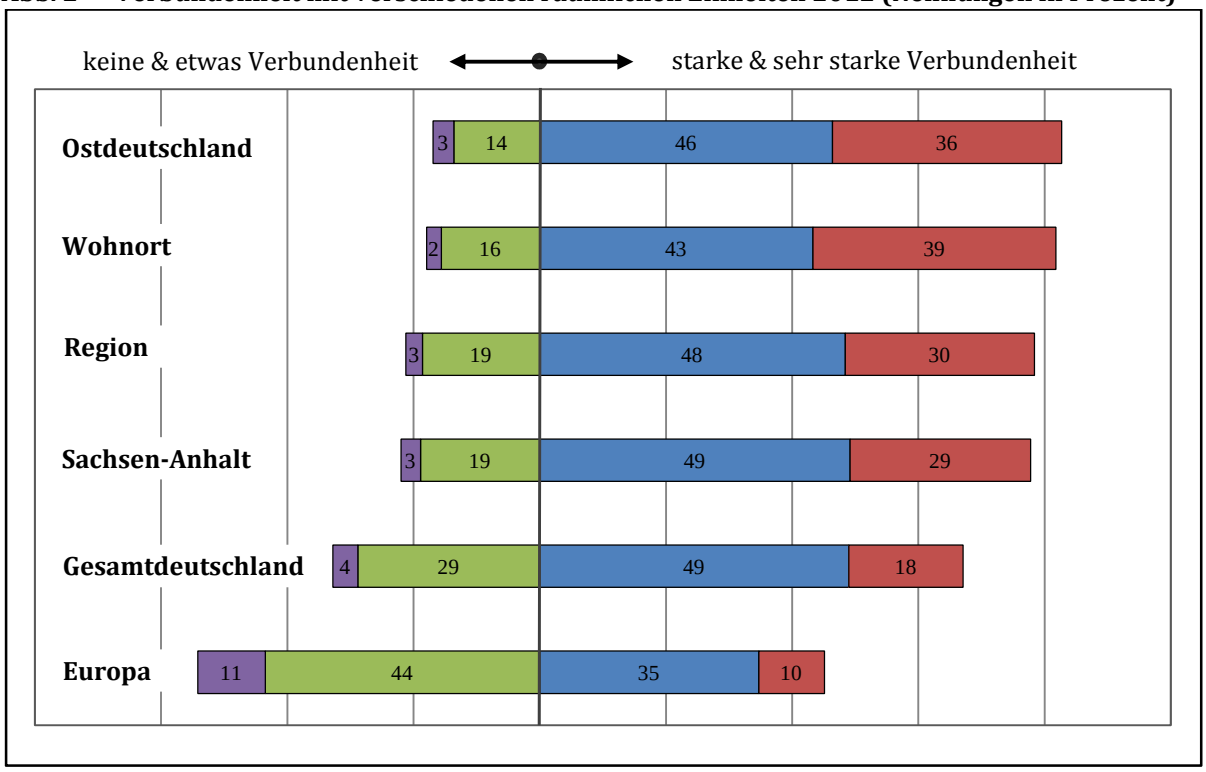
1 Vgl. Tullner, M., 1993: Sachsen-Anhalt als deutsche und europäische Geschichtslandschaft. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Identität und Tradition in Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Selbstfindung eines neuen Bundeslandes. Magdeburg: Schlutius, 7-26.

Abb. 1 Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt im Zeitverlauf (Nennungen in Prozent)



Quelle: Werte für 1995 aus Infas Politogramm Sachsen-Anhalt September/Oktober 1995; Werte für 2007-2012 aus Sachsen-Anhalt-Monitor.
F. 1: Zu Beginn möchte ich gern wissen, wie stark Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden fühlen: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark, stark verbunden, etwas oder nicht verbunden?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Abb. 2 Verbundenheit mit verschiedenen räumlichen Einheiten 2012 (Nennungen in Prozent)



F. 1: siehe Abb. 1
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Die Verbundenheit der Bevölkerung mit räumlichen Einheiten hängt von verschiedenen Faktoren ab. Einige Faktoren, wie das Geschlecht, der Beruf, die Erwerbstätigkeit und die Parteipräferenz, können durchgehend als Erklärungsfaktoren herangezogen werden. Andere Faktoren üben entweder ausschließlich einen Einfluss auf die kleineren räumlichen Einheiten (Wohnort, Region, Sachsen-Anhalt, Ostdeutschland) oder ausschließlich auf die größeren (Gesamtdeutschland, Europa) aus.

Betrachten wir zunächst jene Faktoren, die für alle räumlichen Einheiten eine Rolle spielen. Zu beobachten ist hierbei, dass Frauen generell ein stärkeres Verbundenheitsgefühl aufweisen als Männer, und zwar weitgehend unabhängig davon, um welche räumliche Einheit es sich handelt. Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich bei dem Verbundenheitsgefühl zu Europa, aber auch zu Sachsen-Anhalt, der Region und Gesamtdeutschland. Außerdem hängt das Gefühl der Verbundenheit vom Status der Erwerbstätigkeit und vom Beruf ab. Ein stärkeres Verbundenheitsgefühl zu den kleineren räumlichen Einheiten Wohnort, Region, Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland weisen Angestellte und Beamte im Vergleich zu Arbeitern und Freiberuflern bzw. Selbständigen auf. Zu den größeren räumlichen Einheiten Gesamtdeutschland und Europa fühlen sich hingegen die Freiberufler bzw. Selbständigen am stärksten verbunden, Angestellte und Beamte etwas weniger und Arbeiter mit Abstand am wenigsten. Bezogen auf die Erwerbstätigkeit fallen zwei Gruppen mit einem vom Durchschnitt abweichenden Verbundenheitsgefühl auf: Zum einen die Arbeitslosen, die sich überdurchschnittlich mit ihrem Wohnort und Sachsen-Anhalt, aber unterdurchschnittlich mit Gesamtdeutschland und Europa verbunden fühlen. Zum anderen weisen Personen, die sich in Ausbildung befinden, zu den kleineren räumlichen Einheiten eine eher weniger stark ausgeprägte Verbundenheit auf, zu Gesamtdeutschland und Europa hingegen eine eher stärker ausgeprägte Verbundenheit als die anderen Befragten (vgl. Tab. 1).

Tab. 1 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Geschlecht, Beruf und Erwerbstätigkeit (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Geschlecht		Beruf			Erwerbstätigkeit				
		w.	m.	Arbeiter	Angest./ Beamte	Freie Berufe, Selbst.	Erwerbstätige	Arbeitslose	Rentner	in Ausbildung	Sonstige
Wohnort	3,18	3,23	3,13	3,09	3,24	3,13	3,18	3,29	3,18	3,06	3,34
Region	3,06	3,15	2,97	2,90	3,17	2,88	3,10	3,04	3,06	2,69	3,12
Sachsen-Anhalt	3,04	3,15	2,91	2,94	3,12	2,80	3,02	3,14	3,08	2,77	3,13
Ost-Dtl.	3,16	3,23	3,09	3,17	3,21	3,17	3,18	3,12	3,26	2,65	2,98
Gesamt-Dtl.	2,81	2,84	2,78	2,71	2,85	2,91	2,83	2,50	2,85	2,95	2,74
Europa	2,45	2,54	2,35	2,19	2,51	2,61	2,40	2,27	2,53	2,72	2,52

F. 1: siehe Abb. 1

Das Verbundenheitsgefühl mit verschiedenen räumlichen Einheiten variiert ferner mit der Parteipräferenz der Befragten (vgl. Tab. 2). Mit der CDU Sympathisierende weisen sowohl zu Gesamtdeutschland und Europa als auch zu Wohnort und Region ein überdurchschnittliches Verbundenheitsgefühl auf. Mit Ostdeutschland fühlen sie sich hinge-

gen unterdurchschnittlich verbunden. Durch ein überdurchschnittliches Verbundenheitsgefühl zu Gesamtdeutschland und Europa zeichnen sich auch Befragte aus, die eine Präferenz für Sozialdemokraten oder Grüne äußern. Bei SPD-Anhängern kommt eine besondere Affinität zu Sachsen-Anhalt hinzu, bei den Grünen-Anhängern eine unterdurchschnittliche Verbundenheit zu Ostdeutschland. Dazu kontrastierend, bekunden Sympathisanten der Linkspartei gerade mit Ostdeutschland eine vergleichsweise hohe Identifikation. Befragte mit einer FDP-Vorliebe fühlen sich ebenfalls überdurchschnittlich stark mit Ostdeutschland, aber auch mit Sachsen-Anhalt verbunden. Zu Europa ist ihre Verbundenheit allerdings unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dieses Ergebnis gilt aufgrund der geringen Fallzahlen aber nur mit Vorbehalt. So gut wie keiner räumlichen Einheit fühlen sich die Anhänger der Piraten und sonstiger Parteien verbunden. Gleiches trifft auch auf Personen zu, die sich selbst als Nichtwähler ansehen, oder zu den Personen zählen, die beabsichtigen ungültig zu votieren. Hierzu zählt in Sachsen-Anhalt immerhin jeder fünfte Befragte. Im Gegensatz dazu weisen die Meinungslosen, das heißt sowohl Personen, die sich über ihre eigene Parteipräferenz im Unklaren sind, als auch Personen, welche die Antwort auf diese Frage verweigerten, gegenüber allen räumlichen Einheiten ein neutrales Verbundenheitsgefühl auf. Insgesamt zählen 17 Prozent der Befragten zu diesen Indifferenten.

Tab. 2 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Parteipräferenz (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)

Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteipräferenz										
		CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP[2]	Piraten	Sonst.	Keine /NW	ungültig	w.n.	A.v.
Wohnort	3,18	3,26	3,17	3,18	3,18	3,12	3,23	2,74	3,19	2,90	3,20	3,17
Region	3,06	3,18	3,14	3,12	3,11	3,05	2,86	3,07	2,91	2,94	3,07	2,99
Sachsen-Anhalt	3,04	3,05	3,02	3,16	3,02	3,14	2,94	2,67	2,97	2,67	3,11	3,07
Ost-Dtl.	3,16	3,07	3,30	3,20	2,95	3,54	3,07	3,04	3,22	3,04	3,17	3,30
Gesamt-Dtl.	2,81	3,03	2,54	3,05	2,92	2,78	2,59	2,45	2,57	2,38	2,85	2,89
Europa	2,45	2,57	2,37	2,71	2,77	2,33	2,06	1,99	2,12	2,43	2,50	2,38

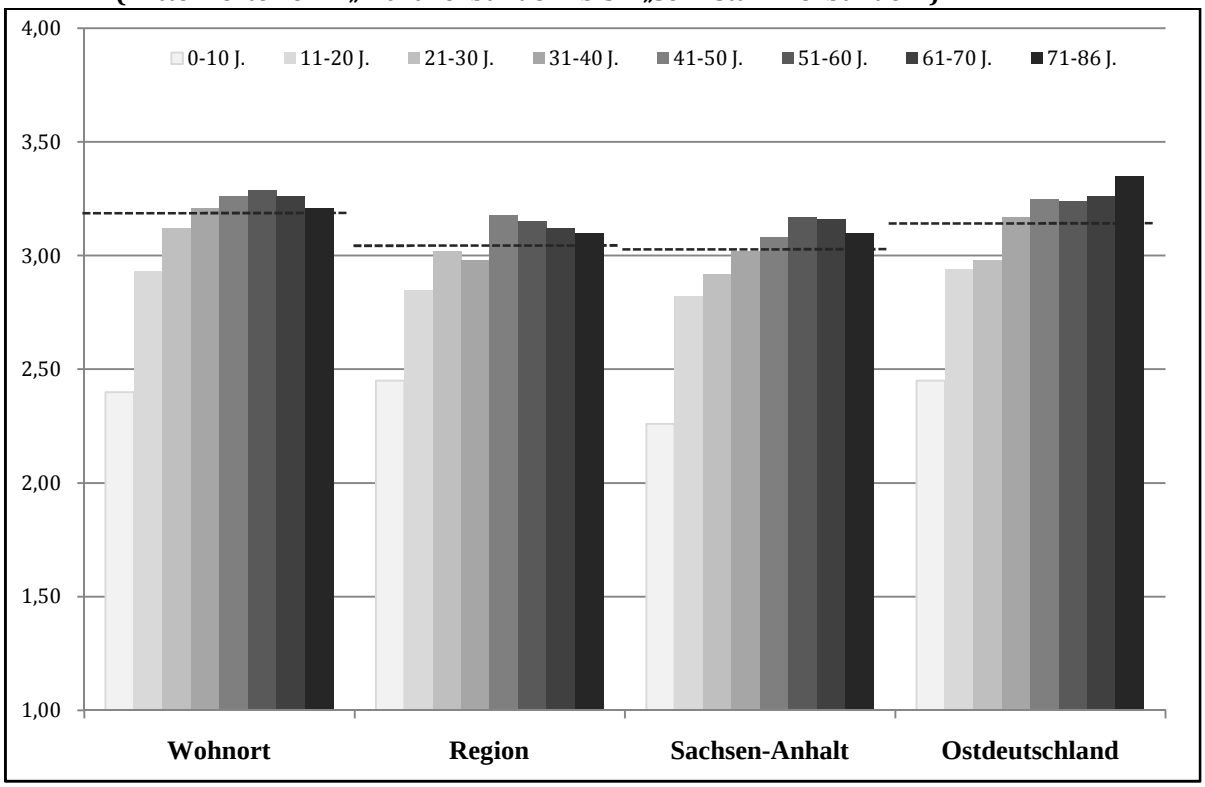
F. 1: siehe Abb. 1
Abkürzungen: NW = Nichtwahl, w.n. = weiß nicht, A.v. = Antwort verweigert

Generell steigt das Verbundenheitsgefühl mit Wohnort, Region, Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland mit zunehmender Wohndauer in Sachsen-Anhalt. Erst in hohem Alter, ab einer Sesshaftigkeit von 51 oder 61 Jahren, nimmt das Verbundenheitsgefühl wieder teilweise geringfügig ab (vgl. Abb. 3). Ebenso fühlen sich gebürtige Sachsen-Anhalter, die zu 78 Prozent in der Umfrage vertreten sind, stärker mit diesen räumlichen Einheiten verbunden als Personen, die in anderen ostdeutschen Bundesländern geboren sind. Eine unterdurchschnittliche Verbundenheit weisen in Westdeutschland Geborene mit diesen vier Einheiten – Wohnort, Region, Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland – auf.

2 Der Wert für FDP-Anhänger muss auf Grund der geringen Fallzahl, hier und in den nachfolgenden Analysen unter Vorbehalt interpretiert werden.

Befragte, die nicht aus Deutschland stammen, entsprechen in ihrem Verbundenheitsgefühl dem allgemeinen Durchschnitt (vgl. Tab. 3). Auf das Verbundenheitsgefühl mit Gesamtdeutschland und Europa üben die Faktoren Wohndauer und Geburtsland keinen nennenswerten Einfluss aus.

Abb. 3 Verbundenheitsgefühl nach Wohndauer in Sachsen-Anhalt (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)



F. 1: siehe Abb. 1
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl zur jeweiligen räumlichen Einheit an.

Tab. 3 Verbundenheit mit verschiedenen Gebieten nach Geburtsland (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)

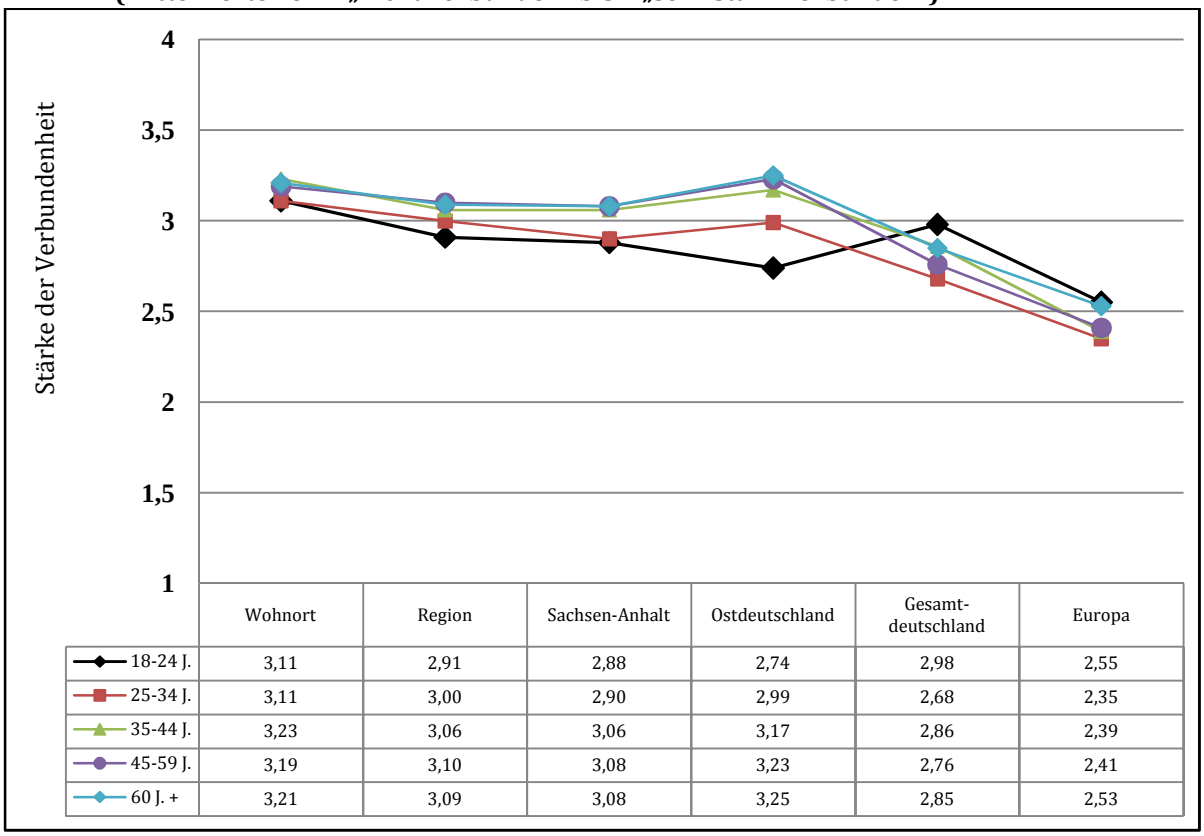
Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (Ø)	Geburtsland			
		Sachsen-Anhalt	anderes ostdt. Bundesland	westdt. Bundesland	nicht in Deutschland
Wohnort	3,18	3,23	3,07	2,82	3,11
Region	3,06	3,11	2,96	2,50	3,03
Sachsen-Anhalt	3,04	3,08	2,97	2,47	3,01
Ost-Dtl.	3,16	3,22	3,12	2,64	2,89

F. 1: siehe Abb. 1

Eine Besonderheit beim Verbundenheitsgefühl stellt die Generation der 18- bis 24-Jährigen dar. Während bei allen anderen Altersgruppen der Wohnort oder Ostdeutschland den ersten Platz in der Verbundenheits-Rangskala einnehmen, gefolgt von Region, Sachsen-Anhalt, Gesamtdeutschland und Europa, weicht die Reihenfolge bei den 18- bis 24-Jährigen ab. Zwar fühlen sich auch die 18- bis 24-Jährigen mit dem Ort, in dem sie leben, am meisten verbunden; danach folgt jedoch Gesamtdeutschland, das bei den an-

deren Altersgruppen den vorletzten Platz einnimmt. Diesen hinteren Platz nimmt wiederum bei den 18- bis 24-Jährigen Ostdeutschland ein (vgl. Abb. 4).

Abb. 4 Verbundenheitsgefühl nach Alter (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)

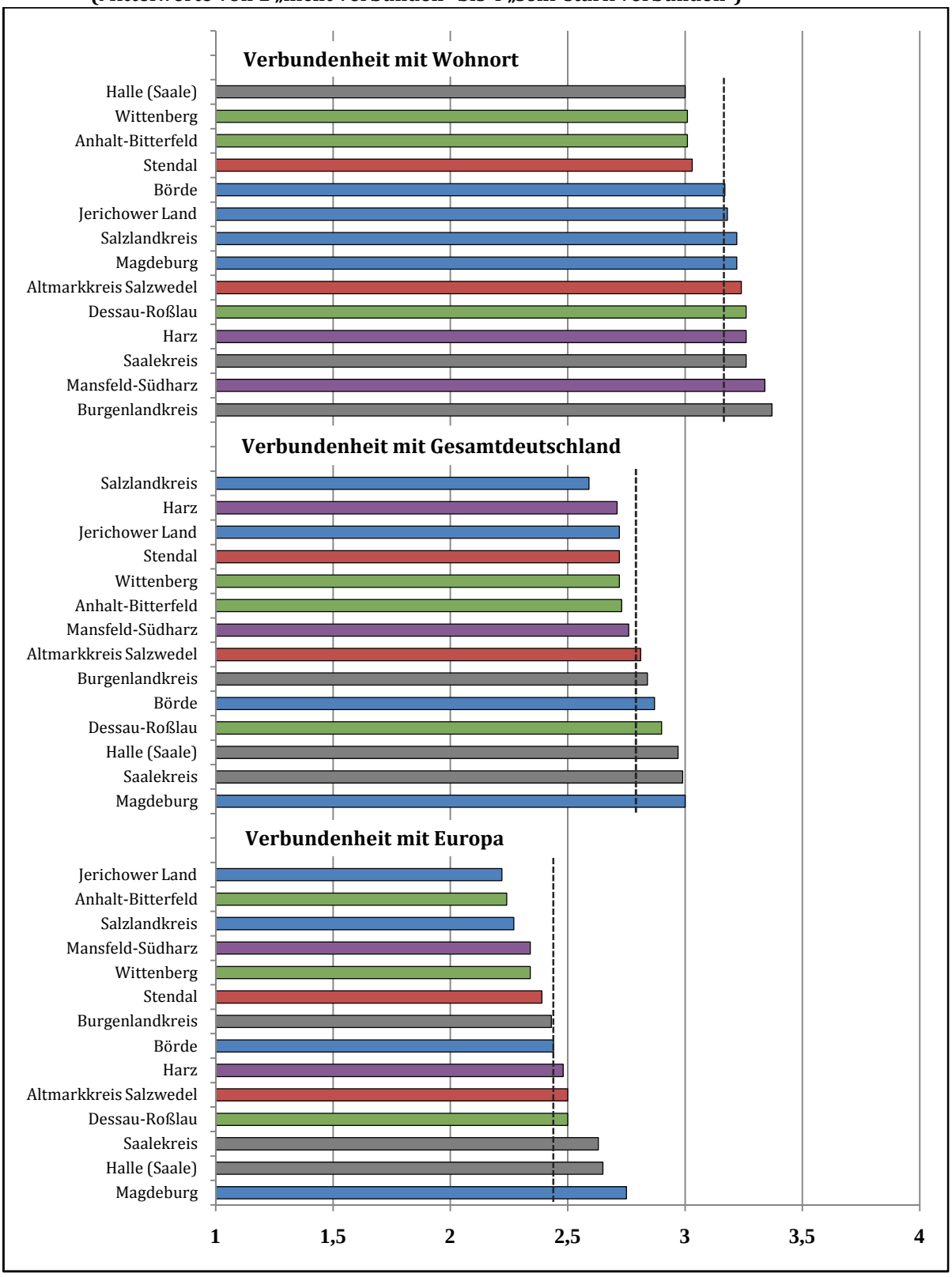


	Wohnort	Region	Sachsen-Anhalt	Ostdeutschland	Gesamt-deutschland	Europa
18-24 J.	3,11	2,91	2,88	2,74	2,98	2,55
25-34 J.	3,11	3,00	2,90	2,99	2,68	2,35
35-44 J.	3,23	3,06	3,06	3,17	2,86	2,39
45-59 J.	3,19	3,10	3,08	3,23	2,76	2,41
60 J. +	3,21	3,09	3,08	3,25	2,85	2,53

F. 1: siehe Abb. 1

Mit der kleinsten Raumeinheit, dem Wohnort, fühlen sich nahezu alle Befragten gleichermaßen stark verbunden. Allerdings variiert die Ortsverbundenheit nach Kreiszugehörigkeit (vgl. Abb. 5). Die Verbundenheit der Befragen mit ihrem Wohnort fällt in der Region Börde (mit den Kreisen Börde, Jerichower Land, Salzlandkreis und Magdeburg) sowie in der Region Harz (mit den Kreisen Harz und Mansfeld-Südharz) relativ homogen aus, in den anderen drei Regionen streut sie auf der kreiskommunalen Ebene stärker. Besonders verbunden mit dem Ort, in dem sie leben, fühlen sich die Bewohner der Landkreise, die zur Region Harz zählen. Die Bewohner der Börde-Kreise fühlen sich eher durchschnittlich mit ihrem Wohnort verbunden. Im Gegensatz dazu variiert das Verbundenheitsgefühl besonders stark bei Personen, die in der Region Saale-Unstrut leben. Befragte des Burgenlandkreises fühlen sich von allen Befragten am stärksten mit ihrem Wohnort verbunden, Befragte aus Halle (Saale) hingegen am wenigsten. Ein ähnliches Muster weisen die Regionen Anhalt und Altmark auf. Auf der einen Seite fühlen sich die Bewohner von Dessau-Roßlau bzw. des Altmarkkreises Salzwedel überdurchschnittlich mit ihrem Wohnort verbunden, auf der anderen Seite fällt das Verbundenheitsgefühl der Befragten aus Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld bzw. Stendal unterdurchschnittlich aus.

Abb. 5 Verbundenheitsgefühl nach Kreisen
(Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)



F. 1: siehe Abb.1
Farben nach Regionen: Börde = blau, Harz = lila, Saale-Unstrut = grau, Altmark = rot, Anhalt = grün
Die gestrichelte Linie gibt das durchschnittliche Verbundenheitsgefühl aller Befragten an.

Ursächlich für das unterschiedliche Verbundenheitsgefühl der Bürger in den Landkreisen und kreisfreien Städten Sachen-Anhalts können verschiedene Faktoren sein. Vorstellbar wäre, dass der Anteil der Befragten mit hoher Wohndauer je nach Kreis variiert. Ebenso könnte der Grad der Verstädterung in den einzelnen Kreisen unterschiedlich stark ausgeprägt und ein möglicher Erklärungsfaktor sein.

Die Verbundenheit mit den größeren räumlichen Einheiten (Gesamtdeutschland, Europa) wird ebenfalls von der Kreiszugehörigkeit, aber auch der Gemeindegrößenklasse und dem politischen Interesse einer Person beeinflusst. Untersucht man die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und Europa kreisspezifisch, so nehmen die beiden kreisfreien Städte Magdeburg und Halle sowie der Saalekreis die ersten drei Plätze nach Intensität der Verbundenheit ein. Auf dem letzten Platz landen in punkto Verbundenheit mit Gesamtdeutschland mit deutlichem Abstand die Befragten des Salzlandkreises und bezogen auf die Affinität zu Europa die Bewohner des Jerichower Landes, gefolgt von jenen aus Anhalt-Bitterfeld und wiederum dem Salzlandkreis. Personen, die in den anderen Kreisen leben, weisen größtenteils ein neutrales Verbundenheitsgefühl zu Gesamtdeutschland und Europa auf (vgl. Abb. 5).

Bei der Gemeindegrößenklasse zeigt sich ein klarer Zusammenhang mit dem Verbundenheitsgefühl. Allerdings nimmt dieses nicht mit höherer Einwohnerzahl einer Gemeinde kontinuierlich zu. Vielmehr lässt sich feststellen, dass die Verbundenheit mit Gesamtdeutschland insbesondere in den Großstädten Halle und Magdeburg sowie in der großen Mittelstadt Dessau-Roßlau, aber auch in Dörfern mit weniger als 2.000 Einwohnern überdurchschnittlich stark ausfällt. Eine unterdurchschnittliche Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und Europa weisen dagegen Bewohner von Landstädten (2.000 bis 4.999 Einwohner) und in abgeschwächter Form auch von Kleinstädten auf. Ebenso fällt das Verbundenheitsgefühl mit Europa in den beiden Großstädten überdurchschnittlich und in den Landstädten unterdurchschnittlich aus. Schließlich ist die Bindung zu den größeren territorialen Einheiten vom politischen Interesse abhängig. Das Verbundenheitsgefühl mit Gesamtdeutschland und Europa steigt mit zunehmendem Interesse an Politik (vgl. Tab. 4).

Tab. 4 Verbundenheit mit Gesamtdeutschland und Europa nach politischem Interesse und Gemeindegrößenklasse (Mittelwerte von 1 „nicht verbunden“ bis 4 „sehr stark verbunden“)

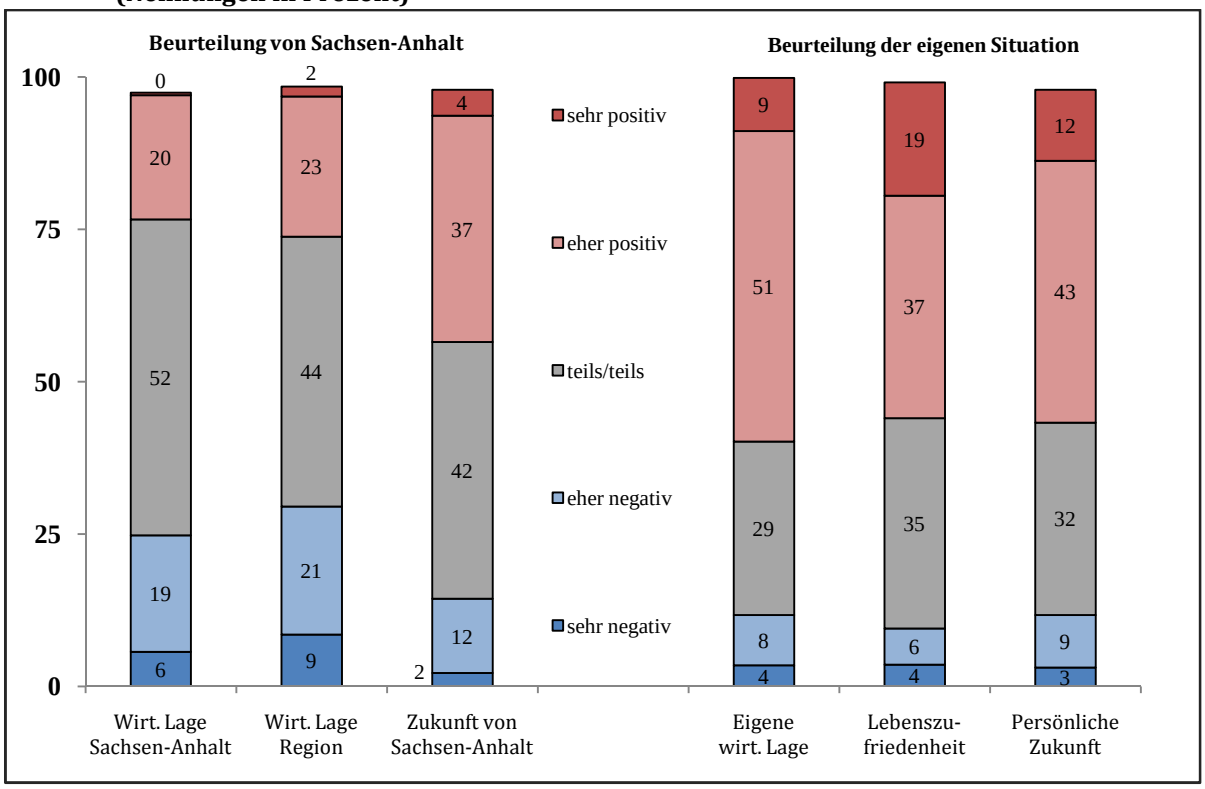
Verbundenheit	Sachsen-Anhalt (∅)	Politisches Interesse			Gemeindegrößenklassen					
		wenig/ überh. nicht	mittel	(sehr) stark	1 bis 1.999	2.000 bis 4.999	5.000 bis 19.999	20.000 bis 49.999	50.000 bis 99.999	100.000 bis 499.999
Gesamt-Dtl.	2,81	2,58	2,81	2,91	2,91	2,61	2,73	2,76	2,90	2,99
Europa	2,45	2,21	2,42	2,59	2,48	2,25	2,36	2,40	2,50	2,70

F. 1: siehe Abb. 1

2 Beurteilung von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit

Insgesamt jeder fünfte Sachsen-Anhalter schätzt die wirtschaftliche Lage im Land als eher gut ein. Jeder Zweite ist geteilter Meinung und ein Viertel stuft die ökonomischen Gegebenheiten eher schlecht (19 %) oder sehr schlecht (6 %) ein (vgl. Abb. 6). Im Vergleich mit den Umfragen von 2009 und 2010 hat sich das Urteil der Bürger über die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt verbessert. Hatten noch 2009 die Sachsen-Anhalter die Wirtschaft ihres Bundeslandes durchschnittlich eher schlecht (-0,80 auf einer Skala von -2 bis +2) beurteilt, so zeichnete sich bereits 2010 eine Verbesserung des Meinungsklimas ab (-0,40). Aktuell fällt die Bewertung nochmals positiver aus. Die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts wird derzeit im Durchschnitt weitgehend neutral (-0,10), das heißt in einer mittleren Zone zwischen gut und schlecht, eingestuft.

Abb. 6 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit in Gegenwart und Zukunft (Nennungen in Prozent)

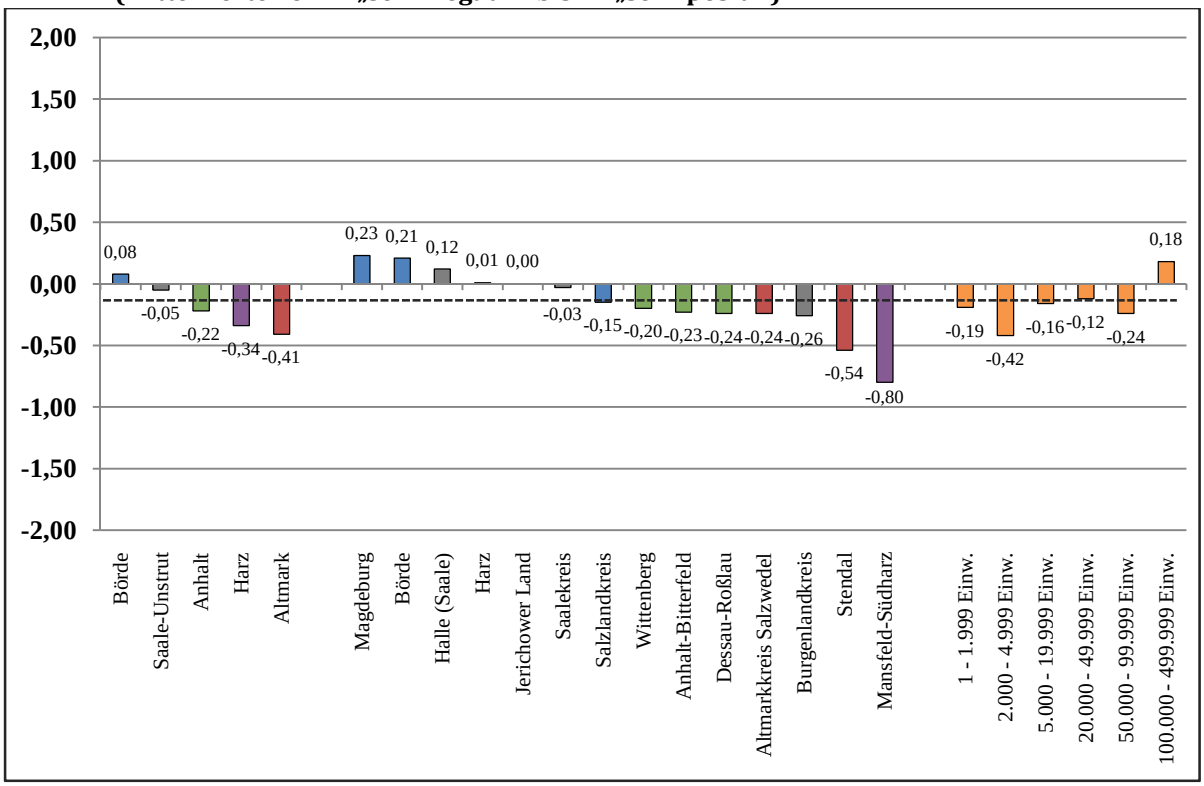


F. 2: Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation?
F. 3: Wie beurteilen Sie ganz allgemein die derzeitige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt?
F. 4: Wie schätzen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage hier in der Region ein, in der Sie leben?
F. 5: Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage?
F. 6: Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt?
F. 7: Wie sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ein ähnliches Bild wie bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Sachsen-Anhalts ergibt sich bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Region, in der man lebt.

Allerdings positioniert sich dabei ein etwas größerer Anteil der Befragten eindeutiger positiv oder negativ. Ein Viertel schätzt die regionale Wirtschaftsentwicklung positiv ein, 30 Prozent hingegen negativ (vgl. Abb. 6). Dabei variiert das Urteil der Bürger nach regionaler Herkunft und außerdem – mit Ausnahme der Region Anhalt – auch überwiegend nach Kreiszugehörigkeit. Während in der Börde die wirtschaftliche Lage besser als im Durchschnitt beurteilt wird, fällt die Einschätzung im Harz und in der Altmark schlechter aus. Die deutlichsten Unterschiede im kreisspezifischen Urteil der Wirtschaftskraft treten zwischen Bewohnern des Kreises Harz, welche die wirtschaftliche Lage in der Region neutral bewerten, und von Mansfeld-Südharz, die diese mit großem Abstand am schlechtesten einstufen, auf. Bezogen auf die Gemeindegrößenklasse lässt sich ferner festhalten, dass Befragte aus den kreisfreien Großstädten Magdeburg und Halle die regionale wirtschaftliche Lage generell positiver einschätzen als Bewohner der Landkreise. Deutlich negativer als die übrigen Befragten beurteilt die Bevölkerung von Landstädten (das heißt von Gemeinden zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern) die wirtschaftliche Situation in der zugehörigen Region (vgl. Abb. 7). Diese erkennbar pessimistische Einschätzung speziell der ökonomischen Umfeldbedingungen könnte erklären, weshalb sich gerade in Landstädten eine Grundstimmung ausgebreitet hat, die gegenüber Politik, Demokratie und liberalen Grundwerten deutlich distanziert bzw. kritisch eingestellt ist (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 13).

Abb. 7 Regionale wirtschaftliche Lage nach Regionen, Kreisen und Gemeindegrößenklassen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv)

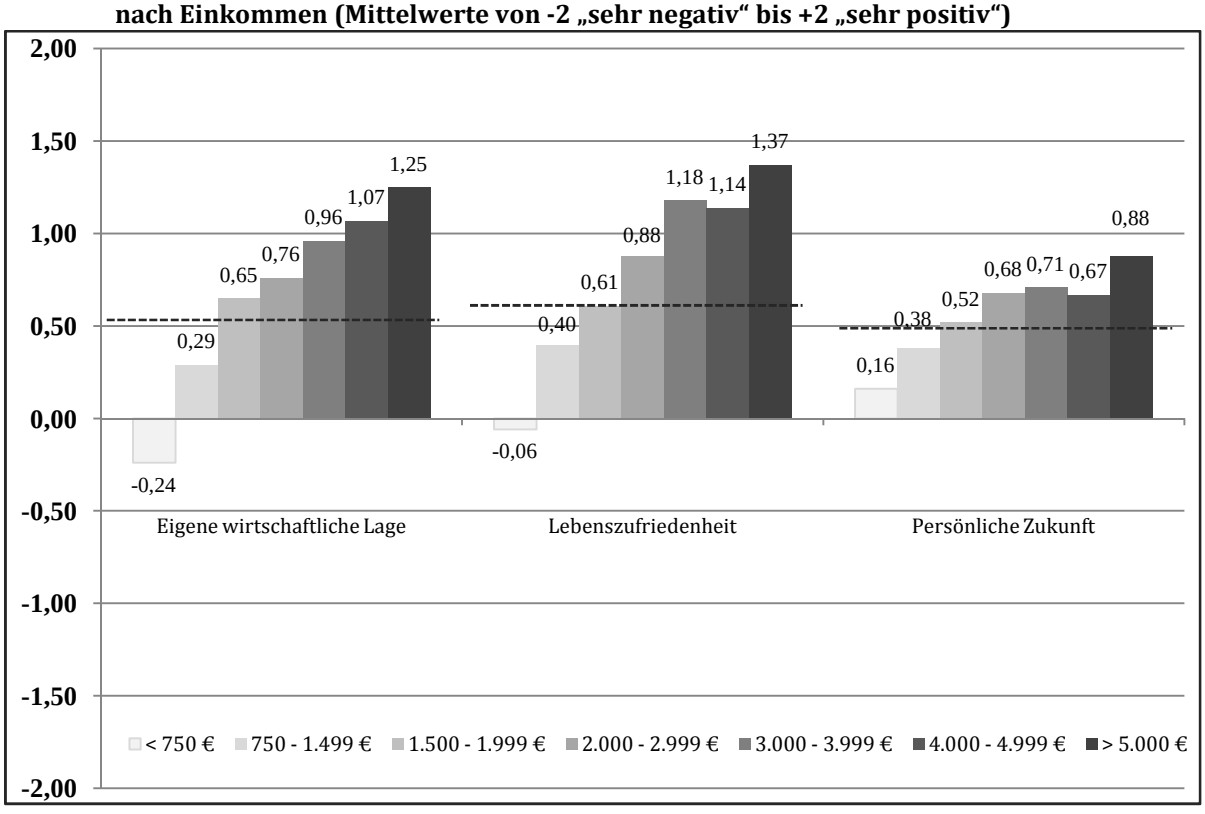


F. 4: siehe Abb. 6
Farben nach Regionen: Börde = blau, Harz = lila, Saale-Unstrut = grau, Altmark = rot, Anhalt = grün
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Die wirtschaftliche Lage Sachsen-Anhalts und der Region wird im Durchschnitt weitgehend neutral (-0,10 bzw. -0,12) eingestuft. Verglichen damit, fällt die Beurteilung der Zukunft des Landes etwas positiver aus (0,30). Insgesamt schätzen 41 Prozent der Befragten die Zukunft Sachsen-Anhalts sehr oder eher positiv ein. Lediglich 14 Prozent beurteilen sie negativ (vgl. Abb. 6).

Im Vergleich zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts fällt die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage, der Lebenszufriedenheit und der persönlichen Zukunft deutlich zuversichtlicher aus. 60 Prozent der Befragten schätzen die eigene wirtschaftliche Situation als sehr oder eher positiv ein. 56 Prozent sind sehr oder ziemlich zufrieden mit ihrer Lebenssituation, und 55 Prozent beurteilen ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt sehr oder eher positiv (vgl. Abb. 6). Dabei hat sich die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und auch der Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf leicht verbessert. Während 2007 die Lebenszufriedenheit auf einer Skala von -2 bis +2 von allen Befragten mit 0,34 bewertet wurde, ist dieser Wert 2012 auf 0,61 gestiegen. Die eigene wirtschaftliche Lage wurde 2010 mit 0,29 und wird aktuell mit 0,53 eingeschätzt. Das Urteil der Befragten über die eigenen Lebensumstände wird unter anderem von dem monatlichen Netto-Haushaltseinkommen beeinflusst. Je höher dieses ausfällt, desto komfortabler wird die eigene wirtschaftliche Lage empfunden, desto zufriedener ist der Befragte mit seinem Leben und desto positiver schätzt er seine persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt ein (vgl. Abb. 8).

Abb. 8 Eigene wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und persönliche Zukunft nach Einkommen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



F. 5; F. 2 und F. 6: siehe Abb. 6
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Ferner hängt das Urteil der Bürger bei diesem Fragenkomplex vom Alter und vom Status der Erwerbstätigkeit ab (vgl. Tab. 5). Zunächst zum Faktor Alter: Hier fällt vor allem die durchgehend negativere Beurteilung in der Kohorte der 25- bis 34-Jährigen auf, und zwar unabhängig davon, ob es Sachsen-Anhalt, seine Regionen oder die eigene Person betrifft. Überdurchschnittlich optimistisch fällt im Gegensatz dazu die Einschätzung bei 18- bis 24-Jährigen und bei 35- bis 44-Jährigen aus, soweit die Zukunft Sachsen-Anhalts und die persönliche Lebenszufriedenheit beurteilt werden. Die 35- bis 44-Jährigen sind zudem diejenige Altersgruppe, die ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt mit Abstand am zuversichtlichsten einschätzt. Überdurchschnittlich zufrieden mit ihrem Leben sind auch Personen, die 60 Jahre und älter sind. Gemeinsam ist den Jüngsten (18- bis 24-Jährige) und den Ältesten (60+ Jahre) die im Vergleich mit anderen Altersgruppen positivere Bewertung der wirtschaftlichen Lage Sachsen-Anhalts und seiner Regionen.

Tab. 5 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Alter und Erwerbstätigkeit (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Erwerbstätigkeit				
		18-24	25-34	35-44	45-59	60+	Erwerbstätige	Arbeitslose	Rentner	in Ausbildung	Sonstige
F. 3: Wirt. Lage Sachsen-Anhalt	-0,10	0,09	-0,40	-0,15	-0,15	0,07	-0,10	-0,49	0,04	-0,13	-0,11
F. 4: Wirt. Lage Region	-0,12	0,00	-0,43	-0,15	-0,20	0,08	-0,15	-0,84	0,09	-0,07	-0,20
F. 7: Zukunft Sachsen-Anhalts	0,30	0,46	0,03	0,42	0,30	0,33	0,33	-0,09	0,33	0,27	0,28
F. 5: Eigene wirt. Lage	0,53	0,64	0,27	0,70	0,47	0,60	0,66	-0,43	0,60	0,54	0,08
F. 2: Lebenszufriedenheit	0,61	0,83	0,41	0,72	0,48	0,71	0,67	-0,18	0,73	0,82	0,20
F. 6: Persönliche Zukunft	0,52	0,51	0,23	0,80	0,52	0,52	0,60	0,37	0,54	0,34	0,22

Nun zu den Zusammenhängen zwischen dem Urteil der Bürger und der Stellung im Erwerbsleben. Während die Einschätzungen von Personen, die 60 Jahre und älter sind, zum Großteil naturgemäß deckungsgleich mit denen der Rentner sind, unterscheiden sich die Einschätzungen bei Auszubildenden durchaus von denen der 18- bis 24-Jährigen insgesamt. So stufen Auszubildende die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt und in ihrer Region, aber auch ihre persönlichen Zukunftsaussichten im Land schlechter ein als die gesamte junge Altersgruppe. Nichtsdestoweniger zählen beide Gruppen zu denjenigen, die mit ihrem Leben am zufriedensten sind. Die größten Abweichungen von der allgemeinen Bevölkerungsmeinung weisen Arbeitslose auf. Besonders schlecht wird von diesen die eigene wirtschaftliche Lage, gefolgt von der Lebenszufriedenheit und der regionalen wirtschaftlichen Lage beurteilt. Ihre persönliche

Zukunft in Sachsen-Anhalt stufen sie – ähnlich wie Auszubildende – leicht unterdurchschnittlich ein. Lediglich Personen, die der Kategorie „sonstige“ Erwerbstätige zuzuordnen sind, schätzen ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt noch pessimistischer ein.

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Zukunft Sachsen-Anhalts einerseits sowie der eigenen Lebenschancen andererseits variiert außerdem gemäß den Parteipräferenzen der Befragten. Die Beurteilungen von CDU-Anhängern fallen generell überdurchschnittlich positiv aus. Auch die Urteile der SPD-Anhänger – und bezogen auf die eigene Person auch die der Grünen-Anhänger – heben sich vom Durchschnitt ab. In deutlichem Gegensatz dazu urteilen Befragte, die beabsichtigen, bei Wahlen ungültig zu stimmen. Sie bewerten die aktuelle und künftige Situation sowohl in Sachsen-Anhalt als auch der eigenen Person besonders negativ. Auch das Meinungsbild von Anhängern der Linken und von Personen ohne Parteipräferenz ist pessimistischer ausgeprägt als dasjenige des Landesdurchschnitts (vgl. Tab. 6).

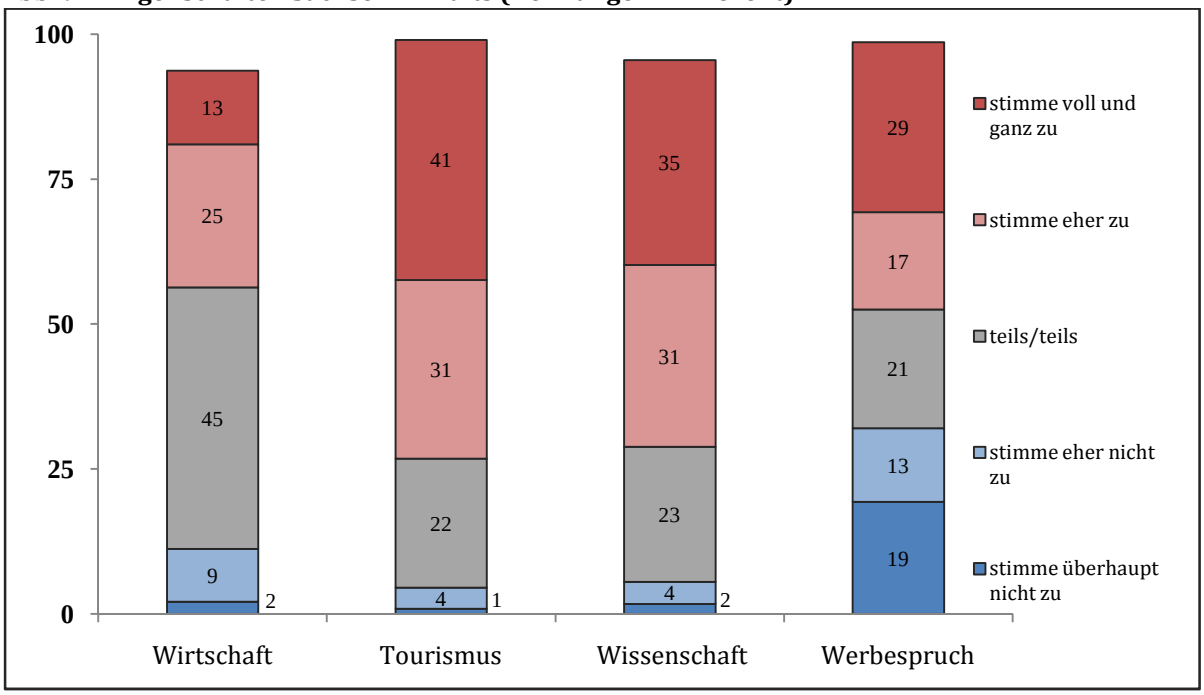
Tab. 6 Wirtschaftliche Lage, Lebenszufriedenheit und Zukunft nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteipräferenz										
		CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	Piraten	Sonst.	Keine/ NW	ungültig	w.n.	A.v.
F. 3: Wirt. Lage Sachsen-Anh.	-0,10	0,24	-0,31	0,07	-0,07	0,05	-0,20	-0,28	-0,35	-0,84	-0,09	-0,09
F. 4: Wirt. Lage Region	-0,12	0,13	-0,44	0,13	0,00	-0,01	-0,30	-0,21	-0,24	-0,71	-0,24	-0,19
F. 7: Zukunft Sachsen-Anhalts	0,30	0,48	0,11	0,48	0,19	0,72	0,23	0,12	0,24	-0,41	0,20	0,31
F. 5: Eigene wirt. Lage	0,53	0,85	0,43	0,76	0,70	0,60	0,34	0,53	0,07	-0,06	0,50	0,62
F. 2: Lebenszufriedenheit	0,61	1,02	0,24	0,93	0,78	0,65	0,51	0,07	0,09	-0,11	0,64	0,87
F. 6: Persönliche Zukunft	0,52	0,75	0,35	0,78	0,65	0,45	0,42	0,33	0,29	-0,08	0,46	0,49

3 Sachsen-Anhalt und seine Eigenschaften

Sachsen-Anhalt ist ein Land, dem aus Sicht seiner Bewohner unterschiedliche Eigenschaften zugeordnet werden. In der Umfrage wurde die Perzeption des Landes anhand von vier Aussagen ausgelotet, die sich auf die Bereiche Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft und Marketing beziehen (vgl. Abb. 9).

Abb. 9 Eigenschaften Sachsen-Anhalts (Nennungen in Prozent)



F. 8a: In Sachsen-Anhalt finden Wirtschaftsunternehmen gute Bedingungen.
F. 8b: Sachsen-Anhalt ist für Besucher und Touristen attraktiv.
F. 8c: Sachsen-Anhalt ist für Wissenschaft und Forschung ein geeigneter Standort.
F. 8d: Der Werbespruch „Wir stehen früher auf" passt zu Sachsen-Anhalt.
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

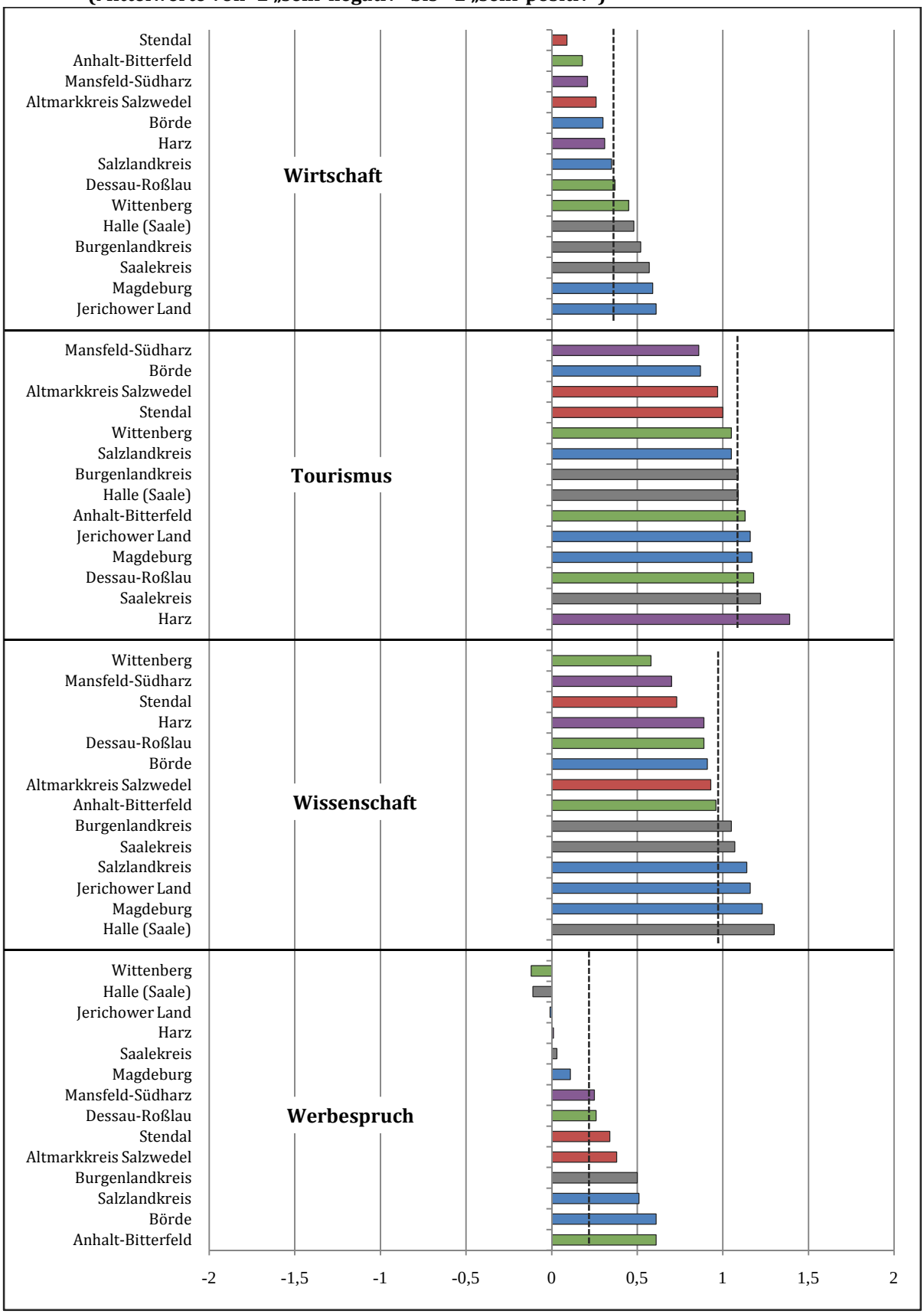
Die größte Zustimmung findet die Aussage, dass Sachsen-Anhalt für Besucher und Touristen attraktiv sei. 41 Prozent stimmen dem voll und ganz und weitere 31 Prozent stimmen eher zu. Lediglich fünf Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Auf große Zustimmung (66 %) bei den Befragten stößt ferner die Einschätzung, dass Sachsen-Anhalt für Wissenschaft und Forschung ein geeigneter Standpunkt sei. Nur eine Minderheit von sechs Prozent lehnt dieses Diktum ab. Den bekannten Werbespruch „Wir stehen früher auf" findet allerdings weniger als die Hälfte der Befragten für Sachsen-Anhalt passend. Jeder Dritte hält den Slogan für ungeeignet. Keine der oben erwähnten vier Aussagen wird mit vergleichbarer Deutlichkeit von den Befragten abgelehnt. Zwar stimmen nur 38 Prozent der Aussage zu, dass Wirtschaftsunternehmen in Sachsen-Anhalt gute Bedingungen finden; eine klare Absage erteilen dieser Einschätzung jedoch nur 11 Prozent. Der Großteil der Befragten (45 %) kommt bei der Beurteilung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt zu einem ausgewogenen Urteil. Dieses Ergebnis entspricht

auch der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt, die ebenfalls 52 Prozent der Befragten als teils gut und teils schlecht angeben (vgl. Kapitel 2).

Schlüsselt man die Aussagen zu Sachsen-Anhalts Eigenschaften nach der Kreiszugehörigkeit der Befragten auf, zeigen sich deutliche Unterschiede (vgl. Abb. 10). So wird Sachsen-Anhalt vor allem von Bürgern aus dem Jerichower Land, aus Magdeburg und dem Saalekreis als guter Wirtschaftsstandort angesehen, während das Urteil in Stendal, Anhalt-Bitterfeld und Mansfeld-Südharz eher verhalten ausfällt. Auch die Einschätzung der touristischen Attraktivität des Landes variiert je nach Kreiszugehörigkeit der Befragten. Die größte Zustimmung findet diese Aussage im Harz, der neben Halle und Magdeburg zu den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Standorten in Sachsen-Anhalt zählt, die geringste hingegen im Landkreis Mansfeld-Südharz, der zu den wirtschaftsschwächsten Regionen des Bundeslandes gehört, und auch in der vor allem landwirtschaftlich geprägten Börde. Als guten Standort für Wissenschaft und Forschung sehen Sachsen-Anhalt vor allem die Bewohner der beiden kreisfreien Städte Halle und Magdeburg an. In Wittenberg, Mansfeld-Südharz und Stendal überwiegt dagegen die Skepsis. Für den Werbespruch „Wir stehen früher auf“ können sich insbesondere Befragte aus den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld und Börde erwärmen, auf deutliche Ablehnung stößt er dagegen in Wittenberg und Halle. Abgesehen von dem Kontextfaktor der Kreiszugehörigkeit beeinflussen auch einige Individualmerkmale die Aussagen zu Sachsen-Anhalt. Als guter Wirtschaftsstandort wird das Land vor allem von Personen zwischen 35 und 44 Jahren und Männern angesehen. Unterdurchschnittliche Zustimmung findet diese Einschätzung bei 18- bis 34-Jährigen und Frauen. Attraktiv für den Tourismus halten Sachsen-Anhalt insbesondere Rentner bzw. Personen, die älter als 60 sind, und Frauen. Vermehrt Zweifel an der touristischen Attraktivität hegen dagegen 25- bis 34-Jährige, Auszubildende und Männer. Die Aussage, dass Sachsen-Anhalt für Wissenschaft und Forschung ein geeigneter Standort sei, findet vor allem bei Rentnern, Arbeitern und politisch Interessierten Zuspruch. Unterdurchschnittlich fällt die Zustimmung dagegen bei 18- bis 24-Jährigen aber auch 25- bis 34-Jährigen, bei Auszubildenden, Freiberuflern und Selbständigen sowie den politisch wenig bis gar nicht Interessierten aus (tabellarisch nicht ausgewiesen).

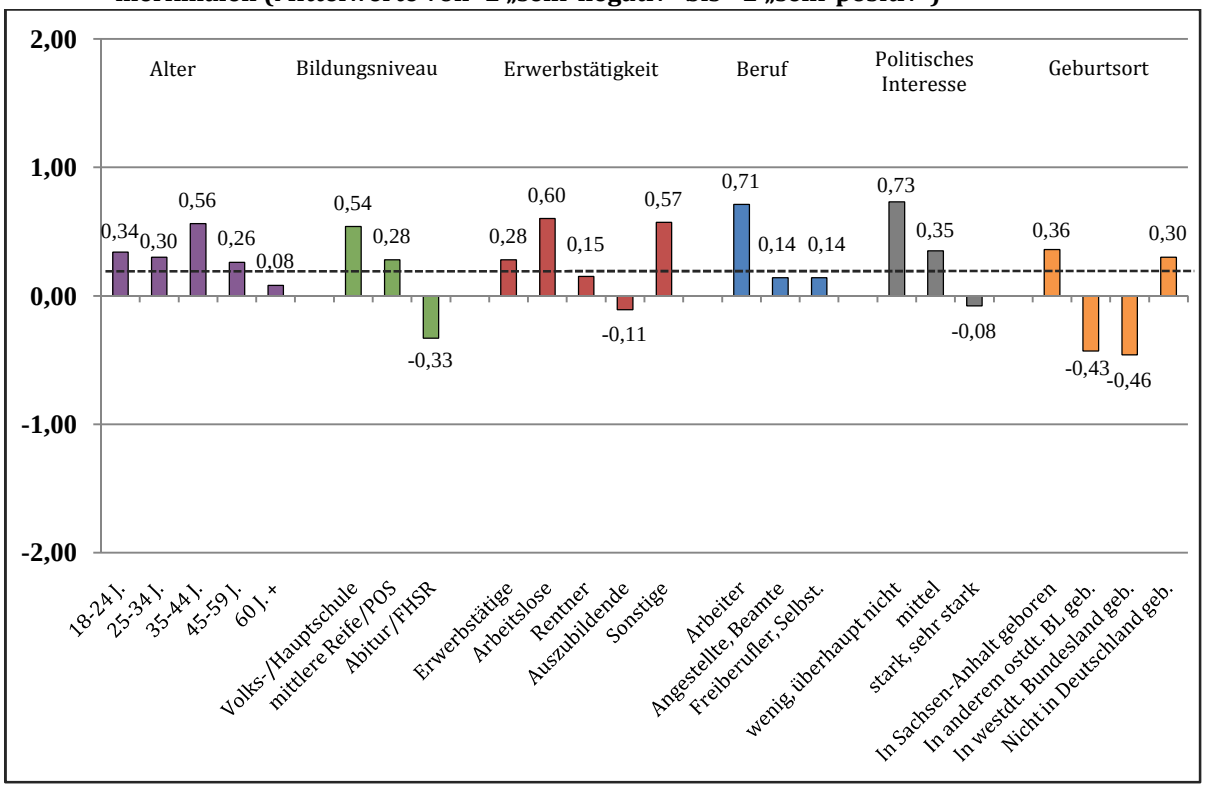
Darüber, ob der Werbespruch „Wir stehen früher auf“ zu Sachsen-Anhalt passt oder nicht, zeigen sich die Befragten je nach Alter, Bildungsniveau, Erwerbstätigkeit, Beruf, Geburtsort und politischem Interesse uneins (vgl. Abb. 11). Für passend halten den Slogan vor allem Personen zwischen 35 und 44 Jahren mit einem niedrigen Bildungsniveau (Hauptschulabschluss), Arbeitslose und sonstige Erwerbstätige, Arbeiter, politisch wenig bis gar nicht Interessierte und gebürtige Sachsen-Anhalter. Zweifel an der Passfähigkeit des Leitmottos haben insbesondere Personen, die 60 Jahre und älter sind, über ein höheres Bildungsniveau (mindestens Abitur) verfügen, zu der Gruppe der Auszubildenden zählen, als Angestellte oder Beamte beschäftigt sind, Freiberufler oder selbständig sind, politisch Interessierte sowie Personen, die in anderen ostdeutschen oder in westdeutschen Bundesländern geboren sind.

Abb. 10 Eigenschaften Sachsen-Anhalts nach Kreiszugehörigkeit (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



F. 8 a-d: siehe Abb. 9
Farben nach Regionen: Börde = blau, Harz = lila, Saale-Unstrut = grau, Altmark = rot, Anhalt = grün
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

Abb. 11 Beurteilung des Werbespruchs „Wir stehen früher auf“ nach ausgewählten Individualmerkmalen (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)

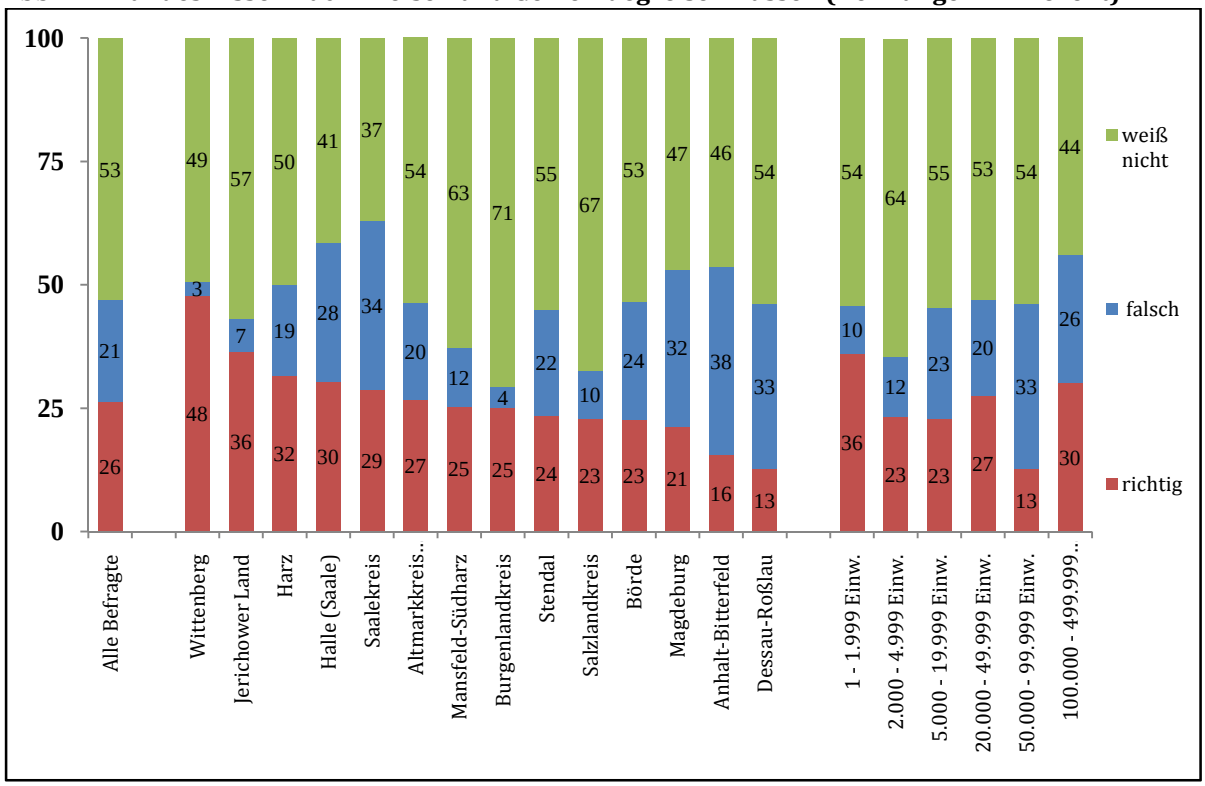


F. 8d: siehe Abb. 9
Die gestrichelte Linie gibt die durchschnittliche Beurteilung aller Befragten an.

4 Wissen über das Land

Im Zusammenhang mit der Wiederkehr des Datums weltweit beachteter historischer Ereignisse wird Sachsen-Anhalt bald in den Mittelpunkt gerückt. Luthers Thesenanschlag vom 31. Oktober 1517 an der Schlosskirche zu Wittenberg jährt sich 2017 zum 500sten Mal. Seit 2008 finden, vorbereitend auf die 500-Jahr-Feier, Tagungen, Ausstellungen, Workshops, Bildungsprojekte, Diskussionsrunden und Events statt, mit dem Ziel, das öffentliche Wissen über Luther und die Reformation zu erweitern. Doch wie viele der Bürger des Landes können fünf Jahre vor dem Reformationsjubiläum überhaupt etwas mit dem Datum 31. Oktober 1517 anfangen?

Abb. 12 Landeswissen nach Kreisen und Gemeindegrößenklassen (Nennungen in Prozent)

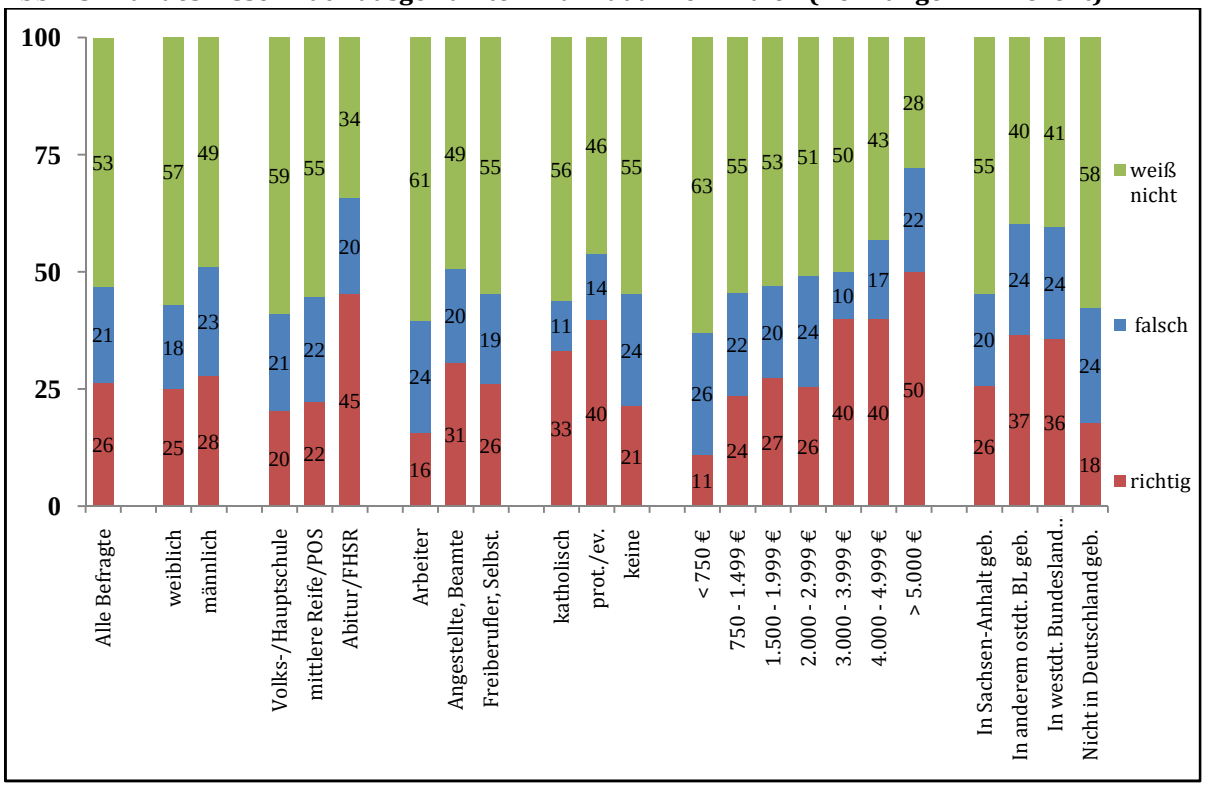


F. 27: Welches historische Ereignis verbinden Sie mit dem 31. Oktober 1517?

Insgesamt beantwortet ein Viertel der Befragten die Datumsfrage richtig, ein Fünftel falsch, und 53 Prozent geben an, es nicht zu wissen (vgl. Abb. 12). Am Ort des Ereignisses, in Wittenberg, fällt der Anteil richtiger Antworten deutlich höher aus. Jeder Zweite verbindet hier den 31. Oktober 1517 mit dem Thesenanschlag Martin Luthers. Auch im Jerichower Land wissen immerhin 36 Prozent der Bewohner etwas mit dem Datum anzufangen. Ganz anders sieht dies hingegen in Dessau-Roßlau und Anhalt-Bitterfeld aus. Lediglich eine Minderheit von 13 bzw. 16 Prozent beantwortet die Datumsfrage richtig. Auch das historische Landeswissen der Einwohner der beiden Großstädte differiert. Während in Halle 30 Prozent die Frage korrekt beantworten, sind es in Magde-

burg nur 21 Prozent. Generell ist der Wissensstand bezüglich der Reformation in den Kleingemeinden Sachsen-Anhalts (mit bis zu 1.999 Einwohnern) am besten ausgeprägt.

Abb. 13 Landeswissen nach ausgewählten Individualmerkmalen (Nennungen in Prozent)



F. 27: siehe Abb. 12

Neben der Kreiszugehörigkeit und der Gemeindegrößenklasse hängt das historische Landeswissen von einer Reihe individueller Merkmale der Befragten ab (vgl. Abb. 13). Zwar unterscheiden sich Männer und Frauen nicht grundlegend im Hinblick auf den Anteil korrekter Antworten, jedoch geben Frauen seltener eine falsche Antwort als Männer und räumen stattdessen häufiger ein, es nicht zu wissen. Auch die immaterielle und materielle Ressourcenausstattung in Form von Bildung und Einkommen übt einen Einfluss aus. Von den Personen, die mindestens Abitur haben, beantworten 45 Prozent die Frage nach dem Thesenanschlag Luthers richtig, bei Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss hingegen nur jeder Fünfte. Ferner fällt mit steigendem Einkommen der Anteil zutreffender Antworten höher aus. Da die Frage nicht nur historisches Landeswissen, sondern auch Bildung über Religionsgeschichte abfragt, liegt die Vermutung nahe, dass der Wissensstand auch mit der Konfession der Personen variiert. In der Tat trifft dies zu. Unter Personen, die keiner Konfession angehören – und dies sind in Sachsen-Anhalt ca. 70 Prozent der Bevölkerung –, können nur 21 Prozent die Frage richtig beantworten. Protestanten beantworten die Frage zu 40 Prozent richtig, aber auch 33 Prozent der Katholiken. Auffallend ist, dass das Wissen über den Thesenanschlag Luthers unter gebürtigen Sachsen-Anhaltern mit einem Anteil von 26 Prozent richtiger Antworten unterdurchschnittlich ausgeprägt ist. Nur Befragte, die nicht in Deutschland geboren sind, können mit der Frage noch weniger anfangen. Auch im Vergleich mit den

Einwohnern der anderen ostdeutschen Bundesländer schneiden die Befragten im Ursprungsland der Reformation, Sachsen-Anhalt, am schlechtesten ab. Von den in Brandenburg und Thüringen Geborenen geben immerhin 42 bzw. 39 Prozent die richtige Antwort, bei Befragten, die aus Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern stammen, sind dies jeweils 33 Prozent.

5 Politische Involvierung und Politische Responsivität

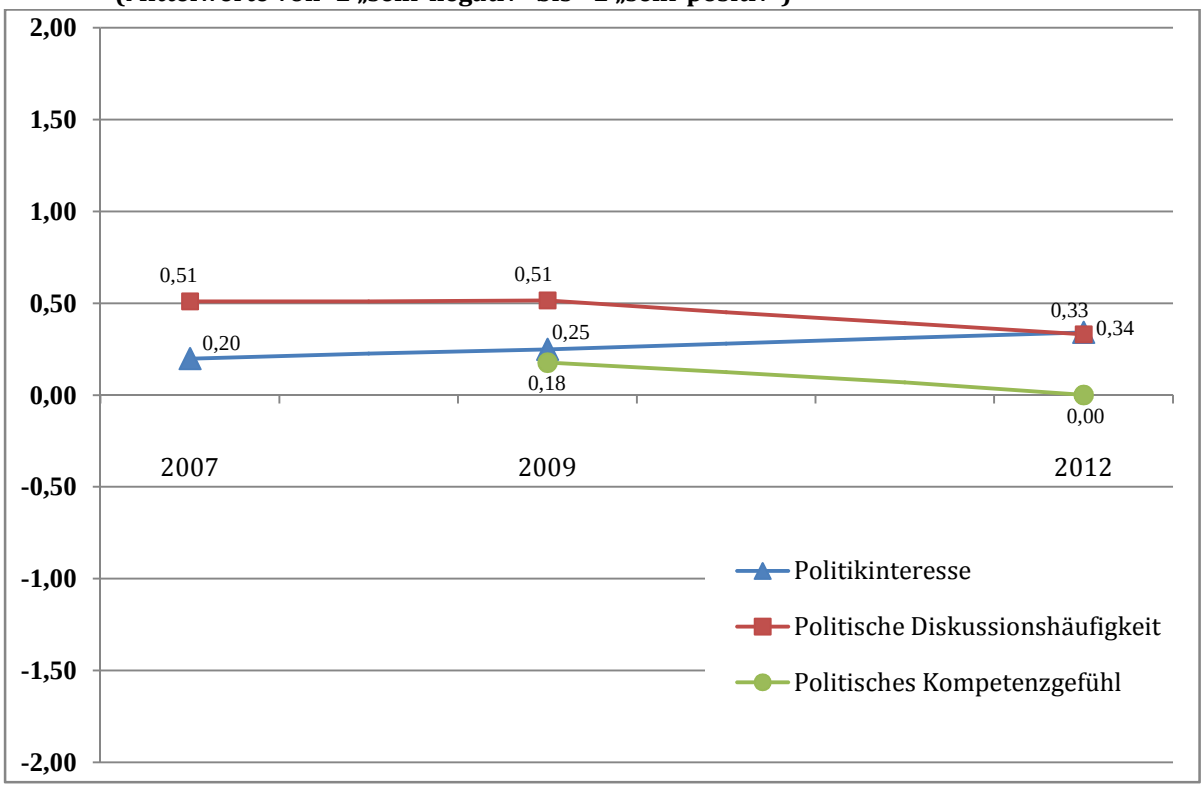
5.1 Einbindung der Bürger in die Politik

Dass sich die Bürger mit politischen Fragen auseinandersetzen, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile und funktionsfähige Demokratie. In der politischen Einstellungsforschung wird die mentale Beschäftigung mit Politik, das heißt das Sich Einlassen auf Politik, mit dem Begriff der politischen Involvierung beschrieben. Hierzu zählen Einstellungen und Persönlichkeitsmerkmale wie das politische Interesse, die politische Diskussionshäufigkeit und das Gefühl, politisch etwas bewirken zu können. Der politischen Involvierung kommt in einer Demokratie die wichtige Funktion zu, eine Grundlage für die politische Beteiligung der Bürger zu liefern. Vor allem Partizipationsformen, die vom Bürger eine größere politische Kompetenz verlangen, wie beispielsweise die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, machen eine mentale Auseinandersetzung mit Politik seitens der Bürger erforderlich. Ebenso kann eine politisch aktive Bürgerschaft eine vorbeugend vorteilhafte Wirkung haben, da sie die Regierenden zwingt, ihre politischen Entscheidungen an den Interessen der Bürger auszurichten. Demnach fördert ein hohes Ausmaß an politischer Involvierung eine verantwortliche und bürgernahe Politik.

Zunächst wird anhand von drei Merkmalen, nämlich dem politischen Interesse, der politischen Diskussionshäufigkeit und dem subjektiven politischen Kompetenzgefühl, untersucht, wie sich das Ausmaß politischer Involvierung im Zeitverlauf bei den Bürgern in Sachsen-Anhalt verändert hat (vgl. Abb. 14). Es erweist sich, dass das politische Interesse geringfügig zwischen 2007 und 2012 angestiegen ist. Hingegen haben die politische Diskussionshäufigkeit und das Gefühl politischer Kompetenz leicht abgenommen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Faktoren dafür verantwortlich sind, dass manche Bürger involvierter sind als andere.

Den Stand der Forschung abermals bestätigend, besteht ein besonders deutlicher Zusammenhang zwischen der Bildung und den genannten drei Merkmalen politischer Involvierung. Personen mit höherem Bildungsniveau sind politisch interessierter, diskutieren häufiger mit ihrem sozialen Umfeld über Politik und fühlen sich politisch kompetenter als Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsniveau. Ebenso lässt sich ein Geschlechtereffekt beobachten. Frauen sind generell weniger politisch involviert als Männer, was besonders deutlich beim politischen Kompetenzgefühl, aber auch dem politischen Interesse zum Ausdruck kommt. Zudem übt der Familienstand einen Einfluss auf die politische Involvierung einer Person aus. Ein überdurchschnittliches Ausmaß politischer Involvierung weisen Verheiratete und Geschiedene auf, unterdurchschnittlich ist die Bereitschaft, sich mit Politik auseinanderzusetzen, hingegen bei Ledigen und Verwitweten ausgeprägt (vgl. Tab. 7).

Abb. 14 Entwicklung der politischen Involvierung im Zeitverlauf, 2007 bis 2012 (Mittelwerte von -2 „sehr negativ“ bis +2 „sehr positiv“)



F. 10: Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig (nur 2012), weniger stark oder überhaupt nicht?
F. 11: Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?
Politisches Kompetenzgefühl: Index aus 3 Fragen
F. 13b: Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
F. 13d: Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
F. 13f: Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Tab. 7 Politische Involvierung nach Geschlecht, Bildung und Familienstand (Mittelwerte von -2 „stimme überhaupt nicht zu“ bis +2 „stimme voll und ganz zu“)

Politische Involvierung	Sachsen-Anhalt (Ø)	Geschlecht		Familienstand				Bildung		
		w.	m.	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	Hauptschule	Realschule	Abitur
F. 10: Pol. Interesse	0,34	0,14	0,55	0,16	0,46	0,08	0,51	0,27	0,23	0,71
F. 11: Pol. Diskussionshäufigkeit	0,33	0,22	0,45	0,16	0,48	-0,15	0,59	0,04	0,38	0,68
F. 13 b, d & f: Pol. Komp.	0,00	-0,22	0,23	0,00	0,04	-0,36	0,22	-0,26	-0,19	0,46

5.2 Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

Neben der politischen Involvierung, die ausschlaggebend für die politische Beteiligung einer Person ist, spielt auch die Beurteilung der Offenheit des politischen Systems

durch die Bürger eine Rolle. In der Forschungsliteratur wird die Überzeugung der Bürger, dass das politische System für ihre Anliegen offen ist und auf diese aufgeschlossen reagiert, als politische Responsivität bezeichnet. Voraussetzung für diese Bereitschaft zur Rückkopplung ist, dass die Repräsentanten der Politik, vor allem die Parlamentsabgeordneten, an den Wünschen und Erwartungen der Wähler interessieren sind, diese zur Kenntnis nehmen und in den politischen Entscheidungsprozess einfließen lassen.

Im Vergleich mit der politischen Involvierung (Durchschnittswerte von 0,00 bis 0,34) wird die Offenheit des politischen Systems seitens der Sachsen-Anhalter deutlicher negativer beurteilt (Durchschnittswert von -0,65). Ein klarer und alle anderen Individualmerkmale übertreffender Zusammenhang besteht dabei mit der Parteipräferenz (vgl. Tab. 8). Hierbei gleichen die Muster bei den verschiedenen Parteipräferenzen denen, die auch bei der Beurteilung der Verbundenheit mit räumlichen Einheiten, der wirtschaftlichen Lage, der Lebenszufriedenheit und der Zukunftsaussichten zu beobachten sind. Vor dem Hintergrund der insgesamt eher negativen Beurteilung der politischen Responsivität durch die Bürger Sachsen-Anhalts fällt das Urteil von CDU- und Grünen-Anhängern, aber auch denen der SPD immer noch positiver aus als das der anderen. Genau die konträre, nämlich entschieden negative Meinung, äußern abermals Personen, die keine Parteipräferenz angeben oder beabsichtigen, bei Wahlen ungültig zu votieren. Skeptischer als der Durchschnitt schätzen auch Anhänger der Liberalen, der Piraten und sonstiger Parteien die Offenheit des politischen Systems ein.

Tab. 8 Responsivitätsgefühl nach Parteipräferenz (Mittelwerte von -2 „stimme überhaupt nicht zu“ bis +2 „stimme voll und ganz zu“)

	Sachsen-Anhalt (Ø)	Parteipräferenz										
		CDU	Linke	SPD	Grüne	FDP	Piraten	Sonst.	Keine /NW	ungültig	w.n.	A.v.
Responsivität	-0,65	-0,34	-0,73	-0,48	-0,37	-0,83	-0,84	-0,88	-1,17	-1,07	-0,60	-0,53

Responsivitätsgefühl: Index aus 3 Fragen
F. 13a: Politiker kümmert, was einfache Leute denken.
F. 13c: Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
F. 13e: Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.

6 Einstellungen zur Demokratie

„Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ – diese Grundüberzeugung teilen 61 Prozent der Sachsen-Anhalter einschränkungslos bzw. weitgehend (vgl. Tab. 9).

Tab. 9 Demokratie als beste Staatsidee (Nennungen in Prozent)

F. 18b: Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	39	36	30	37	38	45
Stimme eher zu	22	19	19	21	23	24
teils/teils	28	36	34	37	26	22
Lehne eher ab	5	0	9	1	9	3
Lehne völlig ab	3	4	7	2	3	2

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Zwar hat sich im Spiegel der vorliegenden jüngsten Umfrage der Anteil derer, die ihre prinzipielle Systempräferenz mit einem gewissen Vorbehalt versehen, im Vergleich zu 2009 deutlich verringert (-14 Prozentpunkte). Dies ist jedoch nicht so zu verstehen, dass das Fundament grundsätzlicher Zustimmung zur demokratischen Ordnung dünner geworden wäre. Vielmehr haben sich viele, die vor drei Jahren „eher“ für die Demokratieidee optierten, diesmal der neu geschaffenen Antwortmöglichkeit „teils/teils“ zugeordnet. Diese Umschichtung im Antwortverhalten sorgt insofern für mehr Klarheit, als mithilfe dieser Kategorie die demokratiekritischen Stimmen auf ihren eigentlichen Kern reduziert werden: Waren es 2007 und 2009 noch jeweils 16 bzw. 14 Prozent, welche die demokratische Idee „eher“ ablehnten, so sind es 2012 nurmehr fünf Prozent, welche die Demokratie „eher nicht“ für das bestmögliche Staatsmodell halten. Wie schon bei den vorangegangenen Befragungswellen des Monitors, stellen entschiedene Demokratieverweigerer mit drei Prozent eine Randgröße dar.

Tab. 10 Diktatur als alternative Staatsform (Nennungen in Prozent)

F. 18e: Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
Stimme voll zu	5	3	4	2	4	7
Stimme eher zu	6	7	6	6	3	8
teils/teils	18	9	22	15	20	16
Lehne eher ab	17	19	14	13	21	15
Lehne völlig ab	54	61	52	63	50	52

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Der Meinung, dass besser als die Demokratie eine Diktatur mit Zeiten der Not fertig würde, stimmen 2012 nochmals weniger als in den Vorjahren, nämlich fünf Prozent „voll und ganz“ und sechs Prozent „eher“ zu. Unschlüssig („teils/teils“) äußern sich 18 Prozent. Wer weniger im Urteil schwankt, ordnet sich diesmal mit 17 Prozent der Position zu, die ein diktatorisches Notstandsregime „eher nicht“ bevorzugt (neun Prozent-

punkte weniger als 2009). Entschieden ablehnend legt sich eine Mehrheit fest, die mit 54 Prozent (-4 Prozentpunkte) kaum kleiner als drei Jahre zuvor ausfällt (vgl. Tab. 10).

Die Zahl der erklärten Demokratiegegner ist nicht nur nach wie vor insgesamt verschwindend gering, sondern die grundsätzliche Befürwortung der Demokratie verteilt sich inzwischen auch gleichmäßiger über die Altersgruppen. Noch 2009 hatten wir bei jüngeren Befragten eine überproportional hohe Demokratiedistanz gemessen. Diese jugendspezifische Abstandshaltung hat sich inzwischen weitgehend verflüchtigt. Mehr als ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen (36 %), 12 Prozent mehr als 2009, outet sich heute als vorbehaltloser Parteigänger der Demokratie. Zusätzlich 19 Prozent ordnen sich „eher" dieser zustimmenden Position zu. Ein weiteres gutes Drittel (36 %) der jüngsten Alterskohorte mag sich nicht eindeutig entscheiden („teils/teils"). Dafür gibt es nun unter den jungen Landeskindern niemanden mehr, der größere Vorbehalte bekundet und die Demokratie „eher nicht" als alternativlos ansieht – drei Jahre zuvor hatten noch 39 Prozent der Jüngeren die Demokratie eher abgelehnt. Die Zahl entschiedener Systemgegner ist mit vier Prozent gleich klein geblieben.

Dass die 18- bis 24-Jährigen Sachsen-Anhalter inzwischen ganz überwiegend im Kern ihrer politischen Auffassungen demokratiefest sind, bestätigt spiegelbildlich ihre Beantwortung der hypothetischen Diktaturfrage: Die Zahl derer, die für den Notfall eine Diktatur befürworten, hat sich seit 2009 auf drei Prozent („stimme voll und ganz zu") bzw. sieben Prozent („stimme eher zu") mehr als halbiert. Umgekehrt bekunden 61 Prozent – und damit 14 Prozent mehr als vor drei Jahren – ihre entschiedene Ablehnung der diktatorischen Regime-Variante. Damit fällt die ablehnende Reaktion in der jüngsten Altersgruppe von allen Jahrgängen am höchsten aus.

Auch in den älteren Altersgruppen hat sich die Waagschale weiter zugunsten des Bekenntnisses zur Demokratie gesenkt. Jene, die sich „eher" als Anhänger der Demokratie bekennen, sind quer durch die Generationen zahlreicher geworden. Umgekehrt sind die Prozentanteile für eine erklärte Halbdistanz („stimme eher nicht zu") deutlich zurückgegangen. Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich in Sachsen-Anhalt bezüglich der ideellen Unterstützung der Demokratie ein stabiler politischer Generationenvertrag ausgeformt hat (vgl. Abb. 16).

Merklich verhaltener fällt im Querschnitt der Befragten, für alle Altersklassen, Berufsgruppen und Bildungsgrade (beides hier nicht tabellarisch ausgewiesen), das Urteil über das Funktionieren der Demokratie aus. Knapp die Hälfte der Befragten (45 %) kommt zu einer zwiespältigen Benotung („teils, teils"). Sehr oder zumindest ziemlich zufrieden mit der Performanz der Demokratie zeigt sich lediglich jeder Fünfte, wobei überdurchschnittlich viele Angehörige der beiden jüngsten Altersgruppen zu einer positiven Einschätzung kommen (vgl. Tab. 11). Dem entgegengesetzt äußert sich ein Drittel aller Befragten – und darunter vergleichsweise wenige 18- bis 24-Jährige – ziemlich oder sehr unzufrieden damit, wie die Demokratie hierzulande funktioniert.

Tab. 11 Zufriedenheit mit Funktion der Demokratie in Deutschlandnach Altersgruppen (Nennungen in Prozent)

F. 9: Mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem...	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
sehr zufrieden	4	11	3	5	4	3
ziemlich zufrieden	16	14	21	16	11	19
teils/teils	45	49	41	47	44	47
ziemlich unzufrieden	23	21	20	22	26	23
sehr unzufrieden	11	4	15	9	15	8

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Das durchwachsene Meinungsbild verwundert nicht, denn in die Beantwortung dieser Frage geht immer mit ein, wie die Integrität und professionelle Amtspraxis der politischen und administrativen Eliten sowie die konkrete Leistungsbilanz für die amtierenden Politiker, Parteien und Regierungen subjektiv bewertet wird. Hinzu kommt: Je nachdem, ob man sich den zur Zeit Regierenden oder der gegenwärtigen Opposition verbunden fühlt, wird auch die Funktionstüchtigkeit der Demokratie individuell kritischer oder nachsichtiger wahrgenommen. Schließlich spielt für das Antwortverhalten auch eine Rolle, ob die persönliche Lebenssituation und die eigene wirtschaftliche Lage gut oder schlecht eingeschätzt werden.

Diese die Bewertung des Funktionierens der Demokratie beeinflussenden Faktoren werden im Folgenden dargestellt. Wie die folgende Tab. 12 ausweist, hat, wer seine eigenen Lebensumstände bzw. seine private Ökonomie zuversichtlich beurteilt, auch überdurchschnittlich häufig eine positive Meinung vom Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Umgekehrt sind unter jenen, welche ihre persönlichen Konditionen schlecht einschätzen, mit 39 bzw. 40 Prozent besonders viele, die der Funktionstüchtigkeit der Demokratie ein miserables Zeugnis ausstellen.

Tab. 12 Zufriedenheit mit Lebenssituation nach Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Nennungen in Prozent)

F. 9: siehe Tab.11	Sachsen-Anhalt (∅)	Zufriedenheit mit Lebenssituation		eigene wirtschaftliche Lage	
		zufrieden	unzufrieden	gut	schlecht
sehr zufrieden	4	7	1	7	2
ziemlich zufrieden	16	25	6	25	4
teils/teils	45	47	27	46	35
ziemlich unzufrieden	23	15	24	17	21
sehr unzufrieden	11	7	40	5	39

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Am meisten zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie äußern sich Anhänger der CDU (37 %). Unzufriedene sind im Umfeld der Unionspartei mit 14 Prozent deutlich in der Minderzahl (vgl. Tab. 13). Unter Sympathisanten der SPD sind die zustimmenden und die kritischen Stimmen zur Demokratiepraxis mit 22 bzw. 21 Prozent etwa gleich verteilt. Gleichgewichtig fällt das Meinungsbild mit 29 Prozent Zufriedenen

und 30 Prozent Unzufriedenen auch bei den Grünen aus. Bei Parteigängern von – in dieser Reihenfolge – Piraten und Linkspartei sowie ferner Nichtwählern dominiert die Demokratiekritik.

Der Meinungsspiegel, der sich hier in unseren regionalen Daten abzeichnet, bestätigt zumindest teilweise die in der Literatur vertretene These, dass in die subjektive Bewertung des Funktionierens der Demokratie auch die persönliche Nähe oder Distanz zur regierenden Parteienkonstellation mit eingeht: Anhänger der CDU, die in Berlin wie Magdeburg regiert, vergeben einen entsprechend hohen Demokratiebonus, während Befragte, die der Linken oder den Piraten und mithin einer auf beiden Ebenen opponierenden Partei nahe stehen, kontrastiv einem ausgeprägt großen Demokratiemalus Ausdruck geben. Sympathisanten der SPD, die im Land mitregiert, nicht aber im Bund, äußern sich folgerichtig ausgewogen. Lediglich die Gefolgsleute von FDP und Bündnisgrünen fallen aus diesem gängigen Interpretationsschema heraus: Obwohl die Liberalen aktuell in der Bundesregierung vertreten sind, finden sich unter sachsen-anhaltischen FDP-Anhängern vergleichsweise viele, die mit dem Funktionieren der Demokratie hadern. Grüne Parteigänger wiederum kritisieren die demokratischen Zustände nicht öfters und nicht nachdrücklicher als die FDP-Klientel (und weniger als Linke und Piraten), obwohl die Partei ihrer Wahl zur Zeit weder an der Landes- noch an der Bundesregierung beteiligt ist.

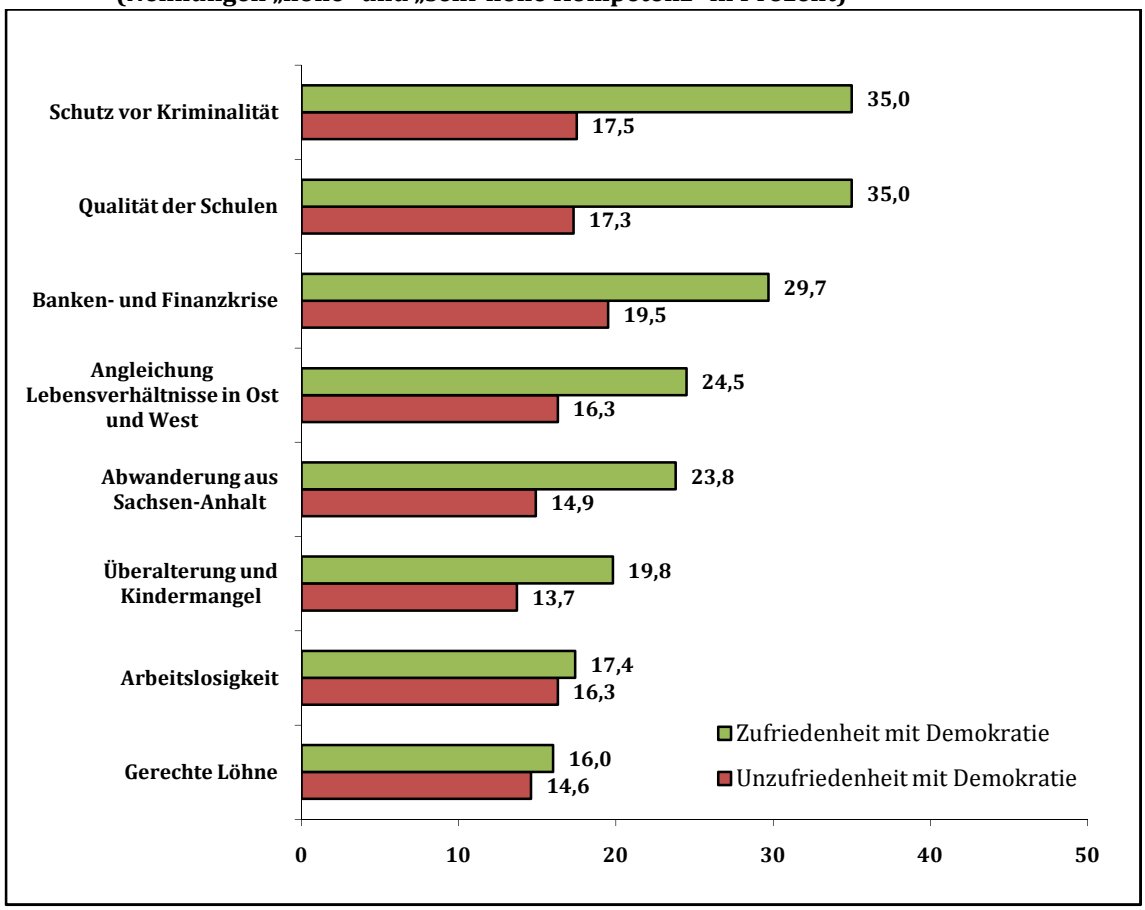
Tab. 13 Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Parteisympathie (Nennungen in Prozent)

F. 9: siehe Tab.11	Sachsen-Anhalt (∅)	Parteisympathie						
		CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/ Grüne	Piraten	keine / Nicht-wähler
sehr zufrieden	4	9	3	5	1	3	2	2
ziemlich zufrieden	16	28	19	11	13	26	11	5
teils/teils	45	50	57	53	38	41	42	30
ziemlich unzufrieden	23	11	18	26	36	23	26	34
sehr unzufrieden	11	3	3	5	13	7	19	28

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Eindeutig nachweisbar ist der Zusammenhang, der zwischen dem Grad der Demokratiezufriedenheit und der Einschätzung der Problemlösungsfähigkeit des Staates besteht. Wie die nächste Abb. 15 zeigt, bewerten in sämtlichen abgefragten Bereichen deutlich mehr jener Bürger des Landes, welche mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, die staatliche Lösungskompetenz positiv. Dass hierbei die für die Agenden „Arbeitslosigkeit" und „gerechte Löhne" gemessenen Kontrastwerte nur vergleichsweise gering differieren, ist ein Beleg dafür, dass die Befragten durchaus treffsicher einschätzen, in welchen Politikfeldern eher staatliche Stellen intervenieren und in welchen vornehmlich private Akteure Einfluss nehmen können.

Abb. 15 Problemlösungskompetenz des Staates nach Demokratiezufriedenheit (Nennungen „hohe“ und „sehr hohe Kompetenz“ in Prozent)



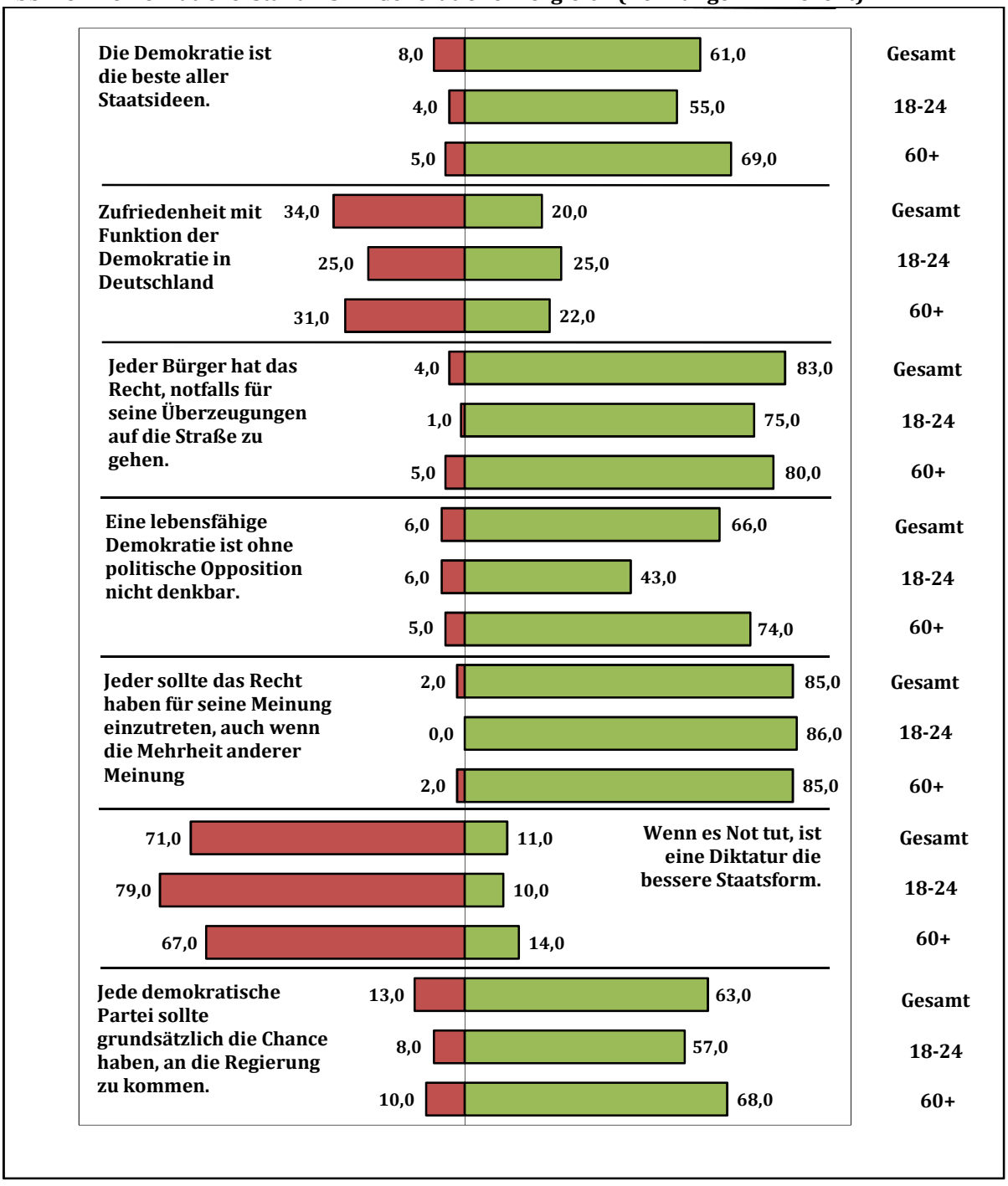
So wie die abstrakte Verortung zur Idee der Demokratie anhand des zusätzlichen Indikators von Zufriedenheit/Unzufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren der Demokratie einem Praxistest unterzogen wird, so bedarf eine arbeitsfähige Demokratie der Absicherung durch institutionelle Garantien, wie sie unter anderem ein echter Parteienwettbewerb und eine unabhängige Opposition darstellen. Flankierend hinzu kommen müssen außerdem individuelle politische Bürgerrechte.

Wie schon in den Jahren zuvor, sieht dies eine überwältigende Mehrheit der Landesbevölkerung nicht anders. Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht und ein Recht auf Opposition werden unabhängig von Alter, Bildungsgrad, Beruf und sozialem Status der Befragten nahezu einhellig eingefordert. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von zwei bis sechs Prozent lehnt solche Garantien glatt ab.

Mit einem Drittel ablehnender Stimmen etwas ausgeprägter ist der Vorbehalt dagegen, allen politischen Parteien gleiche Chancen für eine Regierungsbeteiligung einzuräumen. In solcher abgestufter Ausgrenzung drückt sich mutmaßlich nicht ein defektes Demokratieverständnis aus, sondern wohl eher ein gewisser Interessenegoismus: Die Befragten haben selbst den Parteienwettbewerb verinnerlicht und wollen jene Parteien von der Regierung möglichst fernhalten, die nicht ihrer eigenen Partei- bzw. Koalitionspräferenz entsprechen.

Das Demokratiebewusstsein der nachwachsenden Generation des Landes hatten wir im Sachsen-Anhalt Monitor 2009 auf der Basis der seinerzeit erhobenen Daten als tendenziell instabil, als gegenüber der Idee der Demokratie distanzierter, als in der Deutung der Grundlagen politischen Handelns unsicher sowie als näher an autoritätsstaatlichen Ordnungsmustern gelagert beschrieben.[3]

Abb. 16 Demokratieverständnis im Generationenvergleich (Nennungen in Prozent)



Erläuterung: rote Balken „lehne eher/völlig ab“ – grüne Balken „stimme eher/voll zu“

3 Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./ Völkl, K., 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 57.

Dieses vom Meinungsbild der Gesamtbevölkerung erheblich abweichende demokratieferne Syndrom ist in der Gegenwart, wie oben dargelegt, nicht mehr erkennbar. Im Gegenteil: Wie das oben stehende aktualisierte Generationen-Diagramm (vgl. Abb. 16) veranschaulicht, hat sich bei der Positionierung zur Demokratie die generationenbedingte Schieflage inzwischen korrigiert, und zwar sowohl hinsichtlich der Demokratie als Idealvorstellung wie auch bezüglich der mit ihr praktisch gemachten Erfahrungen. Die beiden Eckgruppen der jüngsten und ältesten Jahrgänge, also die 18- bis 24-Jährigen und die über 60-Jährigen, haben sich in der theoretischen Akzeptanz der Demokratie wie auch im Urteil über deren konkrete Funktionstüchtigkeit in den letzten Jahren deutlich angeglichen.

7 Freiheit – Gleichheit – Sicherheit

„Freiheit“ und „Gleichheit“ beschreiben, so hatten wir im 2009er Monitor ausgeführt[4], zentrale Grundwerte demokratischer Verfassungsstaaten. Beide Basisnormen sind in die Verfassungskonstruktion des demokratischen und sozialen Rechtsstaates des Grundgesetzes alter wie neuer Bundesländer eingegangen und dort eng aufeinander bezogen. Demgemäß lassen sich beide Werte eigentlich nicht antithetisch gegenüberstellen. Wenn wir, wie schon 2007, die befragten Bürgerinnen und Bürger dennoch aufgefordert haben, entweder der Freiheit oder der Gleichheit den Vorzug zu geben, dann steht dahinter die Überlegung, dass die Antworten der Befragten auf diese Weise zum Ausdruck bringen, in welchem Ausmaß zwei unterschiedliche Lebensentwürfe und Konzepte von Demokratie verbreitet sind:

Wer sich – hypothetisch – für Freiheit entscheidet, schätzt vor allem, so die Annahme, den Wert persönlicher Entfaltung und aktivbürgerlicher Beteiligungsrechte. Aus dieser „libertären“ Sicht erscheint der korrespondierende Begriff „Gleichheit“ der Freiheit insofern untergeordnet, als erstere vorrangig als Garantie *gleicher Startchancen* betrachtet wird: Wichtig ist es, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, dank derer sich individuelle Aktivitäten verschieden entfalten können. Gerechtigkeit wird aus dieser Perspektive folgerichtig primär als „Verfahrensgerechtigkeit“ verstanden[5]. Wer für „Freiheit“ optiert, ist grundsätzlich bereit, ökonomische Ungleichverteilung und soziale Differenz als Ergebnis der innergesellschaftlichen Anwendung des Leistungsprinzips anzuerkennen.

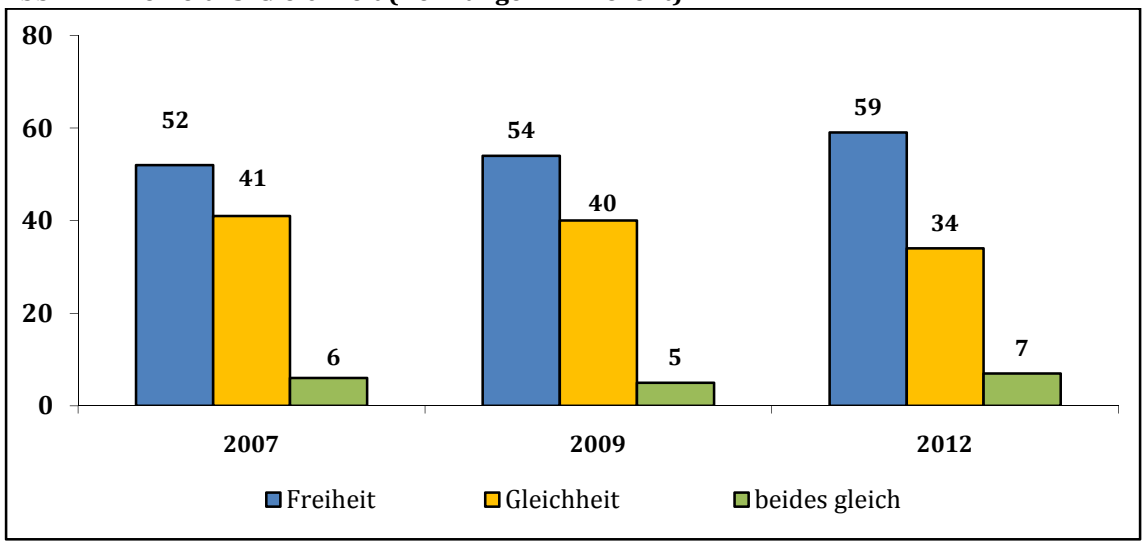
Wer demgegenüber eine Präferenz für Gleichheit äußert, erwartet gemäß dem analytischen Konstrukt vorrangig von der Politik, dass real existierende ungleiche Lebensbedingungen möglichst ausgeglichen werden. „Gleichheit“ lehnt sich hier – wie auch der dritte von uns abgefragte Begriff „Sicherheit“ – eng an das hergebrachte Sozialstaatskonzept an, das, abgesegnet auch durch höchstrichterliche Rechtsprechung, auf die nachjustierende Korrektivgewalt des Gesetzgebers und auf Umverteilung mittels Transferleistungen setzt, um bestehende Disparitäten der Lebenschancen finanziell abzufedern. Aus dieser „egalitären“ Perspektive ist gerecht, was sich an der Bedarfsdeckung orientiert, mithin möglichst für „Verteilungsgerechtigkeit“ sorgt.[6]

Im Vergleich zu den beiden letzten Erhebungen von 2007 und 2009 hat sich die Rangfolge der Wertorientierungen der Sachsen-Anhalter stärker in Richtung des Freiheitspols verschoben, und zwar innerhalb der letzten drei Jahre um fünf Prozentpunkte (vgl. Abb. 17). Nurmehr für ein reichliches Drittel (34 %) ist „Gleichheit“ wichtiger (vgl. Tab. 14). Es sind überdurchschnittlich häufig Frauen, Personen mit einfachem Schulab-

4 Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./ Völkl, K., 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 60f.
5 Emptner, S./Vehrkamp, R. B. (Hrsg.), 2007: Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme, Gütersloh. S. 10.
6 S. ebd., S. 11f., ferner S. 51ff. und S. 77ff.

schluss und auch Arbeitslose, die der Gleichheit den Vorzug geben. Eine ausgeprägte Vorliebe für „Freiheit“ äußern andererseits Befragte, die sich in der Ausbildung befinden, sowie Selbständige und freiberuflich Tätige. Verglichen mit den Jahren zuvor, hat sich die Präferenzentscheidung der Altersgruppen stärker angeglichen. Die Zahl derjenigen, die *beide* Zielgrößen als gleichwertig ansehen, bleibt mit jetzt sieben Prozent nahezu konstant.

Abb. 17 Freiheit vs. Gleichheit (Nennungen in Prozent)



F. 19: Was ist Ihnen wichtiger: Freiheit vs. Gleichheit
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Tab. 14 Freiheit vs. Gleichheit und Freiheit vs. Sicherheit nach Alter und Parteisympathie (Nennungen in Prozent)

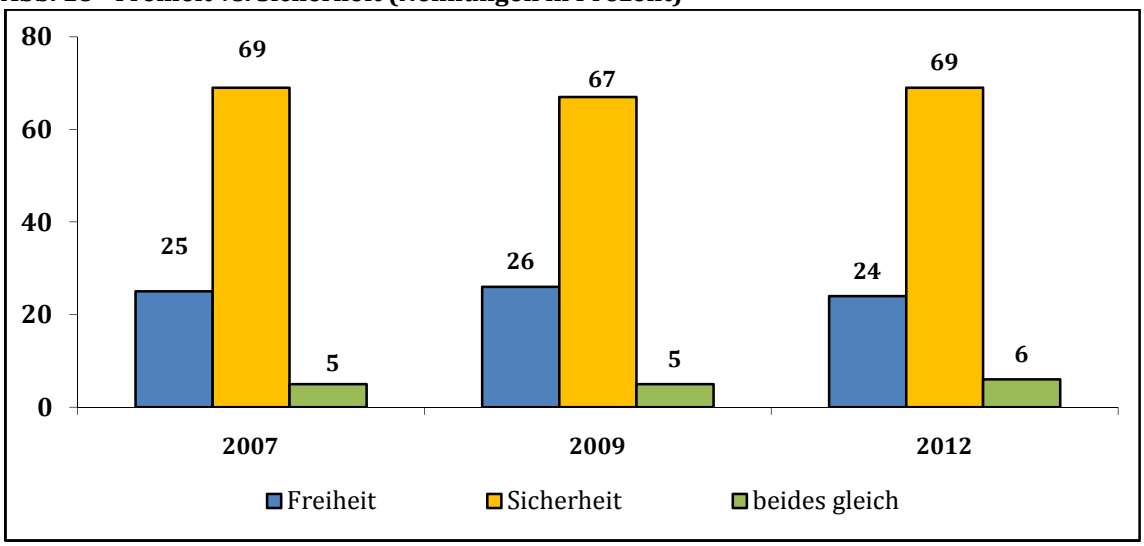
F. 19 & F. 20:...	Sachsen-Anhalt (Ø)			Alter in Jahren					Parteiensympathie						
	2007	2009	2012	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	>60	CDU	SPD	FDP	Linke	B'90/ Grüne	Pira-ten	keine
Freiheit	52	54	59	61	58	60	57	60	67	61	37	48	55	74	49
Gleichheit	41	40	34	30	37	35	33	33	28	32	58	37	42	23	43
Beides gleich wichtig	6	5	7	9	5	4	8	6	5	6	5	11	3	4	5
Freiheit	25	26	24	49	28	30	19	19	27	22	20	14	48	47	17
Sicherheit	69	67	69	48	67	64	71	74	66	76	75	70	46	49	78
Beides gleich wichtig	5	5	6	1	3	4	9	6	6	2	5	12	6	4	4

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Teilt man das libertäre, also auf den Wert Freiheit fokussierte Lager nach bekundeten Parteipräferenzen auf, so sind im Lande die Anhängerschaften der Parteien hier näher zusammengerückt. Die CDU hat in diesem Segment ihre führende Position an die Piraten abgegeben, und SPD und Linke haben den Abstand zur Union verringert. Die FDP fällt diesmal bei der Präferenz ihrer Anhänger für den Freiheitspol auf den letzten Platz zurück und hat demzufolge noch weit weniger als 2009 die am entschiedensten liberal gesonnene Anhängerschaft. (vgl. Tab. 14)

Die im Längsschnitt der Jahre 2007 bis 2012 zunehmende Priorisierung des Prinzips Freiheit verdient insofern Beachtung, als die in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (Allbus) erhobenen Daten eine ausgeprägte, von der großen Mehrheit der Bevölkerung geteilte Perzeption sozialer Ungleichheit in Deutschland dokumentieren. So werden insbesondere die Einkommensunterschiede als zu groß gesehen. „In Westdeutschland teilten diese Einschätzung 2010 87 Prozent der Befragten und in Ostdeutschland mit 96 Prozent nahezu die gesamte Bevölkerung“.[7] Auch die Überzeugung, dass sich hierzulande die Bildungschancen „allein nach Begabung“ realisieren, wird nur von 41 Prozent der Westdeutschen und 33 Prozent der Ostdeutschen geteilt. Kritisch eingeschätzt wird auch die bestehende soziale Ungleichheit: Im Jahr 2010 sahen lediglich 30 Prozent der westdeutschen und 19 Prozent der ostdeutschen Befragten „die sozialen Unterschiede in unserem Land“ als gerecht an[8]. Eine „ausgeprägte Ungleichheitsaversion“[9] der Bundesbürger ist also evident, und hierzu kontrastiert die gestiegene libertäre Präferenz der Sachsen-Anhalter offenkundig. Möglicherweise löst sich der Widerspruch dahingehend auf, dass mit „Freiheit“ eine Option persönlicher Entfaltungschancen assoziiert und trotz wahrgenommener gesellschaftlicher Ungleichheit aufrechterhalten wird.

Abb. 18 Freiheit vs. Sicherheit (Nennungen in Prozent)



F. 20 Freiheit vs. Sicherheit
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Eine egalitäre, d.h. am Gleichheitswert orientierte Grundausrichtung und das Streben nach „Sicherheit“ liegen psychologisch an sich eng beieinander. Im Unterschied aber zur relativen Rückstufung der Gleichheitsnorm, ist bei Sachsen-Anhaltern das Sicherheitsbedürfnis, wie schon in den Vorjahren, hoch ausgeprägt. Müssten sich die Befragten zwischen „Sicherheit“ und „Freiheit“ entscheiden, wären fast unverändert viele, nämlich 69 Prozent (+2 Prozentpunkte) lieber auf der ‚sicheren Seite‘ (vgl. Abb. 18). Ein überproportional hohes Sicherheitsbedürfnis melden Frauen (77 %), Volks- und

7 Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 48, Juli 2012, S. 7.
8 Ebenda, S. 9.
9 Ebenda, S. 7.

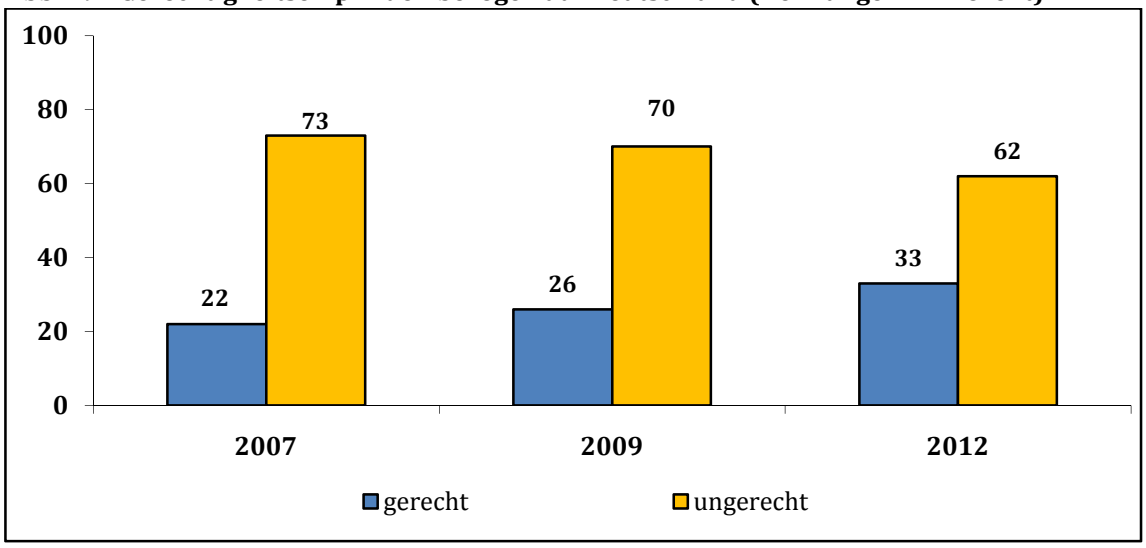
Hauptschüler (ebenfalls 77 %), Ältere ab 60 Jahren (74 %) und Arbeiter (75 %) an. Bemerkenswert ist, dass Arbeitslose der Garantie von Sicherheit mit 61 Prozent unterdurchschnittlich Vorrang einräumen.

Der Generationenunterschied hat sich bei der Richtungsentscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit kaum verändert. Jüngere bis 24 Jahre tendieren häufiger als Ältere, die 60 Jahre und mehr zählen, in Richtung „Freiheit“ (49 zu 19 %). Umgekehrt bekunden betagte Bürgerinnen und Bürger häufiger vorzugsweise ein Sicherheitsbedürfnis als die nachwachsende Generation (74 zu 48 %). Die Generationenspanne hat sich dabei für die Freiheitsmarke auf eine 30-Prozent-Differenz leicht vergrößert und bei der Sicherheitsmarke um drei Punkte auf einen Unterschied von 26 Prozent leicht verringert. Nach Parteivorlieben aufgeschlüsselt, formiert sich um den Vorrang für Sicherheit herum eine lagerübergreifende übergroße Mehrparteienkoalition aus CDU, SPD, FDP und Linke, die im Zustimmungsbereich zwischen 66 und 76 Prozent liegt. Nur Anhänger der Grünen und der Piraten scheren hier aus und optieren auch im direkten Abgleich mit Sicherheit jeweils mehrheitlich für Freiheit (vgl. Tab. 14).

8 Gerechtigkeit

In welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt sind, dass es hierzulande „alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht“, erlaubt Rückschlüsse darauf, wie es um die sozialmoralisch begründete Nähe oder Distanz zu Staat und Gesellschaft und deren wahrgenommenem Allgemeinzustand bestellt ist. Als eher ungerecht empfinden 2012 knapp zwei Drittel (62 %) der Sachsen-Anhalter den allgemeinen Gang der Dinge in Deutschland. Das sind acht Prozent weniger als im Jahr 2009. Im Gegenzug ist die Zahl derer, die eher gerechte Verhältnisse sehen, um sieben Punkte auf 33 Prozent gewachsen (vgl. Abb. 19).

Abb. 19 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland (Nennungen in Prozent)



F. 14: Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder ungerecht zugeht?

Die gefühlte Gerechtigkeitslücke hat sich demzufolge seit 2007, wo noch 73 Prozent eher Ungerechtigkeit walten sahen, zweimal in Folge moderat verkleinert. Mit dieser gewandelten Einschätzung liegt Sachsen-Anhalt im bundesweiten Trend: Im Januar 2012 bemängelten in ganz Deutschland 51 Prozent, dass die Verhältnisse eher ungerecht seien. Im Vergleich zum Februar 2010 waren dies neun Prozent weniger. Umgekehrt stieg die Nennungshäufigkeit „eher gerechter“ Bedingungen um acht Punkte auf 44 Prozent an.[10]

10 Infratest Dimap, ARD Deutschland Trend Januar 2012, S. 11.

Tab. 15 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Tätigkeit und Geschlecht (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb.19	Sachsen-Anhalt (∅)			Tätigkeit					Geschlecht	
	2007	2009	2012	erwerbs-tätig	arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	Hausfrau/ Sonst.	m.	w.
Eher gerecht	22	26	33	35	19	59	30	32	38	28
Eher ungerecht	73	70	62	62	75	37	62	66	58	65

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Tab. 16 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beruf (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb.19	Sachsen-Anhalt (∅)			Beruf		
	2007	2009	2012	Arbeiter	Angestell-ter/Beamter	Freie Berufe/ Selbständig
Eher gerecht	22	26	33	29	33	41
Eher ungerecht	73	70	62	68	61	53

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Es sind häufiger Frauen, Volks- und Hauptschüler, ferner Arbeiter (wenngleich mit rückläufiger Zahl), Rentner und Arbeitslose, also solche Sozialgruppen, die unterschiedliche Erscheinungsformen von mangelnder Gleichberechtigung auch konkret erfahren, denen die Situation in Deutschland als eher ungerecht erscheint (vgl. Tab. 15 bis Tab. 17).

Tab. 17 Gerechtigkeitsempfindungen bezogen auf Deutschland nach Alter und Schulabschluss (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb. 19	Sachsen-Anhalt (∅)			Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2007	2009	2012	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	>60	Haupt-schule	Realschule	Abitur
Eher gerecht	22	26	33	46	34	42	27	32	24	31	52
Eher ungerecht	73	70	62	49	64	56	67	61	71	64	45

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Zwischen den Generationen hat sich das von Jüngeren zu Älteren aufsteigende Gerechtigkeitsgefälle abgeflacht. Bei den 18- bis 24-Jährigen ist das Urteil jetzt nahezu ausgewogen (46 % eher gerecht, 49 % eher ungerecht). Außerdem sind es nicht mehr die Älteren, sondern die der nächstjüngeren Alterskohorte von 45 bis 59 Jahre Angehörenden, die am meisten (64 %) für „eher ungerecht“ votieren. Einheitlich stellt sich der Trend in den Berufsgruppen dar: Sowohl bei Arbeitern (+ 10 Prozentpunkte) als auch bei Angestellten und Beamten (+ 6 Prozentpunkte) und insbesondere bei Freiberuflern und Selbständigen (+ 17 Prozentpunkte) bleibt das Testat eher gerechter Bedingungen zwar nach wie vor eine Minderheitenmeinung. Aber diese beipflichtende Position gewinnt doch erkennbar an Rückhalt.

Tab. 18 Gerechtigkeitsempfinden nach Region und Gemeindegrößenklasse (Nennungen in Prozent)[11]

F.14: siehe Abb. 19	Region					Gemeindegrößenklasse					
	Altmark	Börde	Harz	Anhalt	Saale-Unstrut	1 bis 1.999	2.000 bis 4.999	5.000 bis 19.999	20.000 bis 49.999	50.000 bis 99.999	100.000 bis 499.999
Eher gerecht	32	35	25	28	40	31	33	33	30	28	39
Eher ungerecht	59	62	68	63	56	60	61	62	64	69	57

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Das regionale Meinungsbild hat sich gemäß dem landesweiten Trend entwickelt (vgl. Tab. 18). In allen fünf Regionen Sachsen-Anhalts findet die Einschätzung, dass der innere Zustand der Nation eher gerecht ausfalle, stärkeren Zuspruch als 2009. Dabei fällt der Anstieg mit plus 13 Prozent in der Altmark besonders deutlich aus. Der Harz wiederum bleibt mit nunmehr 15 Prozent das Schlusslicht im Gerechtigkeits-Ranking der Regionen. Schlüsselt man die Verteilung der Antworten territorial noch weiter, nämlich nach Ortsgrößenklassen auf, so zeigt sich zweierlei: Zum einen ist in den beiden Großstädten des Landes die Rate der „eher gerecht" Optierenden mit 39 Prozent auch 2012 überdurchschnittlich hoch. Zum anderen ist in der kleinsten Gemeindekategorie von 1 bis 1999 Einwohnern die Quote derer, die noch 2009 überproportional häufig ungerechte Zeitläufe beklagten (74 %), inzwischen deutlich gesunken (auf 61 %). Dies könnte – mit plausibler Zeitverzögerung – unsere seinerzeit formulierte Annahme bestätigen, dass sich 2009 im Meinungsbild von kleinen Ortschaften die Konfliktlinien der damals noch frischer präsenten öffentlichen Debatte um die Gemeindegebietsreform widerspiegelten.

Tab. 19 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Lebenszufriedenheit (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb. 19	Sachsen-Anhalt (Ø)			Lebenszufriedenheit	
	2007	2009	2012	zufrieden	unzufrieden
Eher gerecht	22	26	33	45	14
Eher ungerecht	73	70	62	49	84

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Ob die Verhältnisse in Deutschland als gerecht oder ungerecht bewertet werden, ist nicht Ausdruck einer unverrückbar festgefügten Meinung, sondern spiegelt in hohem Maße die je gegenwärtigen persönlichen Konditionen und deren eigene Einschätzung durch die Befragten wider. Wer grosso modo mit seiner derzeitigen Lebenslage zufrieden ist, stellt auch Deutschland überproportional häufig (45 %) den Prüfvermerk „gerecht" aus (vgl. Tab. 19). Wer sich unzufrieden mit seiner Lebenssituation zeigt, beurteilt ganz überwiegend (84 %) auch die allgemeine Entwicklung im Land als ungerecht.

11 Die Vergleichswerte für Sachsen Anhalt entnehmen Sie bitte der Tabelle 19.

Fast bis auf den Prozentpunkt genau dieselbe asymmetrische Verteilung der Nennungshäufigkeiten ergibt sich, wenn das Gerechtigkeitsempfinden mit der Einschätzung der individuellen wirtschaftlichen Lage in Beziehung gesetzt wird. Wer die eigene private Ökonomie günstig bewertet, hält auch den allgemeinen Lauf der Dinge hierzulande häufiger für eher gerecht (50 %) als der Bevölkerungsdurchschnitt. Und wer sich selbst eine schlechte wirtschaftliche Diagnose stellt, ist mit großer Mehrheit (82 %) auch von allgemein ungerechten Zeitläuften überzeugt (vgl. Tab. 20).

Tab. 20 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Beurteilung der eigenen derzeitigen wirtschaftlichen Lage (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb.19	Sachsen-Anhalt (Ø)			eigene wirtschaftliche Lage	
	2007	2009	2012	gut	schlecht
Eher gerecht	22	26	33	44	16
Eher ungerecht	73	70	62	50	82

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

In Bezug auf die Wahrnehmung der Performanz der Demokratie stellt sich ebenfalls exakt das gleiche Bild her. 89 Prozent derer, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, meinen auch, dass es hierzulande nicht gerecht zugeht (vgl. Tab. 21). Demgegenüber sind drei von vier Befragten, die der demokratischen Ordnung eine zufriedenstellende Leistung bescheinigen, auch von einem gerecht gestalteten Entwicklungspfad Deutschlands überzeugt. Damit wird eindrücklich bestätigt, wie tief die Grundformel einer sozial verpflichteten Demokratie, bei welcher das Gerechtigkeitspostulat mit dem allgemeinen Wohl verknüpft ist, in den Werthaltungen der Bevölkerung des Landes verwurzelt ist.

Tab. 21 Gerechtigkeitsempfinden bezogen auf Deutschland nach Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland (Nennungen in Prozent)

F. 14: siehe Abb.19	Sachsen-Anhalt (Ø)			Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in Deutschland	
	2007	2009	2012	zufrieden	unzufrieden
Eher gerecht	22	26	33	75	10
Eher ungerecht	73	70	62	20	89

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/keine Angabe/rundungsbedingt

Dass man im Vergleich mit anderen Mitbürgerinnen und Mitbürgern persönlich einen gerechten Anteil erhält, wird, wie schon 2007 und 2009, in Sachsen-Anhalt auch 2012 häufiger bejaht als ein generell gerechter Zustand des Landes. 39 Prozent bestätigen, dass ihnen persönlich Gerechtigkeit widerfährt (vgl. Tab. 22). Das sind zwar fünf Prozentpunkte weniger als vor drei Jahren. Jedoch geben gegenwärtig elf Prozent der Befragten an, sie erhielten „sehr viel mehr“ bzw. „etwas mehr“, als ihnen eigentlich zustünde. Im Jahr 2009 hatte dies niemand angegeben. Auch die Zahl derjenigen, die sich etwas oder sehr ungerecht behandelt wähnen, ist mit zusammen 47 Prozent unter die 50-Prozent-Marke gefallen.

Der sich im Zeitverlauf 2009/2012 abbildende Trend – deutlich mehr, die sich *mehr als gerecht* bedient sehen, und deutlich weniger, die sich *weniger als gerecht* behandelt fühlen – schließt alle Alterskohorten und sozialen Statusgruppen ein. Besonders ausgeprägt fällt, differenziert nach dem Lebensalter, die Verschiebung von „benachteiligt" (-7 Prozentpunkte) zu „bevorteilt" (+8 Prozentpunkte) bei den 18- bis 24-Jährigen aus (vgl. Tab. 22).

Tab. 22 Erhalt von gerechtem Anteil nach Alter und Beruf (Nennungen in Prozent)

F. 15: s. u.	Sachsen-Anhalt (∅)			Alter in Jahren					Beruf		
	2009	2007	2012	18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	>60	Arbeiter	Angestellte/ Beamte	Freie Berufe/ Selbständige
Erhalte sehr viel mehr als den gerechten Anteil	0	2	1	4	1	1	1	1	0	2	1
Erhalte etwas mehr als gerechten Anteil			10	9	15	7	8	10	7	11	7
Erhalte gerechten Anteil	44	39	39	51	31	49	33	40	26	41	52
Erhalte etwas weniger	39	43	35	22	40	28	38	36	51	32	17
Erhalte sehr viel weniger	14	14	12	10	12	8	16	10	11	11	21

F. 15: Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten?
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/Angabe verweigert/rundungsbedingt

Tab. 23 Erhalt von gerechtem Anteil nach Tätigkeit und Arbeitslosigkeit (Nennungen in Prozent)

F. 15: siehe Tab.22	Sachsen-Anhalt (∅)	Tätigkeit					Schulabschluss		
	2012	Erwerbstätig	Arbeitslos	In Ausbildung	Rentner	sonstige	Hauptschule	Realschule	Abitur
Erhalte sehr viel mehr als den gerechten Anteil	1	1	5	1	1	3	2	1	3
Erhalte etwas mehr als gerechten Anteil	10	9	10	19	10	2	9	9	12
Erhalte gerechten Anteil	39	39	25	59	41	23	29	38	54
Erhalte etwas weniger	35	35	42	9	35	51	41	37	21
Erhalte sehr viel weniger	12	11	14	12	11	20	15	12	7

Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht/Angabe verweigert/rundungsbedingt

Wohl sind es nach wie vor Personen mit geringer Ressourcenausstattung, nämlich Arbeiter, Arbeitslose und Volks- bzw. Hauptschüler, die überdurchschnittlich häufig eine persönliche Nachteilserfahrung beklagen (vgl. Tab. 23). Doch auch innerhalb dieser sozial schwächeren Gruppen ordnen sich, anders als noch 2012, nun immerhin jeweils kleine Minderheiten auf den oberen Sprossen der Gerechtigkeitsleiter ein, also dort, wo mehr als der gerechte Anteil vergeben wird. Zu dieser in Sachsen-Anhalt allgemein verbreiteten Perzeption eines *breiter angehobenen individuellen Gerechtigkeitsniveaus* trägt vermutlich bei, dass sich in den letzten Jahren Wirtschaft und Arbeitsmarkt re-

gional insgesamt positiv entwickelt haben. Gemessen am Indikator der subjektiv wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit, hat sich, wie schon während der Zeitspanne von 2007 bis 2009, die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung des Landes weiter abgeschwächt.

9 Problempriorität und Leistungskompetenz

Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Beurteilung der Responsivität der repräsentativen Organe werden maßgeblich durch die kontinuierliche Evaluation von Leistungen des politischen Systems („Systemoutput“) seitens der Bürger beeinflusst.[12] Dabei ist von Bedeutung, welche aktuellen Probleme in der Bevölkerung als besonders dringlich wahrgenommen werden und welche Lösungskompetenz dem Staat bei diesen Problemen zugemessen wird.

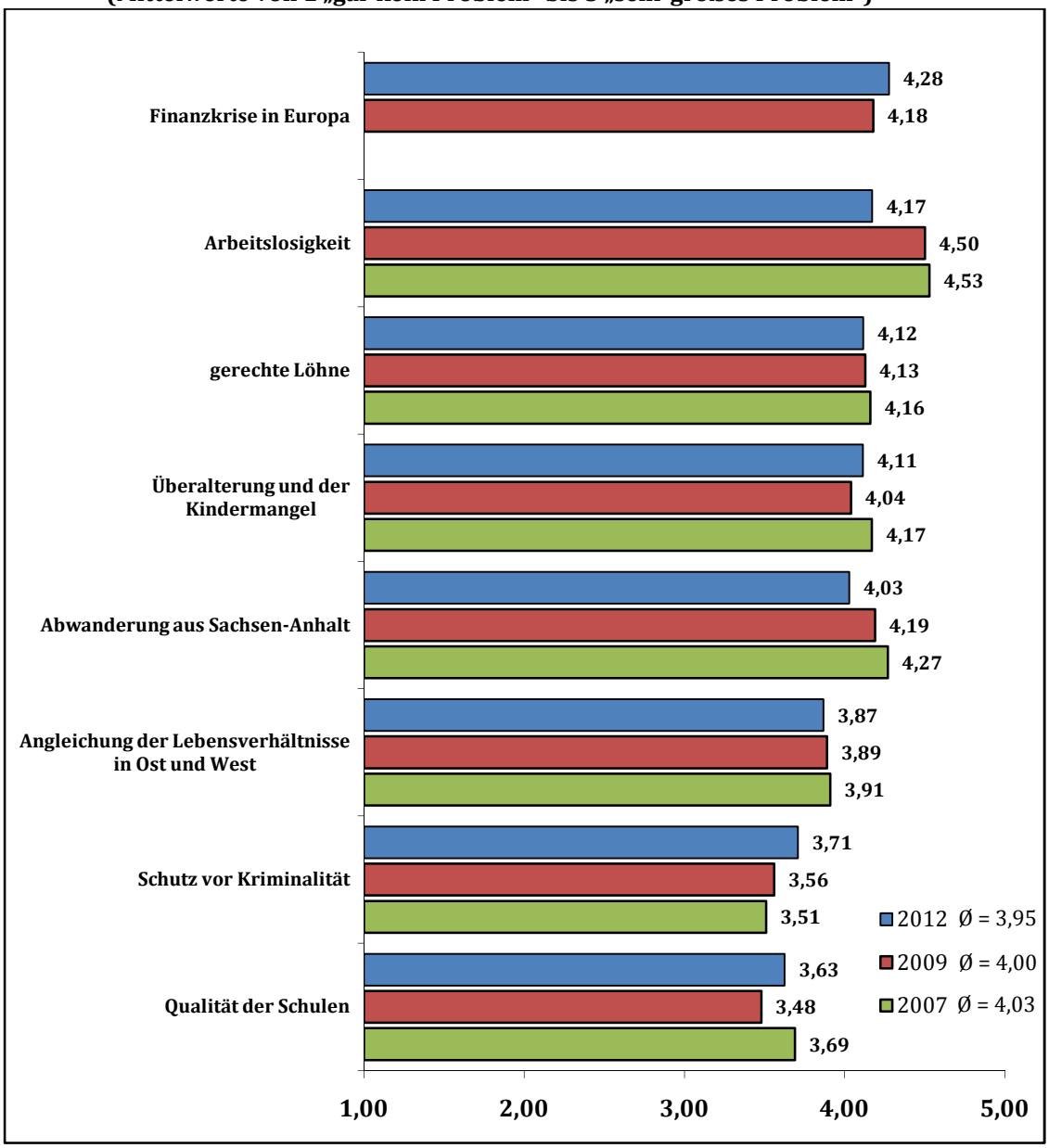
Im Sachsen-Anhalt-Monitor wird dieser Frage seit 2007 nachgegangen. Das Ergebnis der Erhebungen zeichnet bis in die Gegenwart konstant das Bild eines Staates, dem die Lösung der dringlichsten Probleme des Landes, wie beispielsweise der Arbeitslosigkeit und der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt, nicht zugetraut wird. Es zeigt sich sogar ein umgekehrt proportionales Einstellungsmuster, das heißt: je dringlicher das Problem eingeschätzt wird, desto weniger Kompetenz wird der Regierung ausgesprochen. Ein Testat für ein Lösungsversagen der Landespolitik lässt sich daraus jedoch nicht einfach ableiten. Denn den Bürgern ist durchaus bewusst, dass gerade bei den oben erwähnten prioritären Problemen die politische Zuständigkeit der Landesebene nur eingeschränkt gegeben ist.

Die fünf wichtigsten Probleme des Landes haben sich in der Wahrnehmung der Befragten seit 2007 nicht geändert. 2012 hat sich allerdings die Priorität innerhalb dieser Top-Five verschoben. Die Finanzkrise in Europa wird nunmehr als das wichtigste Problem im „Land“ (2009 – Platz 4) angesehen, gefolgt vom bisher führenden Thema Arbeitslosigkeit. Der Wunsch nach gerechter Verteilung von Einkommen rangiert weiterhin auf Platz 3. Die Problematik von Überalterung und Kindermangel steigt um einen Platz auf Rang 4. Die Abwanderung von Bürgern aus dem eigenen Bundesland verliert seit 2007 kontinuierlich an wahrgenommener Wichtigkeit und rangiert jetzt auf dem fünften Platz. Vergleichsweise geringe Priorität, weisen seit 2007 unverändert die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und West, der Schutz vor Kriminalität und die Qualität der Schulen auf.

Insgesamt liegt die allgemeine Problemwahrnehmung auf einem hohen Niveau, wobei aber die „Dringlichkeitsbalken“ seit 2007 kontinuierlich leicht abnehmen (vgl. Abb. 20).

12 Vgl. Easton, D., 1965: A Systems Analysis of Political Life. John Wiley & Sons, Inc., New York • London • Sydney, S. 30 f.

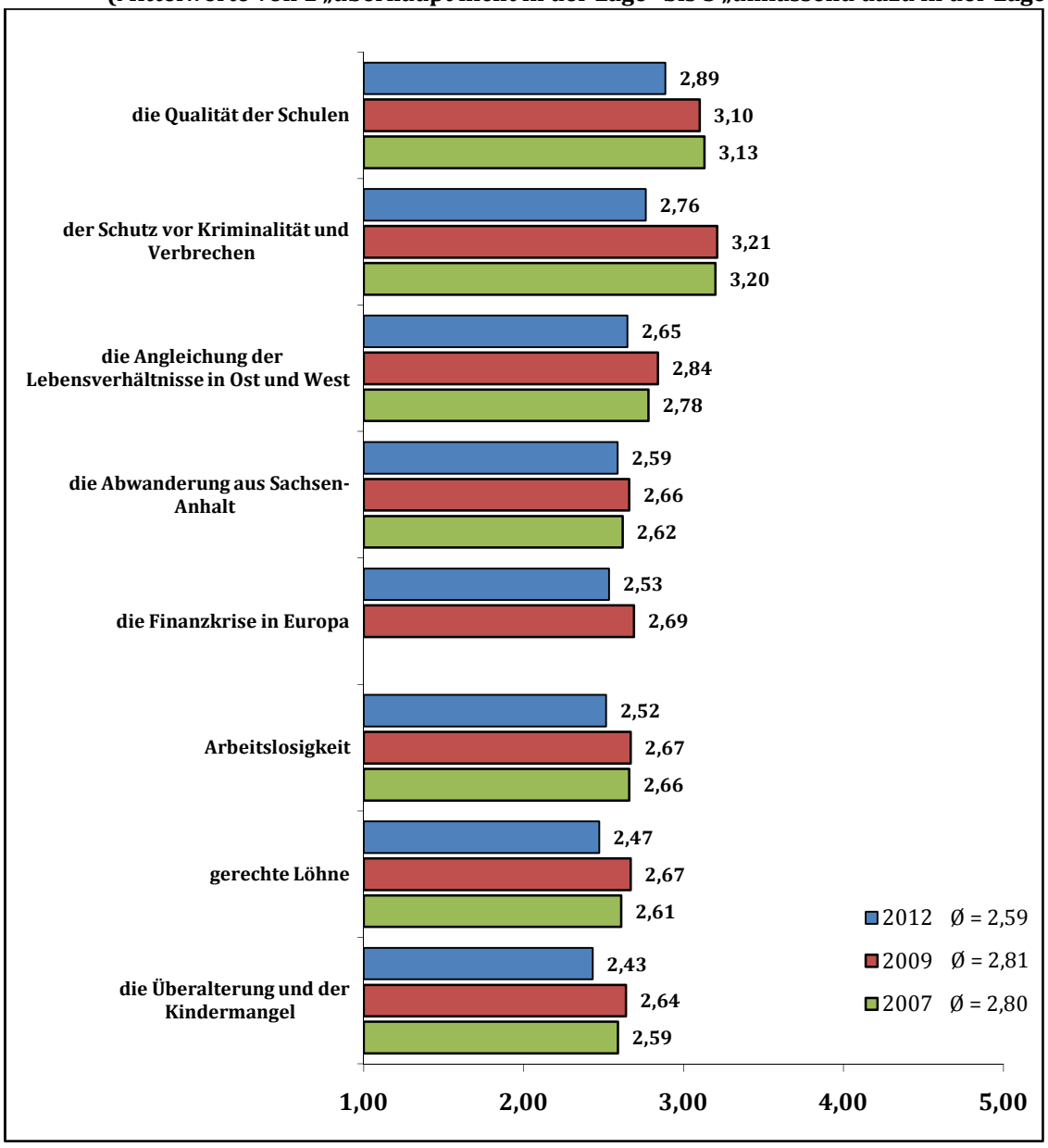
Abb. 20 Dringlich wahrgenommene Probleme im Zeitverlauf von 2007 bis 2012 (Mittelwerte von 1 „gar kein Problem“ bis 5 „sehr großes Problem“)



F. 16a-h: Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht … für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie mir das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein sehr großes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Das allgemeine Vermögen des Staates, diese dringlichen Probleme zu bewältigen, wird im Jahr 2012 im Schnitt etwas schlechter eingeschätzt als in den vorangegangenen Jahren. Der Index der Problemlösungskompetenz geht um 0,2 Punkte zurück (vgl. Abb. 21). Dabei weisen alle abgefragten Felder der Staatstätigkeit eine negative Entwicklung auf. Den größten Verlust an Lösungsvertrauen muss der Staat im Bereich der Schulbildung, dem Schutz vor Kriminalität, der gerechten Verteilung der Einkommen sowie den demografischen Problemen Überalterung und Kindermangel hinnehmen.

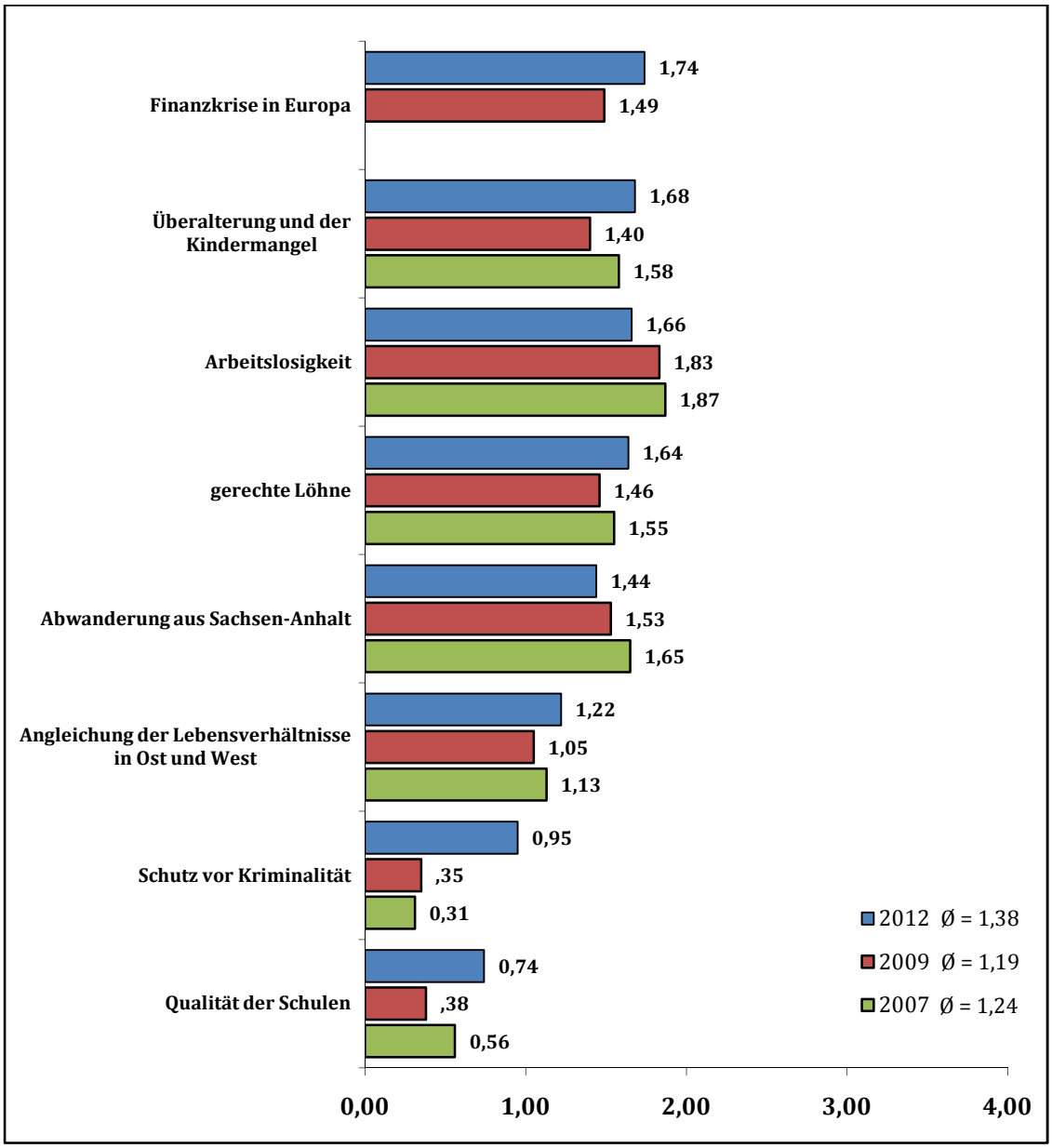
Abb. 21 Problemlösungskompetenz der Politik im Zeitverlauf von 2007 bis 2012 (Mittelwerte von 1 „überhaupt nicht in der Lage“ bis 5 „umfassend dazu in der Lage“)



F. 17a-h: Und was meinen Sie: Ist die Politik in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 5 bedeutet, dass die Politik umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 1 bedeutet, dass die Politik überhaupt nicht dazu in der Lage ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Die Schere zwischen Problemwahrnehmung und Lösungskompetenz hat sich, nach einer leichten Verbesserung 2009, wieder weiter geöffnet und liegt nun mit 1,38 Punkten deutlich über dem Niveau der letzten beiden Erhebungszeitpunkte (vgl. Abb. 22).

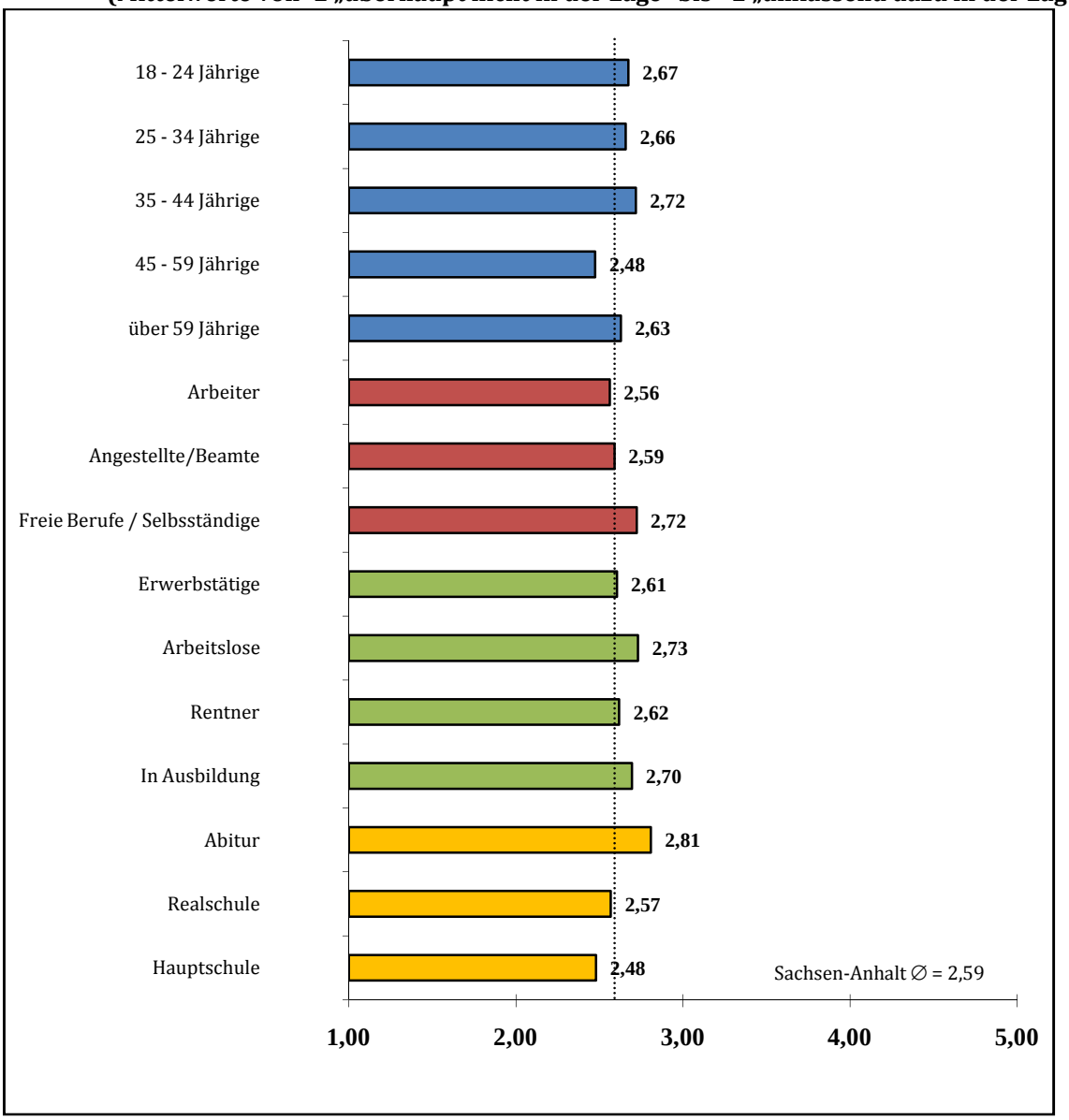
Abb. 22 Differenz zwischen Problempriorität und zugeschriebener Lösungskompetenz der Politik von 2007 bis 2012



F. 16a-h: siehe Abb. 20.; F. 17a-h: siehe Abb. 21

Im Folgenden wird die Skala für allgemeine Problemlösungskompetenz auf die von uns herangezogenen Einflussfaktoren hin überprüft. Individuelle soziale Merkmale der Befragten zeigen hierbei nur eine geringe bzw. keinerlei Erklärungskraft. Lediglich die Schulbildung führt zu signifikanten Abweichungen vom Mittelwert des Landes. Wer einen höheren Schulabschluss besitzt, schätzt die Leistungskraft (Performanz) des politischen Systems besser ein, während Befragte mit Haupt- oder Volksschulabschluss kritischer urteilen. Die noch 2009 signifikanten Effekte des Alters sind weitgehend eingeebnet; auch die Kontrolle der Berufsgruppe und des Status im Erwerbsleben zeigt keine Abweichungen (vgl. Abb. 23).

Abb. 23 Skala allgemeine Problemlösungskompetenz nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht in der Lage“ bis +2 „umfassend dazu in der Lage“)

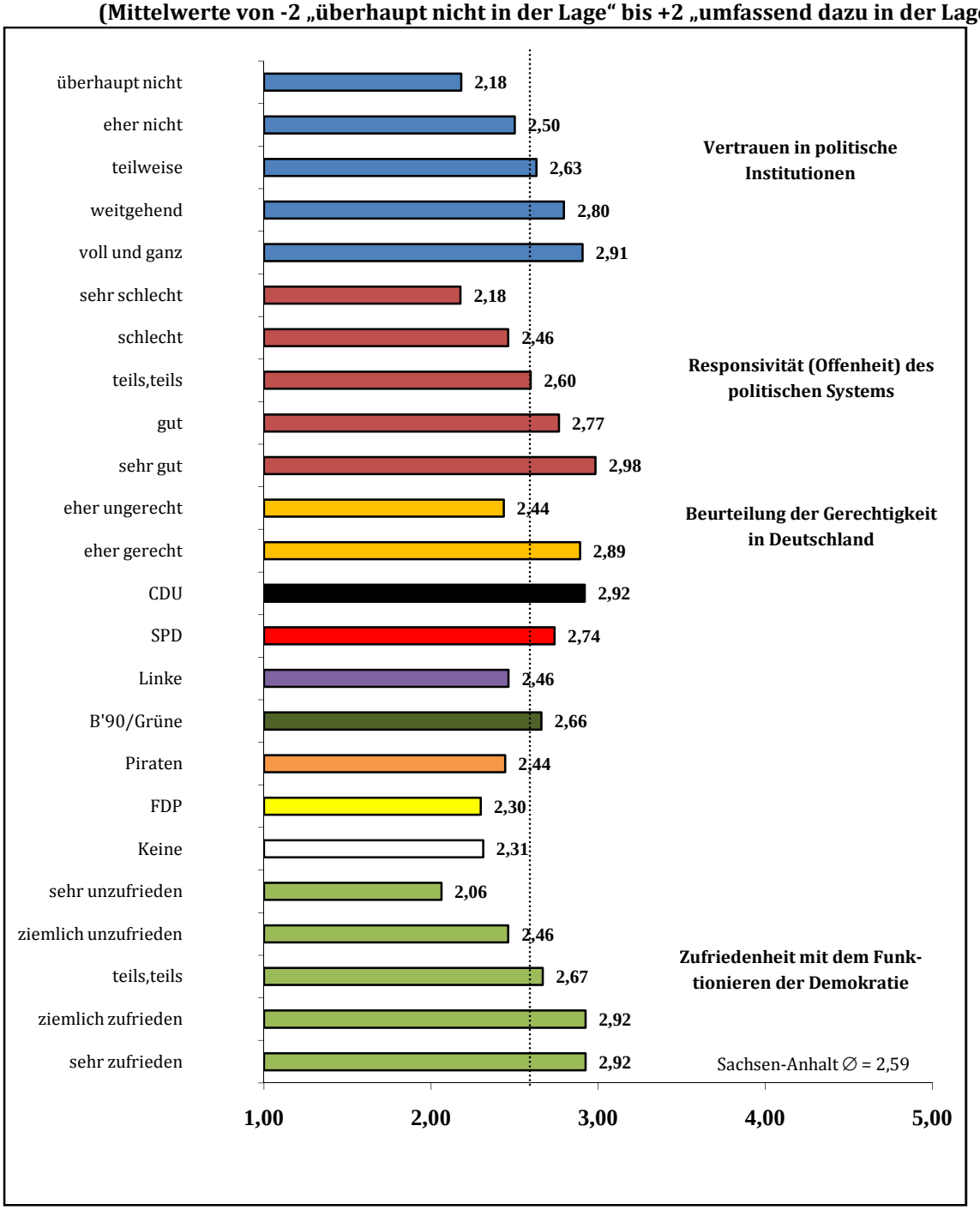


Der gemessene Zusammenhang zwischen Lösungskompetenz der Politik und individuellen Parteipräferenzen bestätigt den aus der Koalitions- und Wahlforschung bekannten Befund. So schätzen die Anhänger der derzeit im Land regierenden Parteien die Steuerungsbilanz des Staates wesentlich wohlwollender ein als Sympathisanten der Oppositionsparteien. Letztere stellen dem Staat ein eher unterdurchschnittliches Leistungszeugnis aus. Lediglich Parteigänger der Bündnisgrünen positionieren sich eher in der Mitte des Bewertungsspektrums, obgleich sie sich auf der Bundes- und Landesebene in der Opposition befinden.

Bei der Betrachtung der nachfolgenden Abbildung ist zu beachten, dass diese solche Faktoren ins Blickfeld rückt, welche der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz des Staates kausal nachgelagert sind. Das heißt, den Berechnungen liegt die Annahme

zugrunde, dass die allgemeine Beurteilung der politischen Systemleistung die Ausprägungen sowohl des Institutionenvertrauens, der Responsivität und des Gerechtigkeitsempfindens als auch der Zufriedenheit mit der Demokratie erklärt, und nicht andersherum[13].

Abb. 24 Skala allgemeine Problemlösungskompetenz nach Vertrauen in politische Institutionen, Parteisympathie[14], Demokratiezufriedenheit und Responsivität (Mittelwerte von -2 „überhaupt nicht in der Lage“ bis +2 „umfassend dazu in der Lage“)

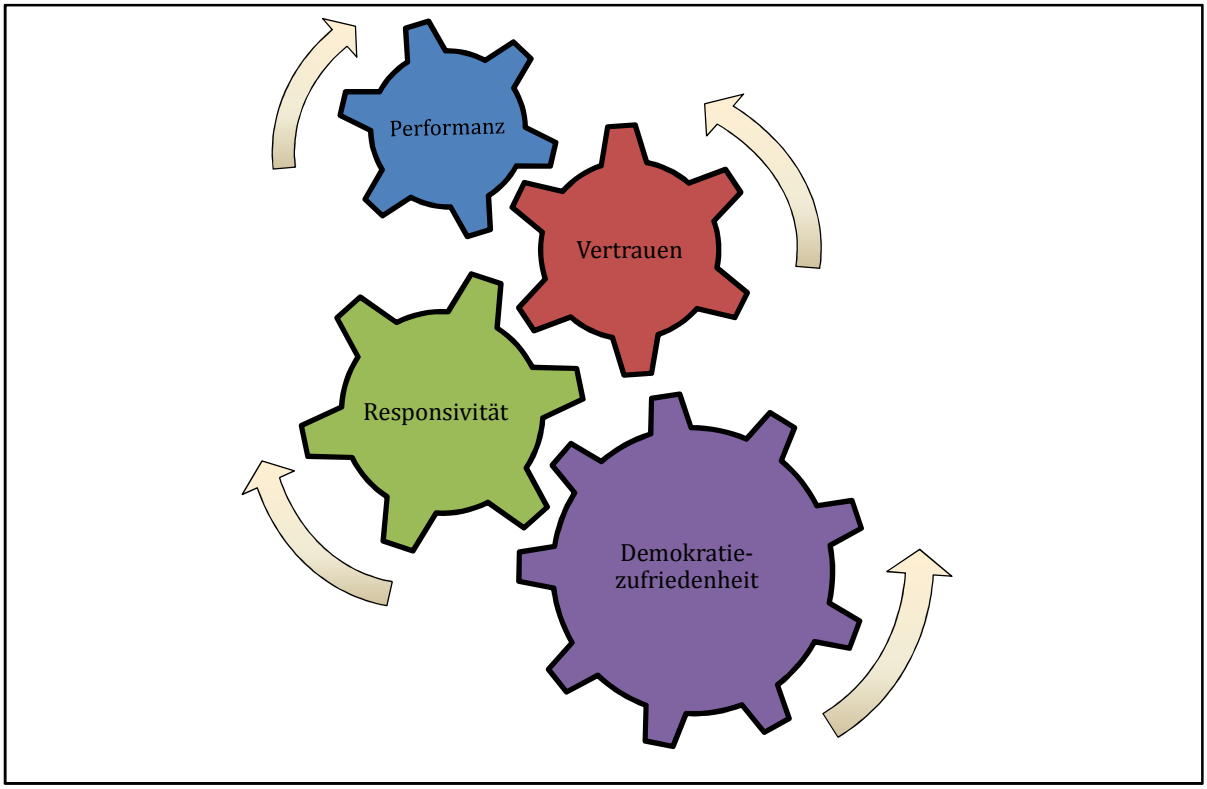


13 Siehe ebd.

14 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

Die Analyse der Daten bestätigt diese Annahme klar. Soweit die Überzeugung vorherrscht, dass die Regierung die bestehenden Herausforderungen annehmen und bewältigen kann, färbt dies auf alle Indikatoren ab, die zu einer generellen Unterstützung des politischen Systems beitragen. Das Vertrauen in die Politik wird gestärkt; der Glaube, die Politiker kümmern sich um die Belange ihrer Wähler, nimmt zu; man fühlt sich gerechter behandelt und ist zufriedener mit der Performanz der Demokratie.

Abb. 25 Abhängigkeitsmodell Performanzbewertung mit Indikatoren der Systembewertung



10 Die Wahrnehmung der DDR

Im folgenden Kapitel geht es um die rückblickende subjektive Bewertung der DDR. Wie stellt sich diese nun, 20 Jahre nach dem Systemumbruch, aus Sicht der Sachsen-Anhalter dar? Wird sie zunehmend positiv oder negativ erinnert? Neigen die Bürger zur Weichzeichnung oder Verharmlosung des Unrechtsstaates DDR und wird dieser überhaupt als ein solcher wahrgenommen? Zusätzlich werden Einflussfaktoren diskutiert, die zu den individuell unterschiedlich ausfallenden DDR-Bildern beitragen.

10.1 Einstellungen zur DDR

Die retrospektiven Aussagen zum Systemcharakter und zu den Lebensbedingungen der DDR werden seit 2007 in leicht veränderter Form im Sachsen-Anhalt-Monitor[15] abgefragt. Seit 2007 besteht für die Befragten mehrheitlich kein Zweifel daran, dass es sich bei dem politischen System der DDR um eine Diktatur gehandelt hat. Bei der aktuellen Umfrage stimmt weiterhin eine überwiegende Majorität von zwei Dritteln dieser Aussage zu. Im Mittel zeigt sich diese Einstellung seit 2007 konstant, mit einer leicht abnehmenden Tendenz.

Deutlich weniger sind allerdings der Ansicht, dass es sich bei der DDR um einen Unrechtsstaat gehandelt hat; nur etwas mehr als ein Drittel (36 %) würde sich dieser Einschätzung anschließen. Die seit längerem kontrovers geführte Debatte, ob die DDR tatsächlich ein Unrechtsstaat gewesen sei[16], scheint, anders als der Diktaturcharakter des Regimes, für die Mehrheit der heutigen Bürger nicht eindeutig festzustehen. Immerhin ist mehr Bürgern bewusst, dass die DDR kein Rechtsstaat war. Eine Verharmlosung von DDR-Unrecht unter Strafe zu stellen, befürwortet fast die Hälfte der Sachsen-Anhalter (44 %). Das Antwortverhalten bei diesen beiden seit 2009 erhobenen Fragepunkten stellt sich im Zeitverlauf ebenfalls konstant dar (vgl. Tab. 24).

Wesentlich weniger Zuspruch finden Aussagen, die sich zum Sozialismus als Staatsform und seinen Eigenschaften zustimmend positionieren. Gerade einmal sechs Prozent wünschen sich die sozialistische Ordnung wieder zurück. Etwa ein Drittel der Befragten befürwortet bzw. legitimiert sozialistische Kernforderungen. So stimmen 29 Prozent der Forderung zu, dass die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen verstaatlicht werden müssten. 34 Prozent glauben, Sozialismus und Demokratie seien im Grunde ganz gut miteinander vereinbar.

---

15 Vgl. Fürnberg, O./Holtmann, E./Jaeck, T.: 2007. Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 9, und Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K.: 2009. Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 9.

16 Siehe u.a. Roellecke, G.: 2009: War die DDR ein Unrechtsstaat? faz.net, 12. Oktober 2012.; kein totaler Unrechtsstaat: 2009: Sellering verteidigt seine DDR-Äußerungen, faz.net, 12. Oktober 2012.; Spiegel Online: 2010. Lothar de Maizière will DDR nicht als Unrechtstaat bezeichnen, 26. September 2012.
Holtmann, E.: 2010. http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47570/die-ddr-ein-unrechtsstaat, 26.September 2012.

Im Zeitverlauf seit 2007 zeigen sich im Mittel deutliche Tendenzen einer abnehmenden Unterstützung für den Sozialismus als Staatsform. Seit diesem Zeitpunkt sind es zunehmend weniger (aktuell 50 %), die den Sozialismus für eine gute Idee halten, die in der DDR nur schlecht verwirklicht worden sei. Trotz anhaltender Finanzkrise in Europa, die von den Bürgern als das derzeit drängendste Problem empfunden wird (vgl. Abb. 20), kommen somit sozialistische Lösungsansätze für die überwiegende Mehrheit als Systemalternative nicht in Frage. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen aus Kapitel 6, denen zufolge die Demokratie weiterhin als die beste aller Staatsideen wahrgenommen wird und eine Diktatur – auch in der Not – als Regierungsform nicht in Frage kommt (vgl. Tab. 24).

Tab. 24 Einstellungen zur DDR nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu" in Prozent) (Mittelwerte von -2 völlige Ablehnung bis +2 völlige Zustimmung)

F. 21 a-j:...	Sachsen-Anhalt				Alter in Jahren					Schulabschluss		
	Zeitverlauf (∅ von -2 bis +2)											
	2007	2009	2012	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.	1,1	1,0	1,0	66	50	59	66	70	69	61	67	77
c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.		0,4	0,4	44	29	39	40	50	47	42	46	42
a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.		0,2	0,2	36	15	21	13	21	32	38	33	43
f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	0,3	0,1	0,1	34	35	31	33	35	35	38	32	34
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	-0,2	-0,3	-0,2	29	24	21	24	28	35	33	29	24
h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	-0,9	-0,9	-1,0	6	3	3,5	4	7	8	7	7	4
d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	0,9	0,7	0,6	50	35	38	54	52	55	51	52	49
i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.	1,5	1,4	1,3	77	60	75	83	78	76	79	76	69
g) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.	1,5	1,4	1,3	76	82	66	86	78	72	67	79	80
e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.	1,2	1,1	0,9	64	54	58	64	63	68	71	64	53

Nach wie vor ließ es sich nach überwiegender Meinung der Befragten „in der DDR privat alles in allem ganz gut leben“ (64 %), ungeachtet der Tatsache, dass eine Trennung zwischen System und privater Lebenswelt in der DDR objektiv nicht existiert hat und diese unsichtbare innere Linie jederzeit durch politische Willkür des SED-Regimes durchbrochen werden konnte. Dem Glauben, es hätte so etwas wie private Nischen für unpolitische kleine Fluchten gegeben, korrespondiert die relativierende Losung „Es

war nicht alles schlecht in der DDR“. Eben diese pauschale Einschätzung erhält innerhalb des Fragekomplexes zur DDR-Vergangenheit seit 2007 regelmäßig die höchsten Zustimmungswerte: 2012 stimmen knapp über 75 Prozent dieser Aussage eher oder völlig zu. Folgerichtig fordern ebenso viele (76 %), dass sich die Darstellung der DDR in den öffentlichen Medien nicht ausschließlich mit dem Thema des SED-Unrechtsregimes und des Ministeriums für Staatsicherheit beschäftigen sollten. Allerdings setzt sich der im Zeitverlauf seit 2009 feststellbare Trend, dass fortlaufend weniger ein verklärtes DDR-Bild vertreten und den Alltag des DDR-Systems auf einen vermeintlich guten Kern reduzieren wollen, bis heute kontinuierlich und in diesem Bereich am stärksten fort (vgl. Tab. 24).

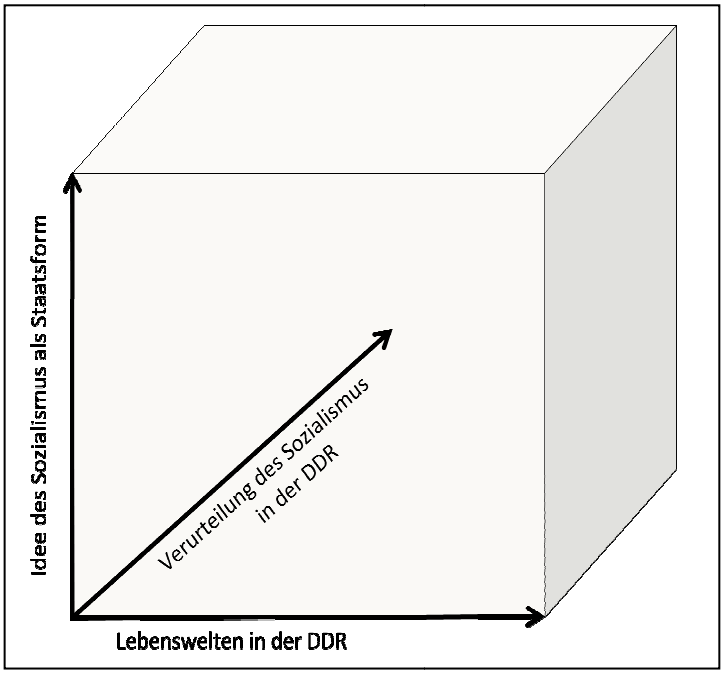
Weder der Grad des Schulabschlusses noch das Alter stellen bei diesem Fragenkomplex eindeutige Erklärungsfaktoren dar. Lediglich bei einzelnen Fragen erweisen sich Alter und Bildung als erklärungskräftig. Vor allem jüngere Befragte, 18- bis 24-Jährige und zum Teil auch 25- bis 34-Jährige, nehmen eher eine neutrale oder unsicherere Meinungshaltung ein. Die Unsicherheit im Urteil tritt vor allem bei Aussagen zutage, die eine Bewertung des untergegangenen DDR-Staates abfordern. Hier macht sich bemerkbar, dass die DDR für diese Altersgruppen nur noch einen kleinen bzw. keinen Ausschnitt der selbst erlebten Vergangenheit mehr darstellt. Der Einfluss von Bildung und anderen Einflussfaktoren wird in den folgenden Abschnitten einer detaillierteren Analyse unterzogen.

10.2 Drei Dimensionen des DDR-Bildes

In der obigen Tabelle kommt zum Ausdruck, dass einzelne Ausprägungen des untergegangen Regimes unterschiedlich betrachtet werden. Diese wechselnden und zum Teil auch gegenläufigen Einschätzungen lassen sich inhaltlich und statistisch[17] auf drei latente Dimensionen reduzieren, die durch jeweils zusammengefasste Fragepunkte repräsentiert werden (vgl. Abb. 26).

17 Als Methode der Dimensionsreduzierung, wird hier und in folgenden Kapiteln eine konfirmatorische Faktorenanalyse verwendet.

Abb. 26 Drei Dimensionen des DDR-Bildes



In der ersten Dimension wird der Sozialismus als Staatsidee sowie als Gesellschafts- und Wirtschaftsform abstrakt beurteilt. Die hier abgefragten Bewertungen enthalten zwar nicht automatisch ein konkretes positives Urteil über die DDR, transportieren diese jedoch mit als einen zeithistorischen Erfahrungshintergrund, der in Ostdeutschland zumindest in vermittelter Form allgemein gegenwärtig ist. Personen, die einem dieser Fragepunkte zustimmen, neigen dazu, auch den anderen Items zuzustimmen, und vice versa. Im aggregierten Antwortkomplex formt sich somit entweder ein pro- oder ein kontrasozialistisches Einstellungsmuster aus. Die Aussage, dass der Sozialismus im Grunde eine gute Idee sei, aber in der DDR nur unzulänglich realisiert wurde, kann sowohl der ersten als auch der zweiten Dimension zugeordnet werden.

1. Erste Dimension:
   Idee des Sozialismus als Staatsform und Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

- „Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar."
- „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren."
- „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden."
- „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde."

Die zweite Dimension beinhaltet hauptsächlich Perspektiven auf die privaten Lebenswelten, deren Bewertung für die DDR, wie bereits beschrieben, im Monitor seit 2007außerordentlich positiv ausfällt. Diejenigen Befragten, die hier allen Fragepunkten zustimmen, neigen zu einem weichgezeichneten, tendenziell verklärenden und vom diktatorischen System abgekoppelten Bild der DDR-Vergangenheit. Bei konsequenter

Ablehnung derselben Aussagen fällt das Bild der DDR entsprechend spiegelbildlich negativ aus.

2. Zweite Dimension:
   Lebenswelten in der DDR (Es war nicht alles schlecht…)

- ❖ „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“
- ❖ „Es war nicht alles schlecht in der DDR“
- ❖ „Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben“
- ❖ „Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken“

Die dritte Dimension ist inhaltlich gekennzeichnet durch eine starke Distanzierung vom DDR-Regime. Personen mit einem unterstützenden Antwortverhalten nehmen hier eine klar ablehnende und prinzipiell kritische Haltung zur DDR-Vergangenheit ein. Zudem sind Sie der Ansicht, dass eine anhaltende Verharmlosung des Unrechts in der DDR unter Strafe gestellt werden sollte. Es erscheint schlüssig, dass Sachsen-Anhalter, die den Sozialismus in der DDR entschieden verurteilen, die beiden vorgenannten Dimensionen, also jene der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und jene der Lebenswelten, deutlich negativbeurteilen.

3. Dritte Dimension:
   Verurteilung des Sozialismus in der DDR

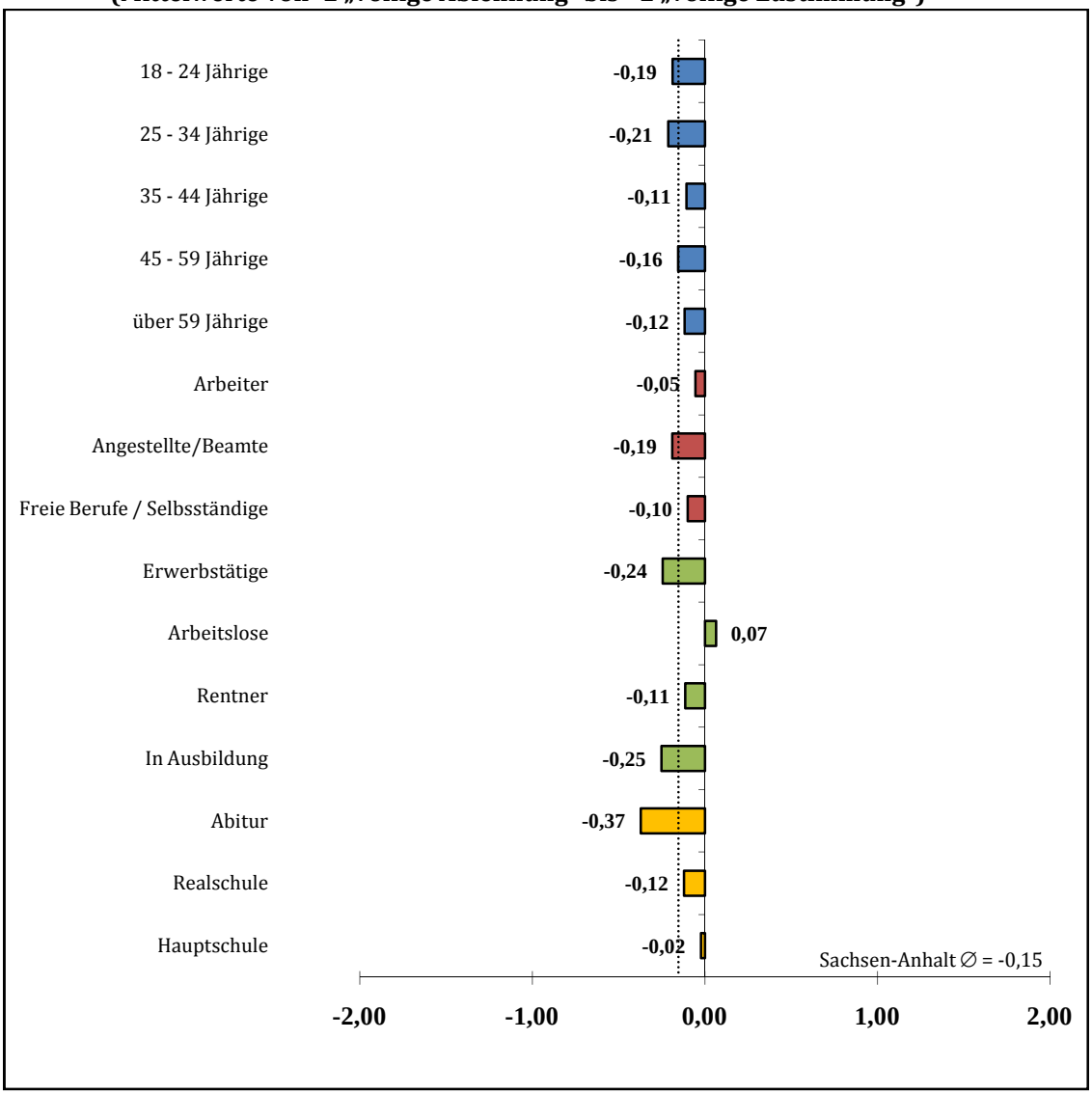
- ❖ „Das politische System der DDR war eine Diktatur“
- ❖ „Die DDR war ein Unrechtsstaat“
- ❖ „Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet“.

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich die seitens der Sachsen-Anhalter abgegebenen Beurteilungen auf die erläuterten drei Dimensionen nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, politisch-kulturellen Einstellungen und räumlicher Herkunft der Befragten verteilen.

10.2.1 Erste Dimension: Sozialismus als Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

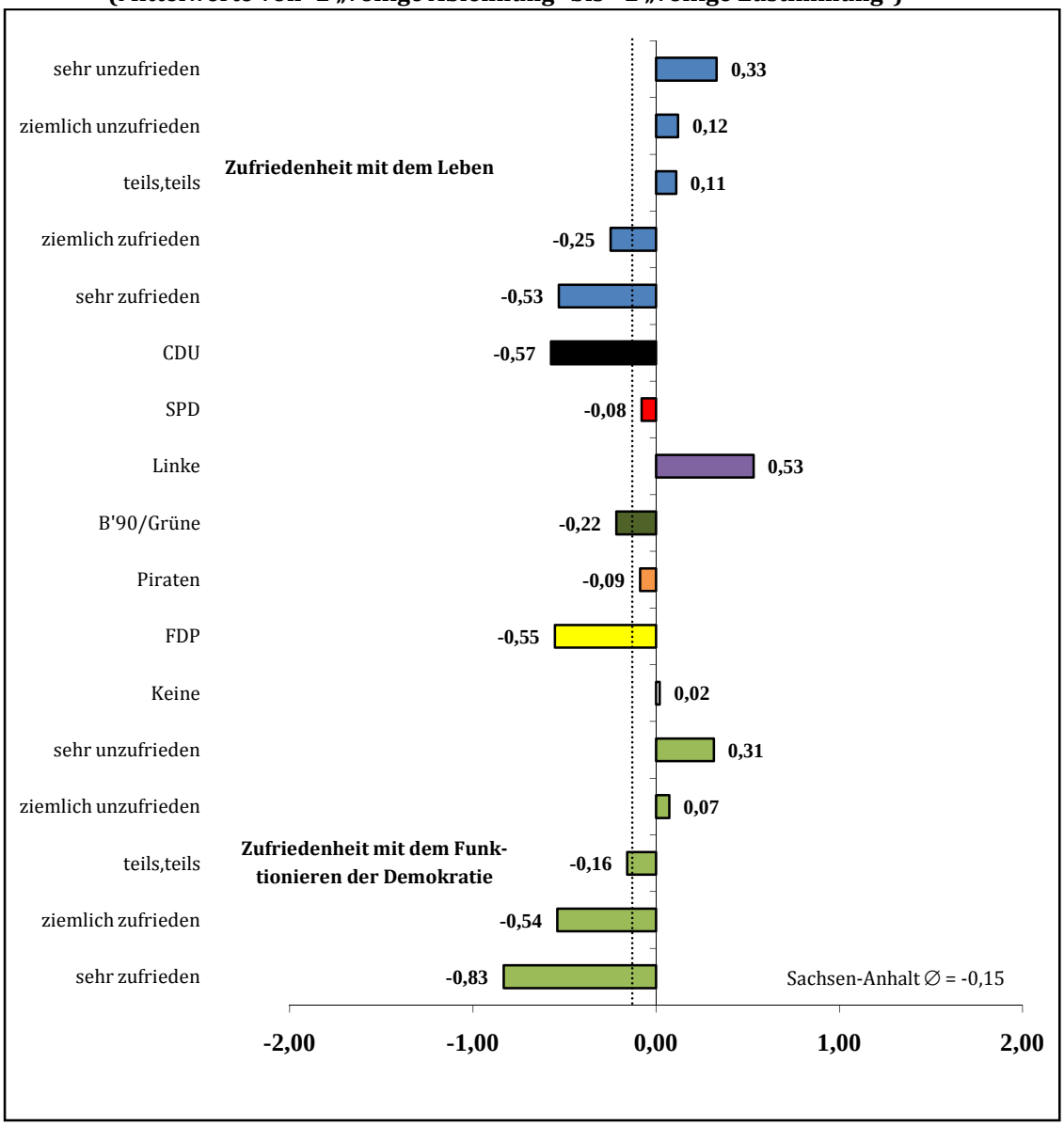
Sowohl das Alter als auch die Stellung im Erwerbsleben zeigen keinen signifikanten Einfluss auf die Dimension des Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; die jeweiligen Ausprägungen der Variablen schwanken nur leicht um den Mittelwert der Skala von -0,15 (vgl. Abb. 27).

Abb. 27 Skala Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



Deutlicher ist der Einfluss der Schulbildung. Erkennbar wird, dass mit höherer schulischer Qualifikation der Sozialismus als Systemmodell zunehmend weniger Zustimmung findet. Ebenfalls signifikant erweist sich der aktuelle Erwerbsstatus der Befragten: Während Erwerbstätige und Auszubildende eine eher ablehnende Haltung einnehmen, überwiegt bei Arbeitslosen als einziger Gruppe innerhalb der sozialstrukturellen Merkmalsinformationen eine unterstützende Position (vgl. Abb. 27). Insgesamt erklären die demographischen Merkmale der Befragten die Variation der ersten Dimension jedoch nur zu einem geringen Teil.

Abb. 28 Skala Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie[18] und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)

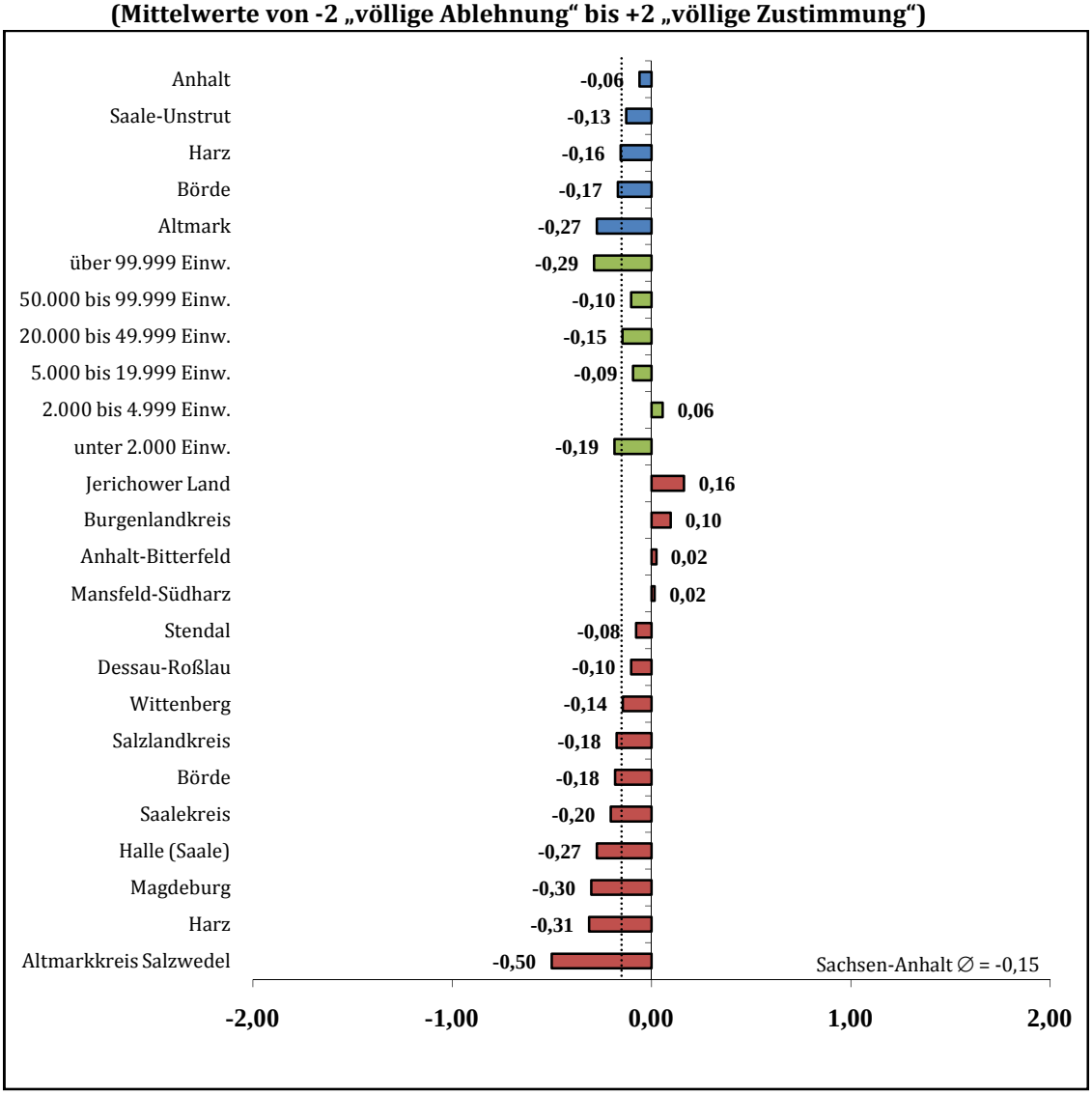


Wesentlich prägnanter stellen sich die Zusammenhänge in Abb. 28 dar. Vor allem zwei Variablen erweisen sich als besonders einflussstark: zum einen die allgemeine Lebenszufriedenheit und zum anderen die Performanzbewertung der bestehenden Demokratie. Wer mit seinem Leben und dem Funktionieren der Demokratie im Land zufrieden ist, neigt selten dazu, für sozialistische Ordnungsprinzipien einzutreten und damit zu existierenden demokratischen Ordnung indirekt auf Distanz zu gehen. Auch die Differenzierung nach Parteisympathie führt zu eindeutigen Präferenzen hinsichtlich der Systemfrage. Während bei Anhängern von CDU und FDP die grundsätzliche Ablehnung überwiegt, ist die ablehnende Haltung bei Parteigängern der Bündnisgrünen etwas

18 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

schwächer ausgeprägt. Sympathisanten von SPD und Piraten nehmen eher eine neutrale Haltung ein. Wer schließlich mit der Linken sympathisiert, äußert, mit deutlicher Distanz zu allen anderen Parteipräferenzen, die stärkste Unterstützung (vgl. Abb. 28).

Abb. 29 Skala Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach Region, Gemeindegrößenklasse und Landkreis (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



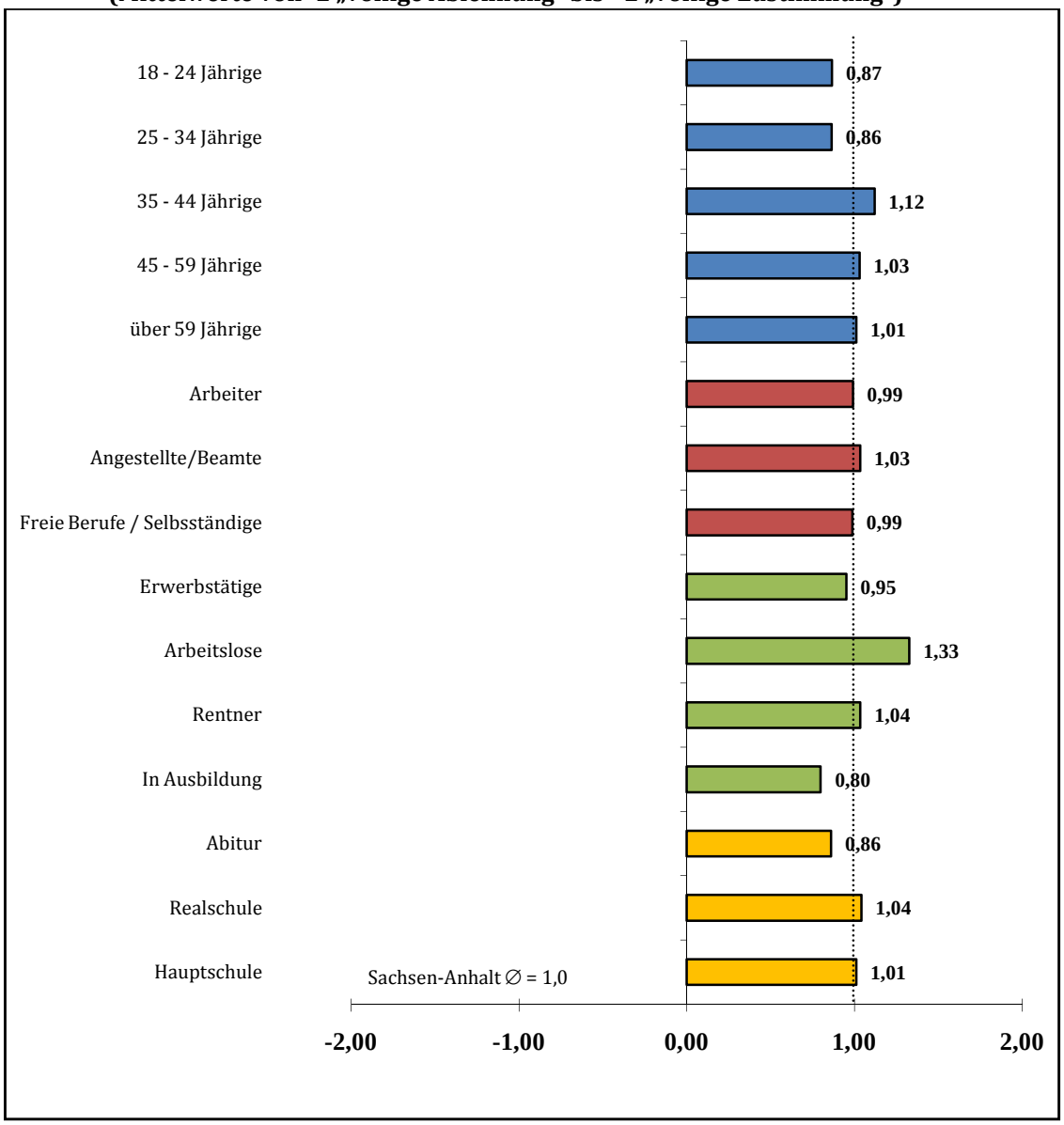
Der Index des Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weist regional nur geringfügige Differenzen auf. Auf der kleinteiligen Ebene der Landkreise zeigt sich allerdings, wie auch bei anderen Fragebatterien, ein leichtes Gefälle von insgesamt 0,66 Punkten. Im Schnitt eher unterstützende Positionen finden sich im Jerichower Land, im Burgenlandkreis, in Anhalt-Bitterfeld und in Mansfeld-Südharz, während die Bürger in den beiden Großstädten Halle und Magdeburg, sowie in den Landkreisen Harz und Altmarkkreis prosozialistischen Einstellungen wesentlich kritischer gegenüberstehen.

Die Gemeindegrößenklasse birgt wie die Ebene der Region nur geringfügige Unterschiede. Jedoch zeigt sich, dass die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 2.000 bis 5.000, d. h. die hier so bezeichneten Landstädte, auch in diesem Bereich eine Sonderstellung einnehmen und als einzige Ortskategorie im Mittel eher unterstützende Einstellungen aufweisen (vgl. Abb. 29 / vgl. Kapitel 13).

10.2.2 Zweite Dimension: Lebenswelten in der DDR – „Es war nicht alles schlecht…"

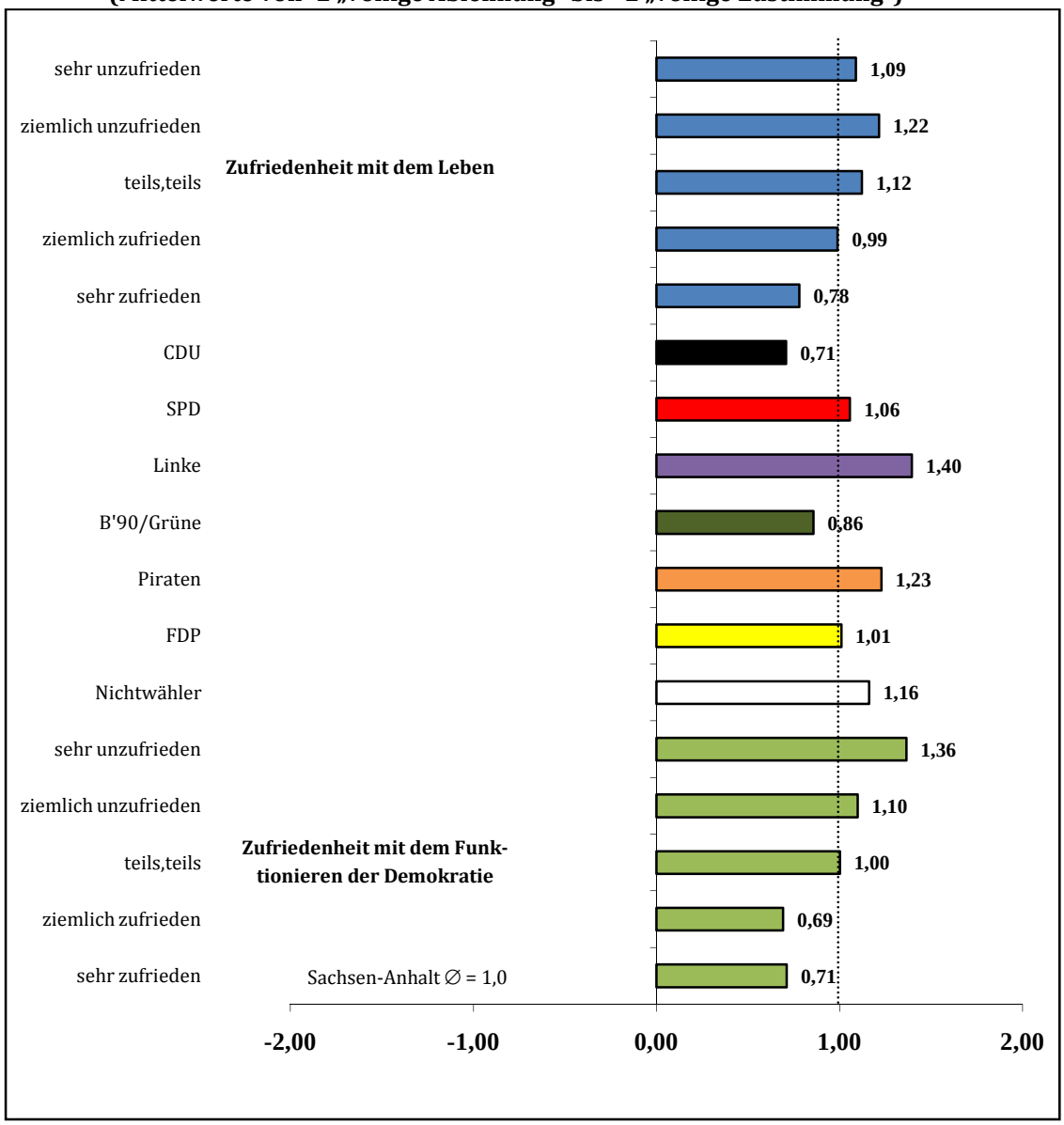
Wie schon innerhalb der ersten Dimension, erklären die sozialstrukturellen Merkmale nur einen marginalen Teil der Abweichungen. Allerdings zeigen sich auch diesmal die gleichen Zusammenhänge. Arbeitslose heben die vermeintlich guten Seiten der DDR am stärksten hervor; für berufliche Unsicherheit und Enttäuschung wird offenbar der Systemwechsel verantwortlich gemacht. Jüngere äußern sich auch bei diesem Fragenkomplex zurückhaltender, wohl aufgrund mangelnder selbst gemachter Erfahrungen mit dem System der DDR. Der Einfluss des Grades formaler Bildung ist hier noch weniger ausgeprägt als bei der ersten Dimension, lediglich Abiturienten hegen ein weniger verklärtes Bild der DDR-Vergangenheit. Die Stellung im Beruf spielt keine erklärende Rolle. Insgesamt lässt sich anhand des Mittelwertes von 1,0, wie bereits Tab. 24 veranschaulicht, eine überwiegende Zustimmung zu den sogenannten guten Seiten der DDR feststellen (vgl. Abb. 30).

Abb. 30 Skala Lebenswelten in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



Wie bereits für den Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsprojekt nachgewiesen, bestätigen sich die erklärenden Effekte von Zufriedenheit mit dem Leben und mit dem Funktionieren der Demokratie sowie zum Teil auch die der Parteisympathie. Die folgende Abbildung zeigt, dass in abgeschwächter Form vor allem diejenigen positive Seiten der DDR verneinen, die mit ihrem Leben zufriedener sind und an der Funktionsweise der Demokratie wenig auszusetzen haben. Anhänger der Union gehen zum SED-Staat am deutlichsten auf Distanz, anders als Parteigänger der Linken, welche die DDR-typischen Lebensbedingungen positiver bewerten. In dieser Einschätzung treffen sie sich mit den Befragten, die mit der Piratenpartei sympathisieren. Eine eher neutrale Einstellung bekunden Anhänger der SPD, der FDP und bekennende Nichtwähler (vgl. Abb. 31).

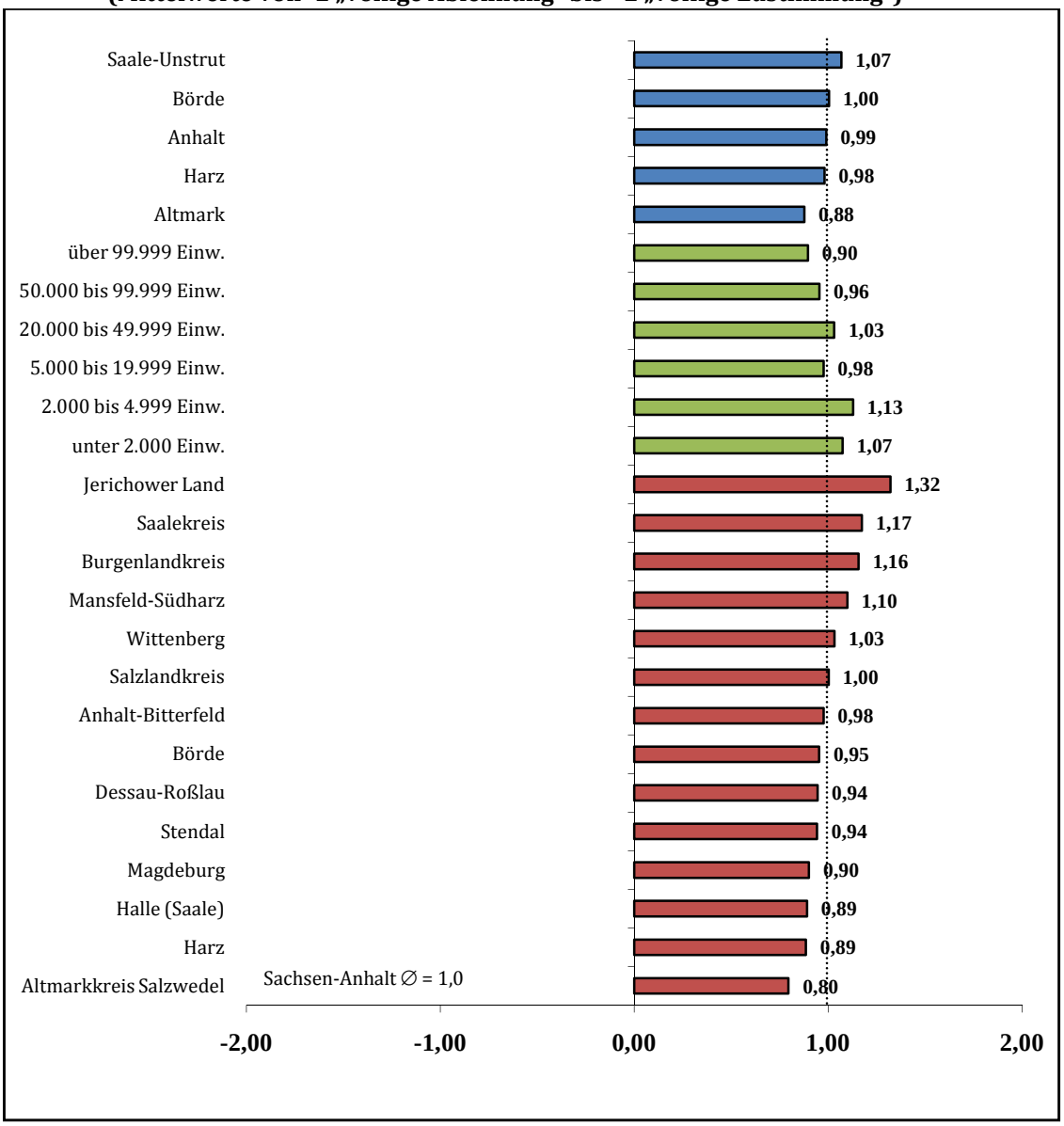
Abb. 31 Skala Lebenswelten in der DDR nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie[19] und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



Regionale Unterschiede und die Gemeindegrößenklasse erweisen sich abermals als für die Erklärung nicht signifikant. – mit der wiederum bemerkenswerten Ausnahm der zweitkleinsten Gemeindegrößenklasse, der Landstädte, deren Bürger ehestens dazu tendieren, die Lebenswelten der DDR positiv darzustellen. Nach Kreisen aufgeschlüsselt, äußern sich Bewohner des Jerichower Landes, des Saalekreises und de s Burgenlandkreises sowie in Mansfeld-Südharz über die DDR wohlwollender. Demgegenüber zeichnen Befragte derselben Landkreise bzw. kreisfreien Städte, die bereits in Dimension 1 zur DDR stärker auf Distanz gingen, also im Altmarkkreis und Harz sowie in Halle und Magdeburg, ein weniger positiv erinnertes Bild der DDR (vgl. Abb. 32).

19 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

Abb. 32 Skala Lebenswelten in der DDR nach Region, Gemeindegrößenklasse und Landkreis (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)

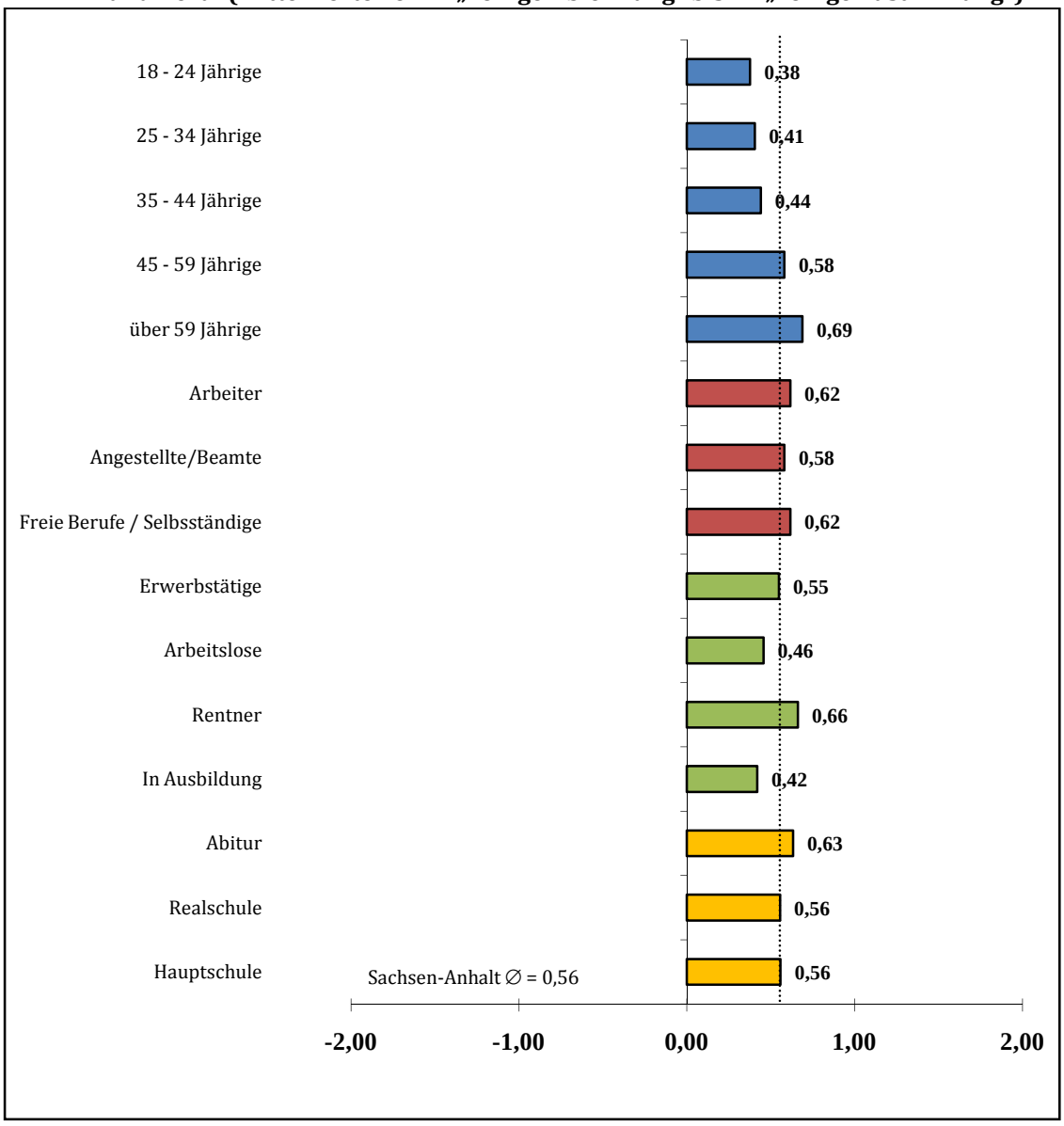


10.2.3 Dritte Dimension: Verurteilung des Sozialismus in der DDR

Für die meisten Sachsen-Anhalter stellt sich die untergegangene staatliche Ordnung der DDR, insgesamt betrachtet, als eine Diktatur und ein Unrechtsstaat dar, den man auch klar als solchen identifizieren und benennen sollte (Mittelwert = 0,56). Mit zunehmenden Alter – und damit auch längerer persönlicher Erfahrung mit dem SED-Regime – nimmt diese systemkritische Einschätzung zu. Wie schon bei den anderen beiden bereits untersuchten Dimensionen erkennbar, nehmen jüngere Befragte in dieser Hinsicht eine weniger klare Haltung ein. Durch die Lebensphase bestimmte Kategorien des Status im Erwerbsleben bestätigen diesen Befund. So repräsentieren Auszubildende vornehmlich die Einstellungsmuster von jüngeren und Rentner die der älte-

ren Befragten. Ein abweichendes Meinungsbild zeigt sich abermals unter Arbeitslosen. In dieser Gruppe wird der Sozialismus, wie er in der DDR realisiert wurde, weniger entschieden verurteilt. Beruf und Bildung bewirken ansonsten nur marginale Einflüsse (vgl. Abb. 33).

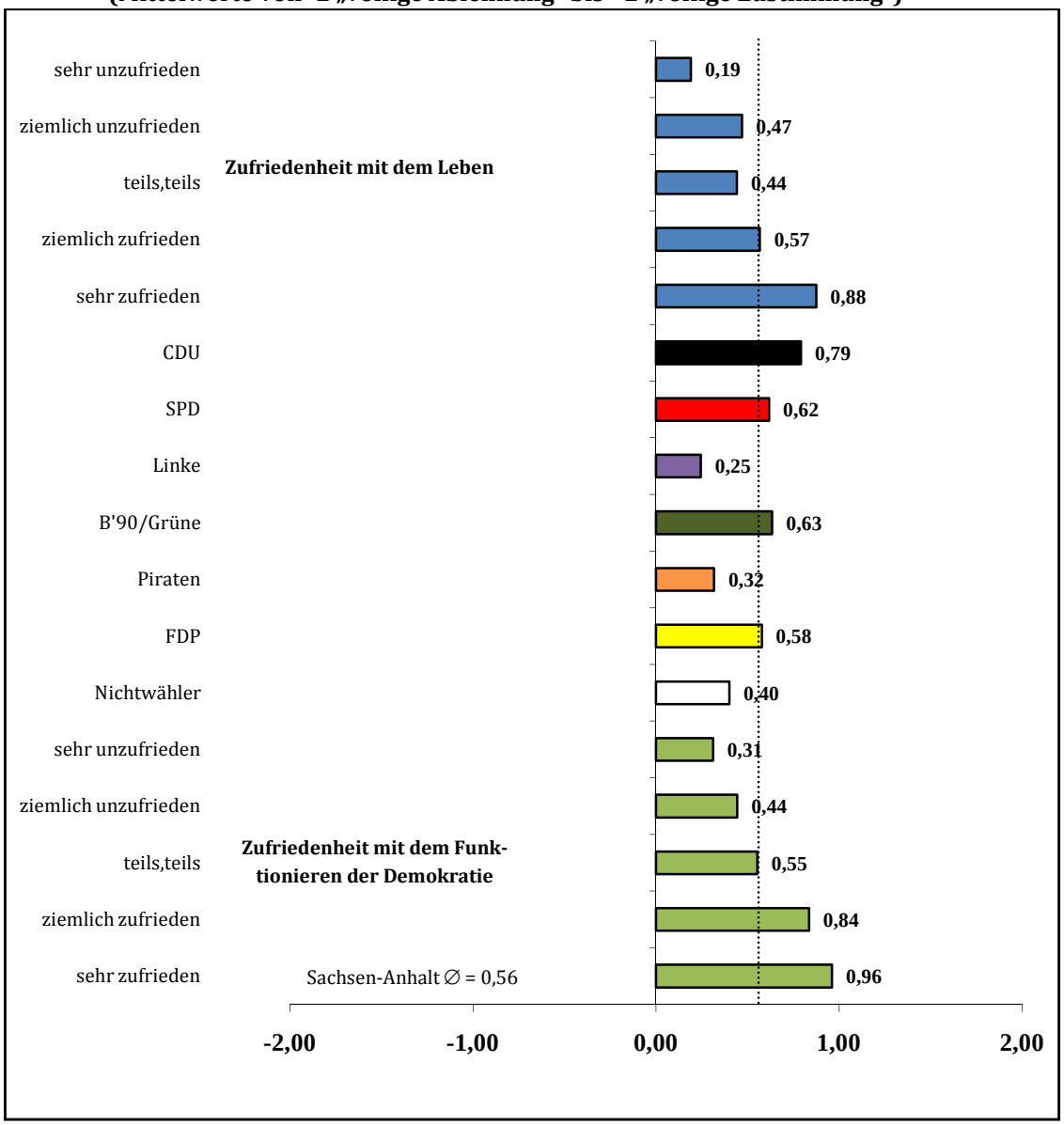
Abb. 33 Skala Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)



Dass das Bild, das sich Sachsen-Anhalter von der DDR heute machen, stark durch die individuelle Lebenssituation geprägt wird, bestätigen erneut die bereits getesteten Einflussfaktoren auch bei der dritten Dimension. Sind die Befragten mit ihrem Leben zufrieden, verurteilen sie das politische System der DDR wesentlich entschiedener, und schätzen sie das Funktionieren der Demokratie positiv ein, bewirkt dies eine eben solche Abstandshaltung. Die Kontrolle der Parteisympathie zeigt ein weiteres Mal die be-

reits festgestellte polare Positionierung von Anhängern der CDU und solchen der Linken (vgl. Abb. 34).

Abb. 34 Skala Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Lebenszufriedenheit, Parteisympathie[20] und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „völlige Ablehnung“ bis +2 „völlige Zustimmung“)

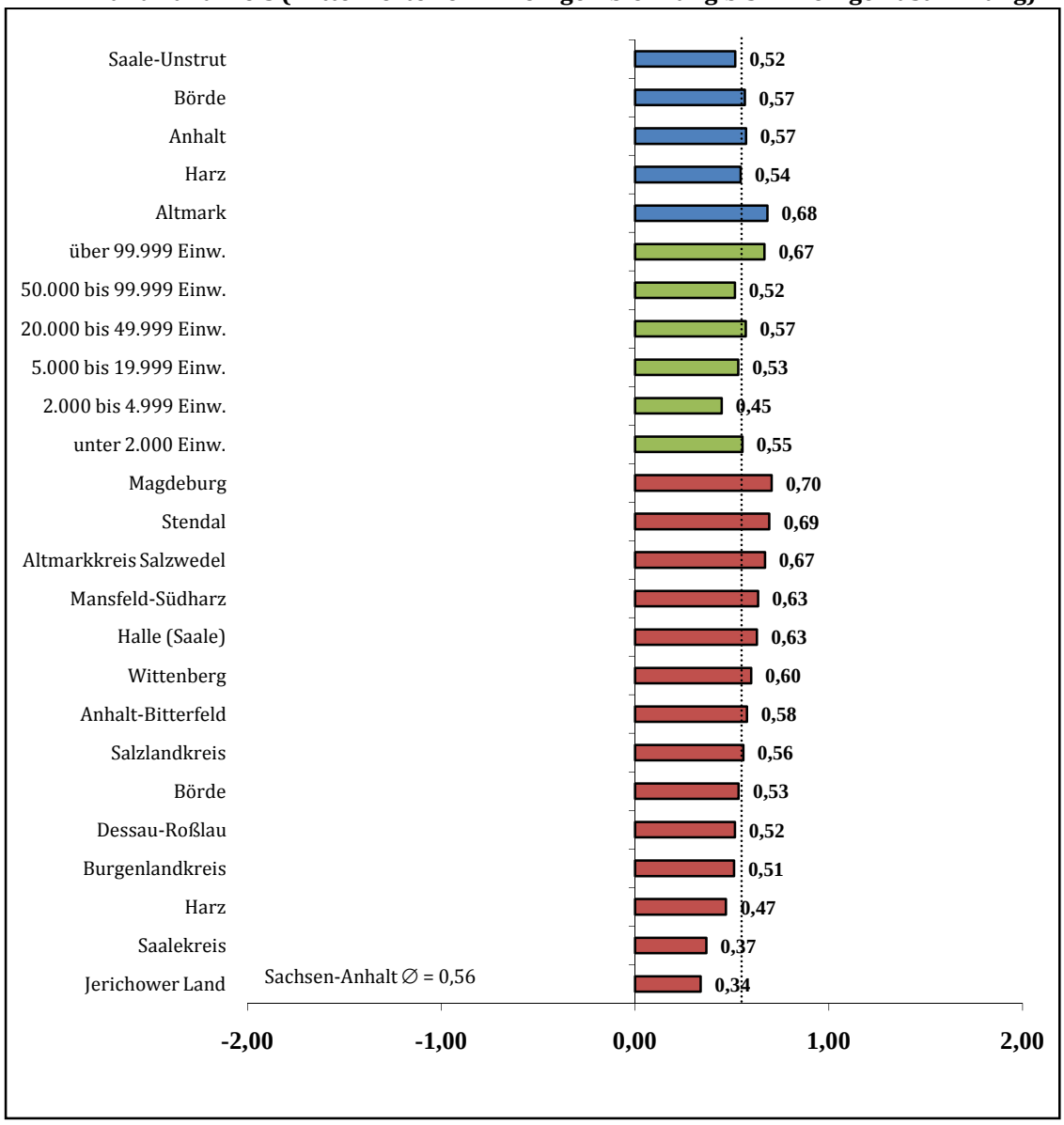


Die Untersuchung des politisch-geographischen Kontextes verfestigt die Sonderstellung der Gemeindegrößenklasse der „Landstädte“, deren Einstellungsprofil in Kapitel 13 nochmals gesondert analysiert wird. In diesen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 2.000 und 5.000 findet eine retrospektive Verurteilung des politischen Systems der DDR am wenigsten Zuspruch. Differenziert nach Kreisen, nehmen ein weiteres Mal Bürger der beiden Großstädte und des Altmarkkreises eher kritische und die

20 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

des Jerichower Landes eher unkritische Positionen ein. Regional betrachtet, finden sich in der Altmark das stärkste landkreiszentrierte Kontingent von Kritikern der DDR.

Abb. 35 Skala Verurteilung des Sozialismus in der DDR nach Region, Gemeindegrößenklasse und Landkreis (Mittelwerte von -2 völlige Ablehnung bis +2 völlige Zustimmung)



Zusammengefasst kann konstatiert werden: Zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen auf die DDR, d. h. zwischen sozialistischer Idee und realsozialistischer Umsetzung sowie zwischen System und privater Lebenswirklichkeit, wird nach Alter, gegenwärtiger Lebenszufriedenheit und Parteipräferenz mehr oder weniger kritisch differenziert. Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie und ihren Lebensumständen zufrieden sind, lehnen den Sozialismus als Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung häufiger klar ab, stellen die vornehmlich guten Seiten der DDR weniger heraus und bezeichnen diese entschiedener als Unrechtsregime. Auf der Skala der Parteisym-

pathie nehmen Anhänger von Union und Linkpartei – und letzterer attachiert der Piraten - hinsichtlich ihres DDR-Bildes klar entgegengesetzte Positionen ein.

Der Einfluss des Alters ist bei allen drei Dimensionen deutlich durch den Hintergrund der persönlichen Erfahrung vorgeprägt. Personen, die mit einemTeil ihrer Biografie noch in der DDR verwurzelt sind, äußern sich insgesamt etwas distanzierter, nachgeborene Jüngere sind hingegen in ihrem Urteil unsicherer. Der Alterseffekt ist jedoch schwächer ausgeprägt, als der der individuellen Lebenssituation und der Parteisympathie.

Als aussagekräftig erweist sich auch die subregionale Aufschlüsselung der Daten. Der Blick auf die Kreise zeigt, dass sich besonders im Jerichower Land überdurchschnittlich viele der DDR wohlmeinende Stimmen äußern. Einen DDR-kritischen Gegenpol bilden vor allem die Bewohner von Halle und Magdeburg sowie des Altmarkkreises Salzwedel. Bemerkenswert DDR-affin fällt schließlich das Meinungsbild in den „Landstädten“ aus, wo das Einstellungsmuster auch bei anderen Fragen vom Landesdurchschnitt erkennbar abweicht (vgl. Kap. 13).

11 Vertrauen in die Politik

Eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren einer repräsentativen Demokratie ist das Vertrauen der Bevölkerung darauf, dass die gewählten Politiker ihr Handeln am Gemeinwohl ausrichten und die wohlverstandenen Interessen des Volkes vertreten. Vertrauen in die Politik – in generalisierter Form gegenüber der politischen Ordnung insgesamt und konkret gegenüber den verantwortlich handelnden Akteuren – wird von dem Sozialwissenschaftler David Easton als wichtigster Ausdruck der Unterstützung eines politischen Systems betrachtet. Nur getragen vom Vertrauen der Bürger kann staatlich verfasste Politik funktionieren[21]. Andere Autoren halten „dauerhafte Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der politischen Ordnung und der sie tragenden Institutionen mit der Idee der Demokratie sogar für unvereinbar“[22]. Ein schwindendes Vertrauen kann sich beispielsweise in sinkender Wahlbeteiligung niederschlagen; die Teilnahme an Wahlen wird als „Vertrauensvorschuss auf Grund verschiedener Kriterien“[23] für die Politik gewertet. Bei der vorletzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2006 erreichte die Wahlbeteiligung ein Rekordtief von 44,4 Prozent.

Vertrauen („trust“) ist folglich eine Schlüsselgröße der politischen Kultur in der Demokratie. Im Vergleich mit den letzten Erhebungszeitpunkten des Sachsen-Anhalt Monitors hat sich im Land bis 2012 das vormals gewohnte, zwiespältige Bild von Vertrauensverlusten und -zuwächsen in zentrale politische Institutionen mit einer Ausnahme deutlich zum Positiven verändert (vgl. Abb. 36).

Dem als überparteilich angesehenen Bundesverfassungsgericht wird auch gegenwärtig wieder das meiste Vertrauen entgegengebracht: dieser Effekt hat sich seit 2007 kontinuierlich verstärkt und ist um 0,23 Punkte gestiegen. Weiterhin hohes und ebenfalls steigendes Vertrauen bringen die Sachsen-Anhalter ihren Bürger- bzw. Oberbürgermeistern entgegen. Deren öffentliches Ansehen wird traditionell begünstigt durch gemeindetypische Faktoren wie geringe soziale Distanz, höhere Erreichbarkeit und Bekanntheit sowie die Direktwahl der kommunalen Spitzen. Zu dem immer wieder bestätigten Befund, dass der lokalen Ebene vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht wird, kontrastiert allerdings die niedrigste Wahlbeteiligung aller politischen Ebenen. Ein Erklärungsfaktor ist, dass die Entscheidungen, die auf Gemeindeebene getroffen werden, aus Sicht der Bürger sowieso nichts ändern und keinen Einfluss auf das eigene Leben haben[24].

---

21 Vgl. Easton, D., 1965: A Systems Analysis of Political Life. John Wiley & Sons, Inc., New York • London • Sydney, S. 17 ff.

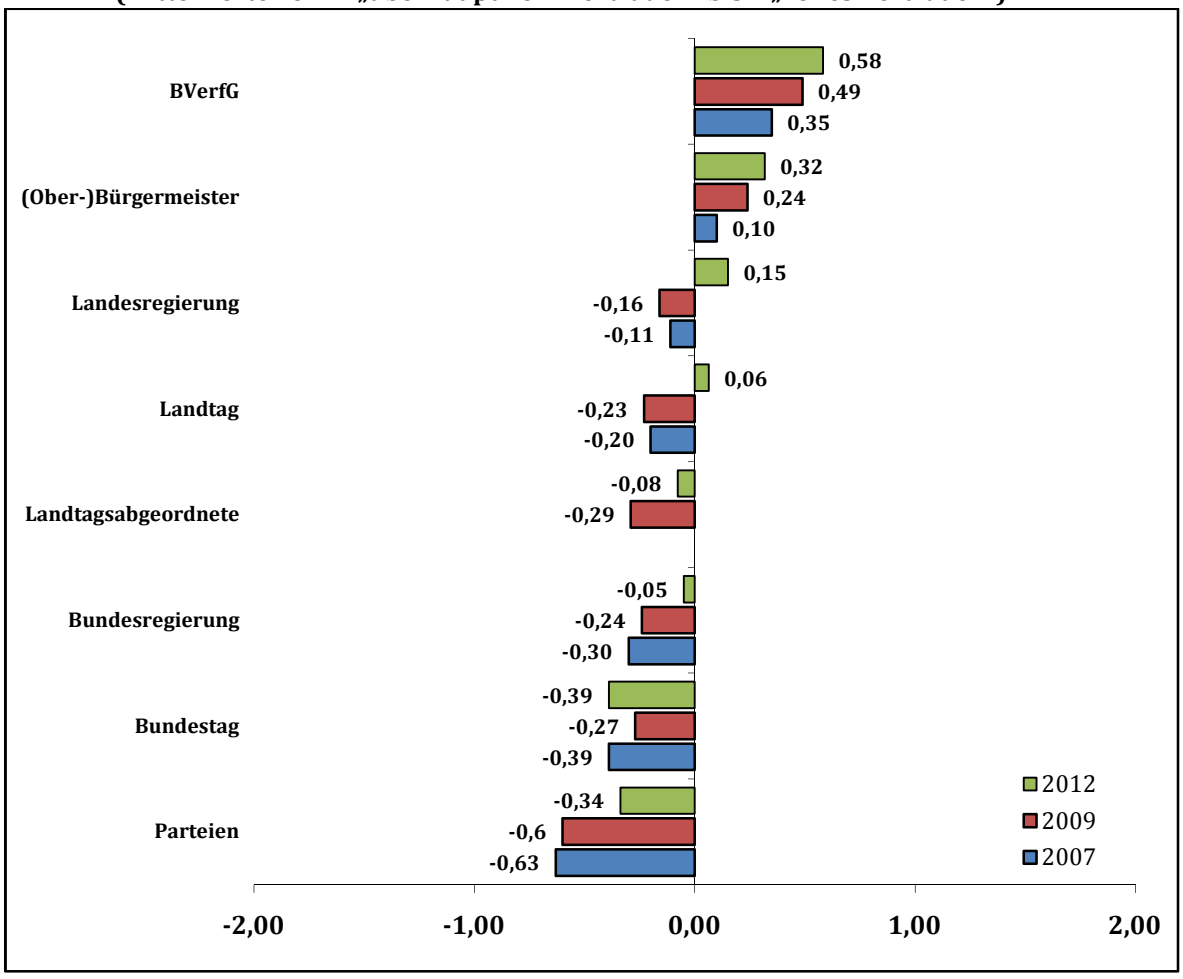
22 Gabriel, O. W., 1993: Institutionenvertrauen im vereinigten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B43, S. 3.

23 Weßels, B., 2005: Wie Vertrauen verloren geht. Einsichten von Abgeordneten des Bundestags. In: WZB-Mitteilungen 107, S.11.

24 Holtmann, E./Best, H., 2012: Aufbruch der entsicherten Gesellschaft - Deutschland nach der Wiedervereinigung. Campus, Frankfurt am Main, S.144f

Am stärksten profitiert die Landespolitik vom Vertrauenszuwachs der letzten drei Jahre. Hatten die Institutionen des Landes 2009 als einzige noch Vertrauen eingebüßt, so ist jetzt aus Sicht der Bürger ihr Ansehen gestiegen: Auf der Mittelwertskala liegen die Zuwachsraten bei 0,21 (Landtagsabgeordnete), 0,29 (Landtag) und 0,31 (Landesregierung). Damit liegen die Vertrauenswerte, anders als 2009, wieder deutlich über der Ebene der politischen Institutionen des Bundes und zeichnen ein überwiegend positives Bild (vgl. ebd.).

Abb. 36 Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf von 2007 bis 2012 (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



F. 12 a-h: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.

Die Bundesregierung hatte 2009 unter den Sachsen-Anhaltern bereits leicht an Vertrauen gewinnen können, dieser Aufwärtstrend hat sich bis 2012 noch etwas stärker um 0,19 Punkte fortgesetzt. Einen Vertrauensgewinn können sogar die Parteien verbuchen, die bisher regelmäßig am schlechtesten abgeschnitten haben. Für Parteien steigt der Vertrauensbonus seit 2009 um nicht weniger als 0,26 Punkte. Allein der Bundestag büßt bei der diesjährigen Erhebung im Land an Vertrauen der Bürger ein; seine negative Bilanz beläuft sich auf -0,12 Punkte. Damit löst das nationale Parlament die politischen Parteien als Institution mit dem geringsten Vertrauensbonus ab. Ein Korrelati-

onstest ergibt, dass vor allem der Bundestag für die Regulierung der Finanzkrise in Europa Kritik auf sich zieht und zudem als Institution mit der geringsten Rückkopplung an das Volk wahrgenommen wird.
Insgesamt zeigt sich, das bleibt festzuhalten, eine bemerkenswert positive Vertrauensbilanz vor allem für die politischen Institutionen und Akteure des Landes. Immerhin war bei der Landtagswahl 2011die Wahlbeteiligung von 44 auf 52 um acht Prozentpunkte gestiegen. Wenngleich Pressestimmen darin seinerzeit „Kein[en] Grund zum Feiern“[25] sahen, deutete sich offenbar schon darin die Entwicklung zur Festigung der Demokratie im Land an, wie sie im aktuell gemessenen Institutionenvertrauen erkennbar wird.

Um das generelle Vertrauen in politische Institutionen und Entscheidungsträger genauer analysieren zu können und festzustellen, welche Umstände zu einem Vertrauensverlust bzw. -zuwachs führen, wird im Folgenden ein Vertrauensindex gebildet, der sämtliche in die Umfrage aufgenommenen politischen Institutionen und Akteure auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene in sich vereint. Dieses Konstrukt ist zulässig, da sich die einzelnen Vertrauenseinstellungen gegenüber Politikern, Parteien und staatlichen Institutionen untereinander stark positiv bzw. negativ beeinflussen. Beispielsweise bringt eine Person, die dem Landtag und der Landesregierung kaum vertraut, im Mittel auch den Institutionen des Bundes wenig Vertrauen entgegen und umgekehrt[26]. Mit Hilfe eines Mittelwertvergleiches können dabei die Einflüsse der verschiedenen Indikatoren auf das generelle Institutionenvertrauen untersucht werden.

Um das Vertrauen konstituierende Kriterien zu identifizieren, bedarf es theoretischer und hypothesenbildender Vorüberlegungen. Diese sind in folgenden acht Hypothesen zusammengefasst und erklärt.

1. *Politische Gemeinschaft*

Die Annahme lautet, dass negative Einstellungen gegenüber der bestehenden Staatsform das Vertrauen gegenüber Politikern, Parteien und anderen Institutionen mindern. Das heißt, je geringer die Identifikation mit dem jeweiligen politischen System ist, desto geringer fällt auch das Vertrauen in dessen Institutionen aus. Operationalisiert wird diese Annahme mit der Frage, ob die Demokratieidee die beste aller denkbaren Staatsformen sei.

25 Der Tagespiegel - Online, 20.3.2011: Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt – Kein Grund zum Feiern. http://www.tagesspiegel.de/politik/wahlen/wahlbeteiligung-in-sachsen-anhalt-kein-grund-zum-feiern/3971422.html, abgerufen am 2.10.2012.

26 Zur Bildung des Vertrauensindex werden alle Vertrauensitems summiert und durch die Anzahl der verwendeten Items geteilt. Die so erhaltene Vertrauensskala hat einen Wertebereich von -2 bis 2 und beinhaltet alle vorgestellten Fragepunkte zum Vertrauen in politische Institutionen. Der niedrigste Wert (-2) entspricht gar keinem Vertrauen in alle politischen Institutionen und der höchste Wert (2) bedeutet, dass allen politischen Institutionen sehr großes Vertrauen entgegen gebracht wird.

2. Parteisympathie und Parteibindung

Eine zweite Annahme lautet, dass Personen, die sich mit einer Partei identifizieren, eine stärkere Bindung an das politische System aufweisen als Personen, die sich keiner Partei verbunden fühlen. Operationalisiert wird dies mit der Frage nach der Parteisympathie der Befragten.

3. Politische Involvierung

Politisch stark interessierte Personen erweitern ihr Wissen über politische Zusammenhänge und bilden eher politische Kompetenz aus, d. h. die subjektive Gewissheit, das politische Geschehen begreifen und auch selbst beeinflussen zu können. Ein stärker ausgeprägtes politisches Kompetenzbewusstsein führt, so lautet eine weitere Annahme, zu einer realitätsnäheren Beurteilung politischer Akteure und Institutionen. Anders gesagt: Bürger mit höherer politischer Kompetenz und höherem politischem Interesse vertrauen stärker in politische Institutionen als andere. Das politische Interesse wird zusätzlich noch durch die Diskussionshäufigkeit über politische Themen und den höchsten Schulabschluss operationalisiert (Zur Messung und genaueren Beschreibung des politischen Kompetenzgefühls vgl. Kapitel 5.1).

4. Sozialisationsbedingte Systemneigungen

Hier lautet die Annahme: Fortbestehende Bindungen an die sozialistische Ordnung, wie sie Teil der zu Zeiten der DDR selbst erfahrenen oder seither über intergenerativ vermittelte Einstellungen geprägten Sozialisation der aktuell Befragten sein können, erschweren die Ausbildung einer positiven Grundeinstellung gegenüber dem demokratischen System. Zur Messung werden die verschiedenen Dimensionen des DDR-Bildes (vgl. Kapitel 10.2) herangezogen.

5. Soziale Deprivation

Menschen in ähnlichen sozialen Lagen bilden einen ähnlichen Habitus aus, der sich z. B. zu Schichtmentalität oder Klassenbewusstsein kollektiv formiert. Dieser Habitus kann sich auf die Bewertung der politischen Akteure und Institutionen auswirken, wenn diese für die individuelle Situation Betroffener mitverantwortlich gemacht werden. Wer mit seiner Lebenssituation unzufrieden ist und sich persönlich bei der Teilhabe an öffentlichen Gütern benachteiligt fühlt, verbindet dieses Zurückgesetzt sein, so lautet hier die Annahme, möglicherweise mit einer negativen Leistung des politischen Systems. Soziale Deprivation setzt sich dann, so die ergänzende theoretische Folgerung, langfristig in ein niedrigeres Vertrauen in den Staat und seine Institutionen um. Um diese Annahme zu überprüfen, werden das Empfinden einer in Deutschland vorherrschenden Ungerechtigkeit und der Erwerbsstatus der Befragten kontrolliert.

6. Responsivität (Rückkopplung) des politischen Systems

In einer repräsentativen Demokratie bilden die Erwartungen der Bürger einen zentralen Bezugspunkt des Regierungshandelns. Verliert der Bürger das Vertrauen, dass sei-

ne Interessen durch die Regierung in genügendem Maße vertreten werden, bildet sich eine gefühlte Responsivitätslücke aus. Dieses Defizitgefühl wirkt sich, so ist hier die Annahme, auf Dauer stark vertrauensmindernd aus. Die Konstruktion von Responsivität im verwendeten Erhebungsinstrument wird in Kapitel 5.2 genauer erläutert.

7. Wirtschaftliche Performanz

Die Annahme lautet: Je besser die wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, desto höher ist das politische Vertrauen. Operationalisiert wird dieser Aspekt im Monitor durch die Fragen zur Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Sachsen-Anhalt jetzt und in Zukunft.

8. Performanz des politischen Systems

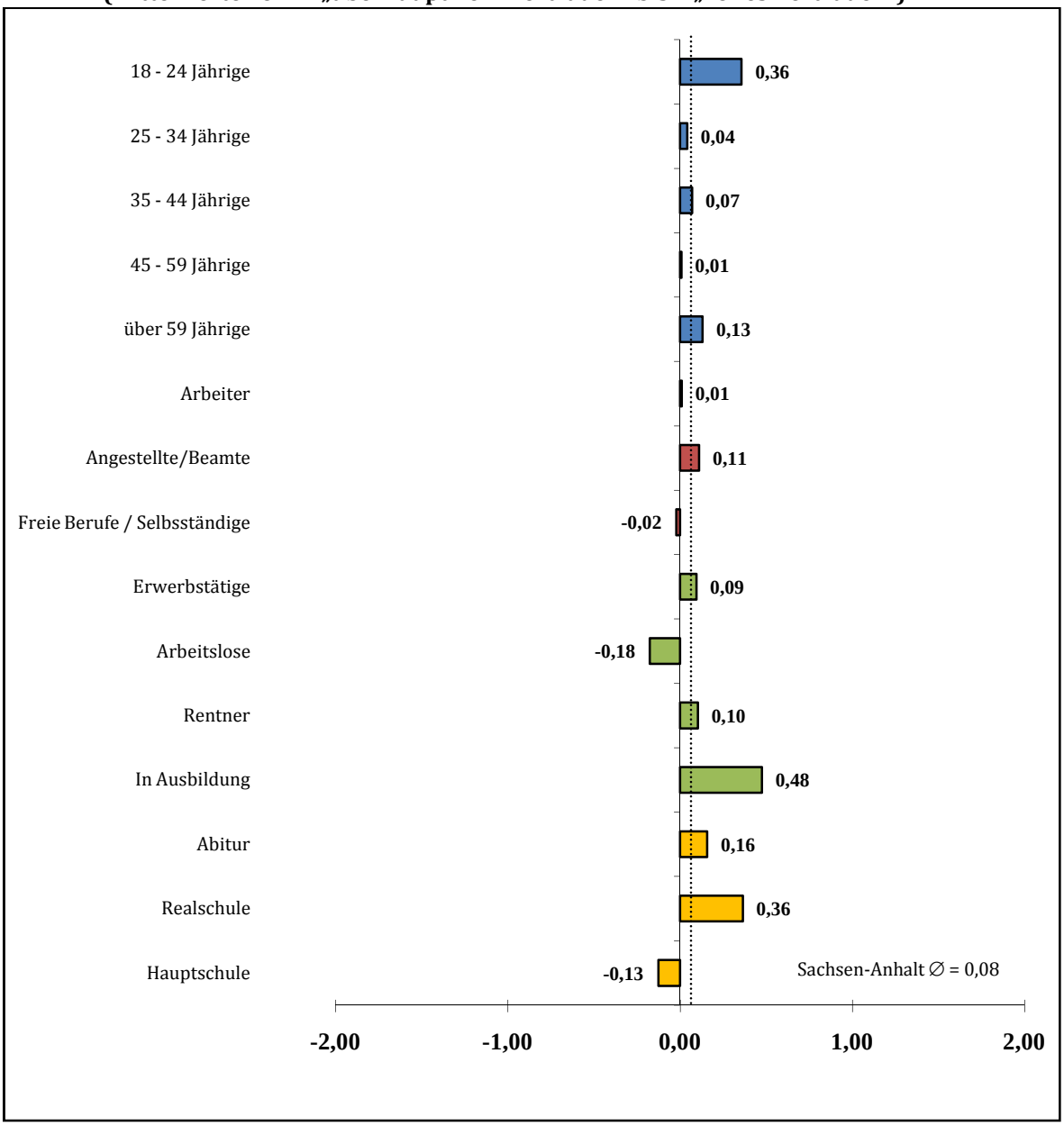
Hier lautet die Frage, inwieweit die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie das Vertrauen in politische Institutionen beeinflusst. Die Annahme ist, dass Menschen, die sich mit der Performanz, d.h. der wahrgenommenen Leistung des politischen Systems, unzufrieden zeigen, auch dazu neigen, dessen Institutionen ihr Vertrauen zu entziehen. Eine zusätzliche Operationalisierung dieses Aspekts erfolgt über die Messung der Problemlösungskompetenz des Staates (vgl. Kapitel 9).

Die Analyse der Daten gemäß den vorgestellten acht Hypothesen wird in den folgenden Abbildungen sichtbar. Eine Auswertung der soziodemographischen Kriterien findet sich in der nächsten Abbildung 37. Alter und Beruf beeinflussen den Vertrauensindex überwiegend nicht signifikant. Alle Altersgruppen streuen mehr oder weniger um den Landesdurchschnitt; eine Ausnahme bildet die Gruppe der Jung- und Erstwähler, die als einzige ein überdurchschnittliches politisches Vertrauen bekundet. Dies wiederholt sich auch bei der Untersuchung des Erwerbsstatus, denn es sind vor allem Auszubildende, die der Regierung ihr Vertrauen aussprechen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass Jüngere das Leistungsvermögen von System und Politik größerenteils noch nicht negativ „getestet“ haben. Arbeitslose bekunden ein leicht unterdurchschnittliches Vertrauen, was für eine Bestätigung der angenommenen Effekte sozialer Deprivation spricht.

Der formale Bildungsgrad zeigt keinen linearen Einfluss. Personen mit einer geringen formalen Bildung halten politische Institutionen für wenig vertrauenswürdig. Ein durchschnittlicher Bildungsgrad lässt das Vertrauensniveau ansteigen, während bei Abiturienten der Vertrauensvorrat wiederum deutlich geringer ausgestattet ist, allerdings nicht so niederschwellig wie derjenige von Personen mit dem niedrigsten formalen Bildungsgrad. Es wird hier deutlich, dass für das Verhältnis der beiden Faktoren politische Kompetenz und politisches Vertrauen kein *durchgängig linearer* Zusammenhang festgestellt werden kann. Das mangelnde Vertrauen gering Gebildeter dürfte teil-

weise mit geringer politischer Kompetenz, teilweise mit generalisierter Unzufriedenheit, im Zusammenspiel mit partiell unrealistischen Erwartungen, zu erklären sein[27].

Abb. 37 Skala Institutionenvertrauen nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



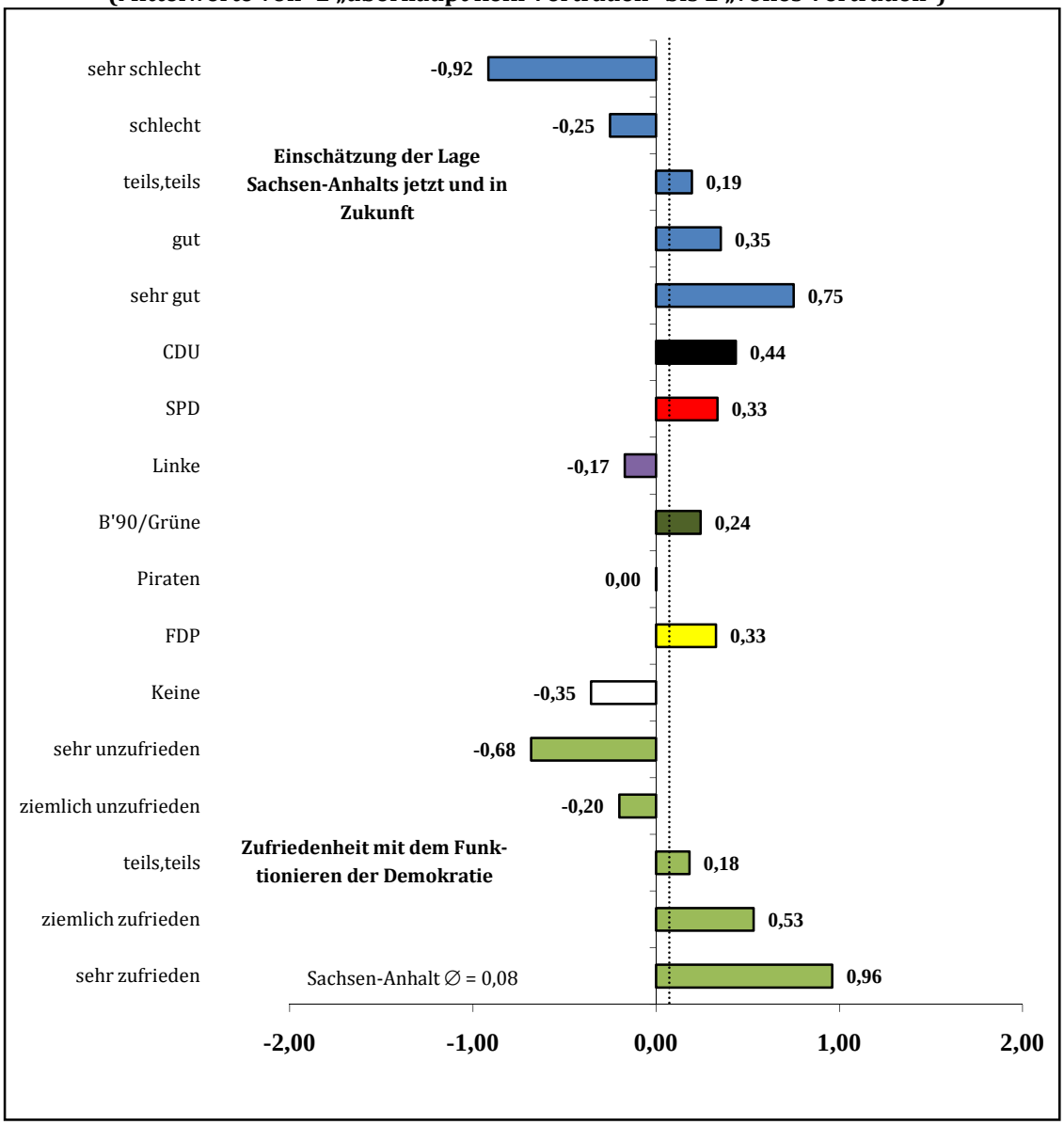
Bei formal höher Gebildeten fällt indessen das relativ niedrige Vertrauensniveau zusammen mit subjektiv vorhandener politischer Kompetenz, fundiertem Wissen und hohem politischen Interesse. Dasselbe Phänomen zeigt sich auch für die (hier nicht grafisch dargestellte) Variable der politischen Diskussionshäufigkeit. Zunächst steigt das Institutionenvertrauen mit zunehmender Diskussionshäufigkeit an. Bei denjenigen

27 Im Kapitel Problempriorität und Leistungskompetenz (Kap. 9) zeigt sich beispielsweise, dass mit geringerer Bildung, die Problemlösungskompetenz des Staates grundsätzlich schlechter bewertet wird.

aber, die ein sehr hohes politisches Interesse bekunden und angeben, täglich über Politik zu diskutieren, sinkt das Vertrauensniveau wiederum leicht ab, was auf *reflektierte Kritik* hindeutet Die oben in Punkt 3 formulierte Annahme kann somit nicht bestätigt werden. Insgesamt zeigen die demographischen Merkmale, wie in den anderen Kapiteln, aber eine eher geringe Erklärungskraft (vgl. Abb. 37).

Wesentlich trennschärfer stellen sich die Zusammenhänge zwischen Institutionenvertrauen und Bewertung der Wirtschaftslage dar. Die in Hypothese 7 formulierten Zusammenhänge erweisen sich als sehr treffsicher (vgl. Abb. 38).

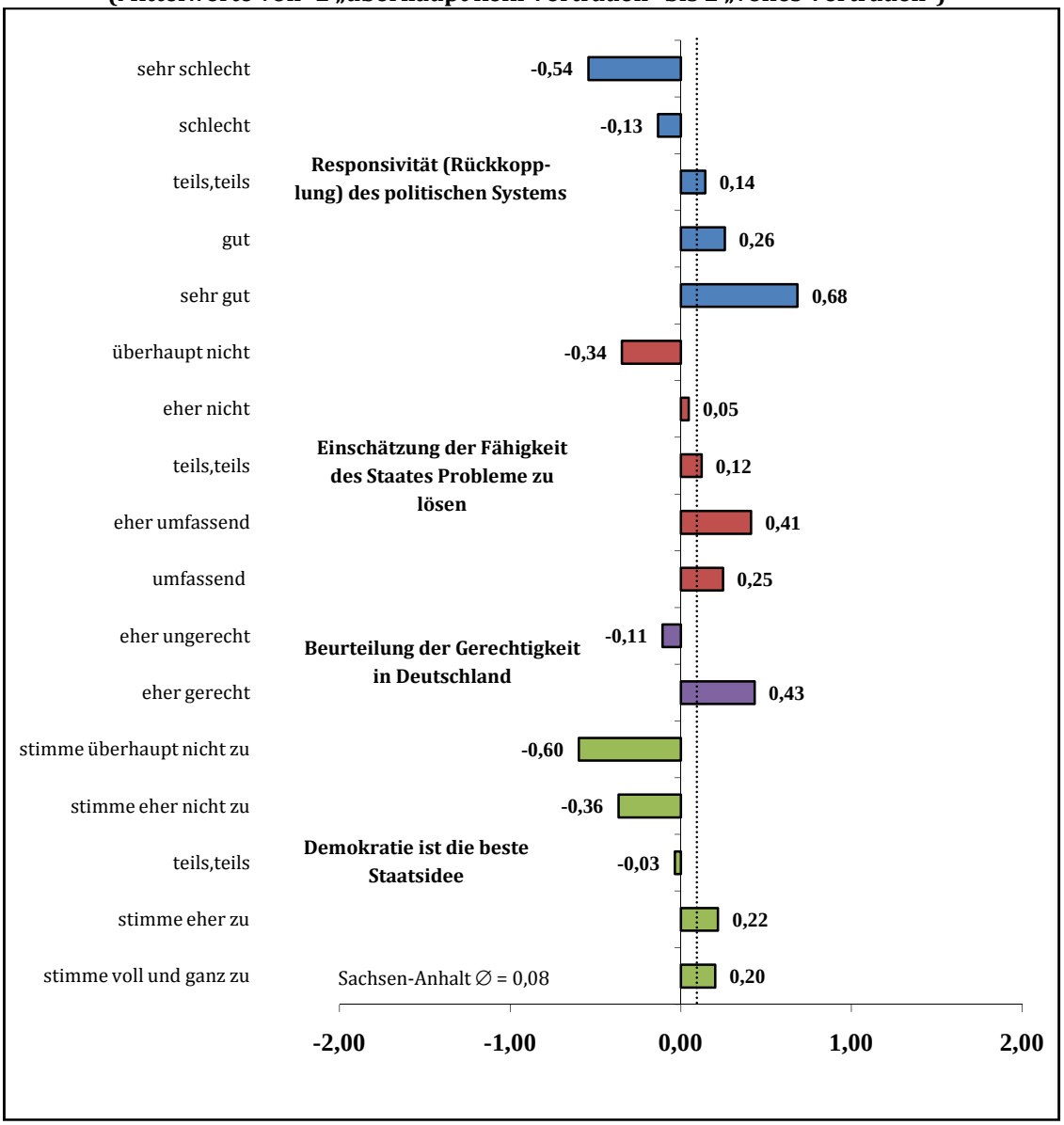
Abb. 38 Skala Institutionenvertrauen nach Einschätzung der Lage in Sachsen-Anhalt, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



D. h.: Wird die wirtschaftliche Entwicklung des Landes negativ beurteilt, sinkt das Vertrauen in die Regierung erheblich. Die Spannweite zwischen den Polen sehr schlechter und sehr guter Einschätzung liegt für das Institutionenvertrauen bei 1,67, was fast der

Hälfte des gesamten Schwankungsbereiches entspricht. Auch die Parteibindung (Hypothese 2) lässt signifikante Unterschiede hervortreten. Ein geringeres Vertrauen in politische Institutionen bekunden Anhänger der Linken und insbesondere jene Befragten, die sich durch keine Partei vertreten sehen. Demgegenüber hegen Anhänger von CDU, SPD, den Grünen und der FDP ein überdurchschnittliches Vertrauen. Sympathisanten der Piraten liegen nur leicht unter dem Durchschnitt des Landes. Somit bestätigen sich die in Hypothese 2 festgehaltenen Vermutungen ebenfalls (vgl. Abb. 38).

Abb. 39 Skala Institutionenvertrauen nach Responsivität, politischem Kompetenzgefühl, Gerechtigkeitsempfinden und Demokratieidee (Mittelwerte von -2 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 2 „volles Vertrauen“)



Die Performanz des politischen Systems, gemessen mit der Frage nach dem Funktionieren der Demokratie, hat wie die wirtschaftliche Lage einen starken Einfluss auf die Generierung des Vertrauens. Mit steigender Demokratiezufriedenheit erhöht sich auch

das Vertrauen in die politischen Institutionen (vgl. obige Abb. 39). Das Urteil der Bürger über die Fähigkeit des Staates, anstehenden Probleme zu lösen, beeinflusst das Vertrauen zwar ebenfalls, der Zusammenhang ist hierbei jedoch wesentlich schwächer ausgeprägt. Die empfundene Offenheit des politischen Systems gegenüber Anliegen der Bürger (Responsivität), zeigt mit einer Spannweite von 1,22 einen ähnlich starken Einfluss auf die Vertrauensbildung wie die Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Performanz. Leichten Einfluss üben ferner das Ungerechtigkeitsempfinden sowie die Arbeitslosigkeit aus (Hypothese 5). Wer glaubt, in einem gerechten Land zu leben, vertraut dem Staat und seinen Institutionen mehr, und vice versa. Und schließlich: Wer mit der Idee der Demokratie einverstanden ist, hat auch höheres Vertrauen in demokratische Institutionen.

Für die Untersuchung der sozialisationsbedingten Systemneigungen wurde der Vertrauensindex mit den einzelnen, oben schon vorgestellten Indizes des DDR-Bildes korreliert (hier nicht grafisch dargestellt). Auch die hierfür formulierten Vermutungen konnten bestätigt werden. Bürger Sachsen-Anhalts, die Unrecht als systemtypisch für die DDR schärfer verurteilen, die damalige Lebenswirklichkeit weniger positiv erinnern und den Sozialismus prinzipiell ablehnen, beurteilen die politischen Institutionen häufiger als vertrauenswürdig. Alle Zusammenhänge erweisen sich seit 2007 als relativ stabil. Auf die Darstellung der regionalen Unterschiede wird an dieser Stelle auf Grund mangelnder Erklärungskraft verzichtet. Allerdings schält sich erneut die Sonderposition der „Landstädte“ heraus: Von allen Gemeindegrößenklassenzeigen diese das geringste Institutionenvertrauen.

12 Fremdenfeindlichkeit, Toleranz, Antisemitismus und nationale Überhöhung

12.1 Einstellungen zu Ausländern

Nur wenige Menschen sind bereit, neben dem, was ihnen vertraut ist, auch Erscheinungsformen des Fremden vorbehaltlos als gleichberechtigt anzuerkennen. Intuitives Abstandhalten gegenüber dem Fremden als Person wie als Kennung für andere Kulturen und Religionen, Länder und Ethnien ist ubiquitär verbreitet. Das Eigene und das Fremde gehen im Einstellungshorizont des Durchschnittsmenschen ein gespanntes Verhältnis ein. Um dieses zugunsten eines auf Toleranz und wechselseitigem Respekt gegründeten gesellschaftlichen Miteinanders stabil auszubalancieren, bedarf es einer Akzeptanz des Fremden, die frei von sozialen und kulturellen Vorurteilen ist.

In Zeiten allgemeiner Unsicherheit wird die Schwelle vorurteilsfreier Anerkennung dessen, was als fremd wahrgenommen wird, instinktiv höher gelegt. Zu vermuten ist daher, dass die Distanzhaltung in Ostdeutschland vergleichsweise stark ausgeprägt ist, weil hier die Auswirkungen der *doppelten Transformation* bis in die Gegenwart hinein spürbar sind. Einesteils klingt die vielfältig gemachte Erfahrung von nach 1990 „entsicherten“ Arbeits- und Lebensbedingungen lange nach, und zugleich wird diese dem Systemwechsel geschuldete Erfahrung zusätzlich überformt durch neue Unsicherheiten, die sich im Gefolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der subjektiven Weltsicht der Menschen aufbauen.

Bereits im 2007er und 2009er Monitor hatten wir mittels einer Fragebatterie von fünf Items ausgelotet, wie weit fremdenfeindliche Ressentiments in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts verbreitet sind. Ein Ergebnis war, dass 2009 im Vergleich zu 2007 der Anteil der Personen, die eine dezidiert hostile Grundhaltung gegenüber Ausländern bekundeten, insgesamt um neun Prozent zurückgegangen war. In den jüngeren Alterskohorten der 18- bis 24-Jährigen und der 25- bis 34-Jährigen hatte die Fremdenfeindlichkeit jedoch deutlich zugenommen (plus 10 %).[28]

Diesmal wurde die Fragenbatterie, die Ausländerfeindlichkeit misst, um weitere sieben Items erheblich erweitert. Als zusätzliche Indikatoren für eine als normal oder anomal wahrgenommene Präsenz ausländischer Mitbürger wurden Fragen aufgenommen, die auf perzipierte Risiken bzw. Konkurrenzeffekte für die deutsche Leitkultur und Sprachgemeinschaft, für Arbeitsplätze, Schule und die Systeme sozialer Sicherung, für Nachbarschaft und die Sphäre politischer Beteiligung abheben.

28 Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K., 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 97.

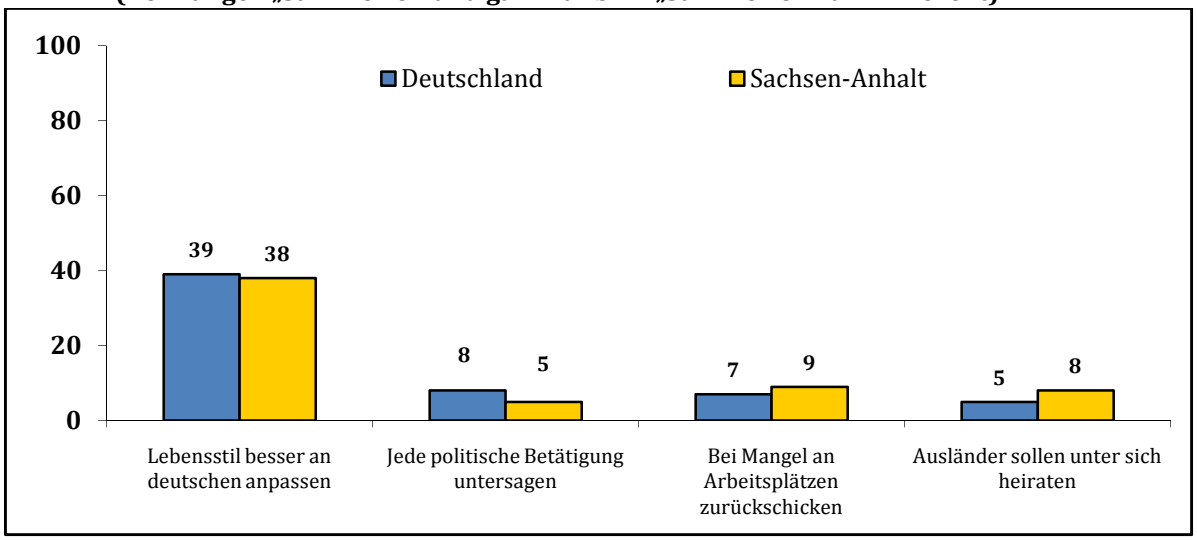
Tab. 25 Einstellungen zu Ausländern nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ in Prozent)

F. 22a: ...	Sachsen-Anhalt (∅)			Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2007	2009	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	12	9	3	5	8	11	10	15	8	2
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	45	40	38	35	26	32	36	48	54	37	21
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	10	9	8	5	7	3	6	14	17	6	3
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	8	10	5	1	5	5	3	7	7	5	2
Durch die vielen Ausländer fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.	-	-	12	8	16	9	12	11	20	11	3
Ausländer werden häufiger in Straftaten verwickelt.	-	-	12	7	9	7	5	11	17	11	6
Ausländer sind so anders, dass sie niemals vollständige Mitglieder der Gesellschaft sein können.	-	-	6	3	7	3	5	6	9	6	1
Die in Dtl. lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.	-	-	12	4	9	8	9	18	18	12	4
Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der deutschen Kinder.	-	-	10	9	6	7	9	15	14	11	3
Ausländer müssen ihre sprachlichen Fertigkeiten verbessern	-	-	65	50	55	55	62	76	75	64	53
Ausländer als Nachbarn zu haben, schafft nur Probleme.	-	-	3	1	1	3	2	5	5	3	1
Ausländer machen die Arbeiten, die andere nicht wollen.	-	-	12	9	12	7	10	17	14	12	9

Die aktuellen Daten belegen, dass sich das ohnedies nicht weit verbreitete fremdenfeindliche Syndrom in den letzten drei Jahren in Sachsen-Anhalt abermals abgeschwächt hat. Wie obige Tab. 25 ausweist, sind bei ausnahmslos allen Items, die bereits 2007 und 2009 abgefragt worden waren, die Häufigkeiten der negativen Nennungen nochmals zurückgegangen. Nur jeweils kleine Minderheiten möchten Ausländer im Falle verknappter Arbeitsplätze repatriieren, ihnen hierzulande jedwede politische Betätigung untersagen und sie strikt auf das Konnubium mit Landsleuten verpflichten. Damit liegen diese Einstellungswerte für Sachsen-Anhalt teils leicht über, teils leicht unter den Vergleichswerten, die 2010 bundesweit gemessen worden sind

(vgl. Abb. 40). Mehr Bereitschaft von Ausländern, den eigenen Lebensstil an den des Aufnahmelandes anzupassen, erwarten 38 Prozent. Weit mehr, nämlich 65 Prozent, plädieren dafür, dass Ausländer ihre Deutschkenntnisse verbessern.

Abb. 40 Einstellungen gegenüber Ausländern im Deutschlandvergleich (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme voll zu“ in Prozent)



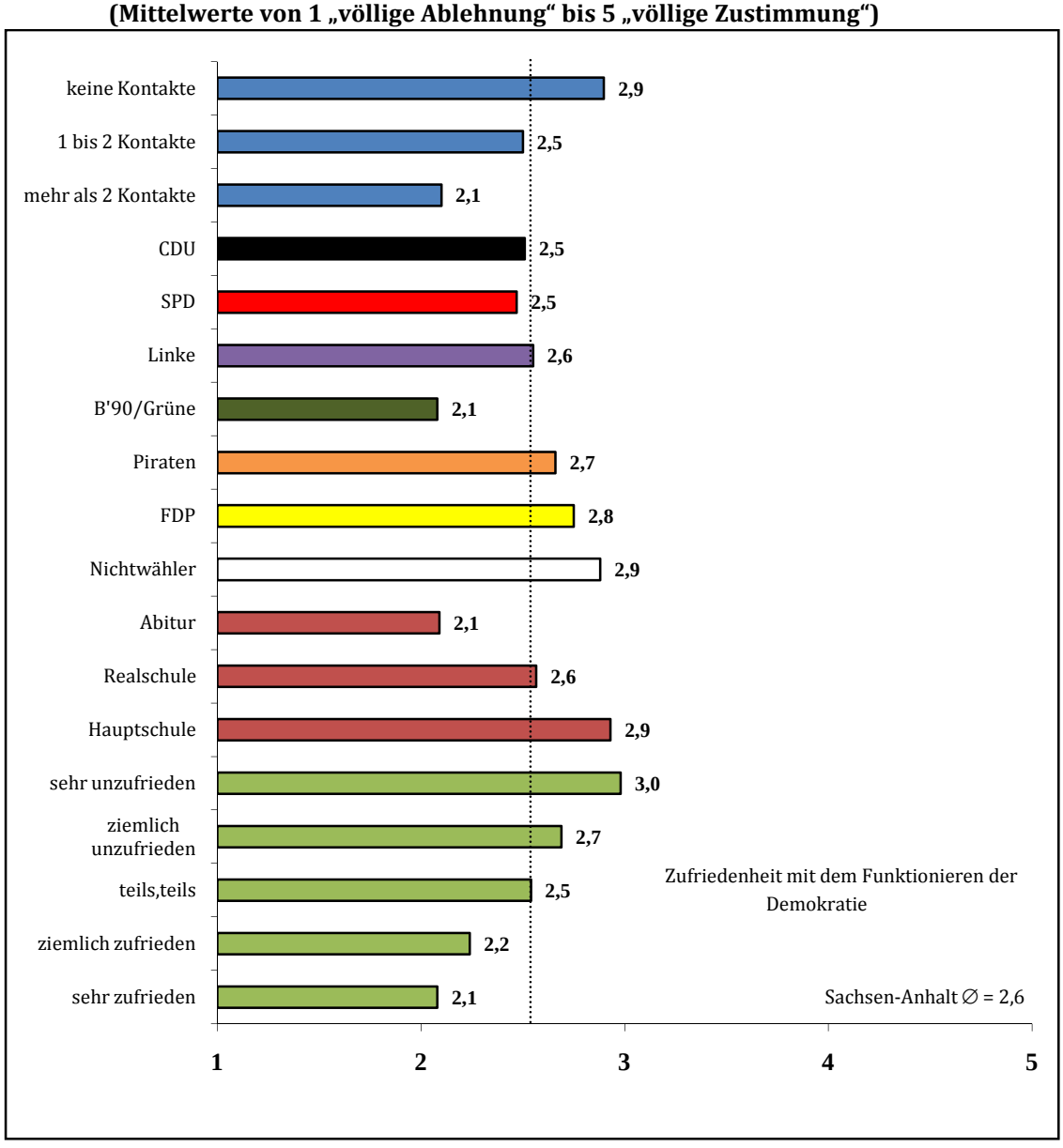
F. 22 a-d: siehe Tab. 25
Quelle: ALLBUS 2010 (7 Kategorien - von 1 stimme gar nicht zu bis 7 stimme voll zu)

Zwischen 10 und 12 Prozent der Befragten fühlen sich auf unterschiedliche Weise durch Ausländer in ihrem erreichten Besitzstand und ihrer eigenen Lebenswelt bedroht. Sie betrachten Ausländer als potentiell anfällig für Straftaten, als Transporteure kultureller Überfremdung, als Sozialschmarotzer und als personifizierte Lernbehinderung für einheimische Schulkinder (vgl. oben Tab. 25). Der harte Kern derer, die solcherart entschieden für soziale Ausgrenzung und politische Diskriminierung eintreten, liegt allerdings deutlich unterhalb der 10-Prozent-Marke: Nur jeder Zwanzigste möchte Ausländern jegliche politische Betätigung verbieten, und lediglich sechs Prozent meinen, dass fremdländische Zuwanderer aufgrund ihrer Andersartigkeit niemals vollwertige Mitglieder der hiesigen Gesellschaft sein können. Noch weniger, nämlich gerade einmal drei Prozent, mögen Ausländer in ihrer Nachbarschaft nur widerwillig dulden.

Im Vergleich zu 2009 zeigt die Aufschlüsselung nach Altersgruppen eine Trendumkehr: In der Kohorte der 18- bis 24-Jährigen ist Fremdenfeindlichkeit nicht nur am geringsten verbreitet, sondern sind auch die Zustimmungswerte für einzelne Fragen teilweise erheblich zurückgegangen. Ebenfalls ist aber in der nächsthöheren Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen der ausländerkritische Anteil teilweise gestiegen. Dies deutet auf einen gewissen, abgeschwächten Generationeneffekt hin: Etliche Befragte, die vor drei Jahren zu den jüngsten Jahrgängen zählten, haben ihre xenophobe Grundhaltung offenbar in die folgende Lebensaltersstufe mitgenommen. Ein altersbedingter bzw. lebenszyklischer Effekt tritt hingegen bei Ruheständlern zutage. Auch erweist sich ein weiteres Mal, dass Menschen, die mit Ressourcen schwach ausgestattet sind, sich durch tatsächliche und vermeintliche Risiken ihrer Umwelt in höherem Grade verunsichert

oder gar bedroht fühlen, was sich, wie dieser Fragenkomplex offenbart, auch in stärkerer Distanz gegenüber Ausländern ausdrücken kann. Denn es sind neben Rentnern vor allem Volks- und Hauptschulabgänger sowie Arbeiter, die überdurchschnittlich häufig ablehnend reagieren und für soziale Ab- und Ausgrenzung votieren (vgl. auch Abb. 43).

Abb. 41 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie, Bildung und Demokratiezufriedenheit[29] (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



Die einzelnen durch Fragen ermittelten Indikatoren werden in obiger Abbildung zu einem Ausländerfeindlichkeitsindex zusammengefasst (vgl. Abb. 41). Zwei abgefragte Items verweisen auf allenfalls ´weiche` Ausdrucksformen von Exklusion, repräsentieren folglich das Konstrukt „Ausländerfeindlichkeit“ weniger eindeutig und werden auf-

29 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

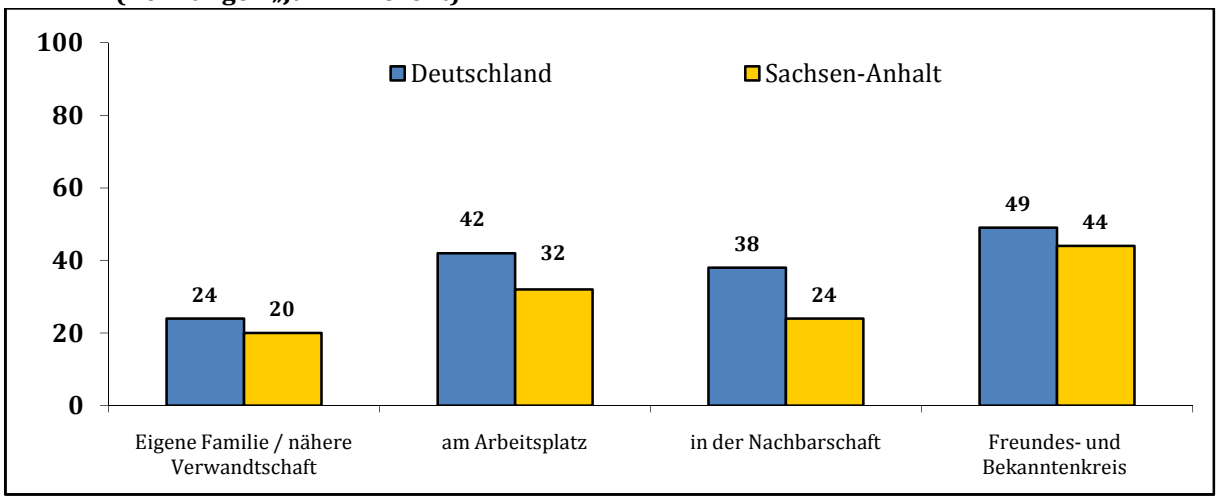
grund statistischer Reliabilitätsanalysen nicht mit in den gebildeten Index einbezogen (Die betreffenden Fragen sind in der Tab. 25 durch farbliche Schattierung hervorgehoben). Der Index setzt sich somit aus den verbleibenden 10 Fragepunkten zusammen und hat eine Spannweite von 1 (sehr geringe ausländerfeindliche Einstellungen) bis 5 (sehr starke ausländerfeindliche Einstellungen). Zusätzlich zu den in Tab. 25 aufgenommenen Merkmalen Alter und Bildung lassen sich somit weitere mögliche Einflussfaktoren testen.

Dabei wird anschaulich, dass die Anhänger der drei großen Landesparteien CDU, Linke und SPD eine insgesamt moderate Distanz zu Ausländern hegen und sich in dieser Grundeinstellung kaum voneinander unterscheiden. Mit den Bündnisgrünen Sympathisierende nehmen am wenigsten, erklärte Nichtwähler hingegen am stärksten ausländerfeindliche Positionen ein. Deutlich wird ferner, dass formal gering Gebildete sowie Personen, die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie äußern, für xenophobe Vorurteile am häufigsten anfällig sind. Im Übrigen steigt der Grad der Aufgeschlossenheit mit einem zunehmenden Umgang mit Ausländern. Auch dies überrascht nicht. Es bestätigt vielmehr die sogenannte Kontakthypothese, der zufolge die Fremdenangst dort besonders ausgeprägt ist, wo wenige oder gar keine persönlichen Kontakte bestehen (vgl. Tab. 26).

Tab. 26 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in Bereichen des persönlichen Umfelds (Nennungen „Ja“ in Prozent)

F. 24 a-d: ...	Sachsen-Anhalt (∅)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
In der Familie oder näheren Verwandtschaft	20	31	14	19	27	15	14	21	29
am Arbeitsplatz	32	35	42	54	44	8	12	37	49
in der Nachbarschaft	24	39	30	29	24	16	12	24	37
im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis	44	77	53	53	47	28	30	45	61

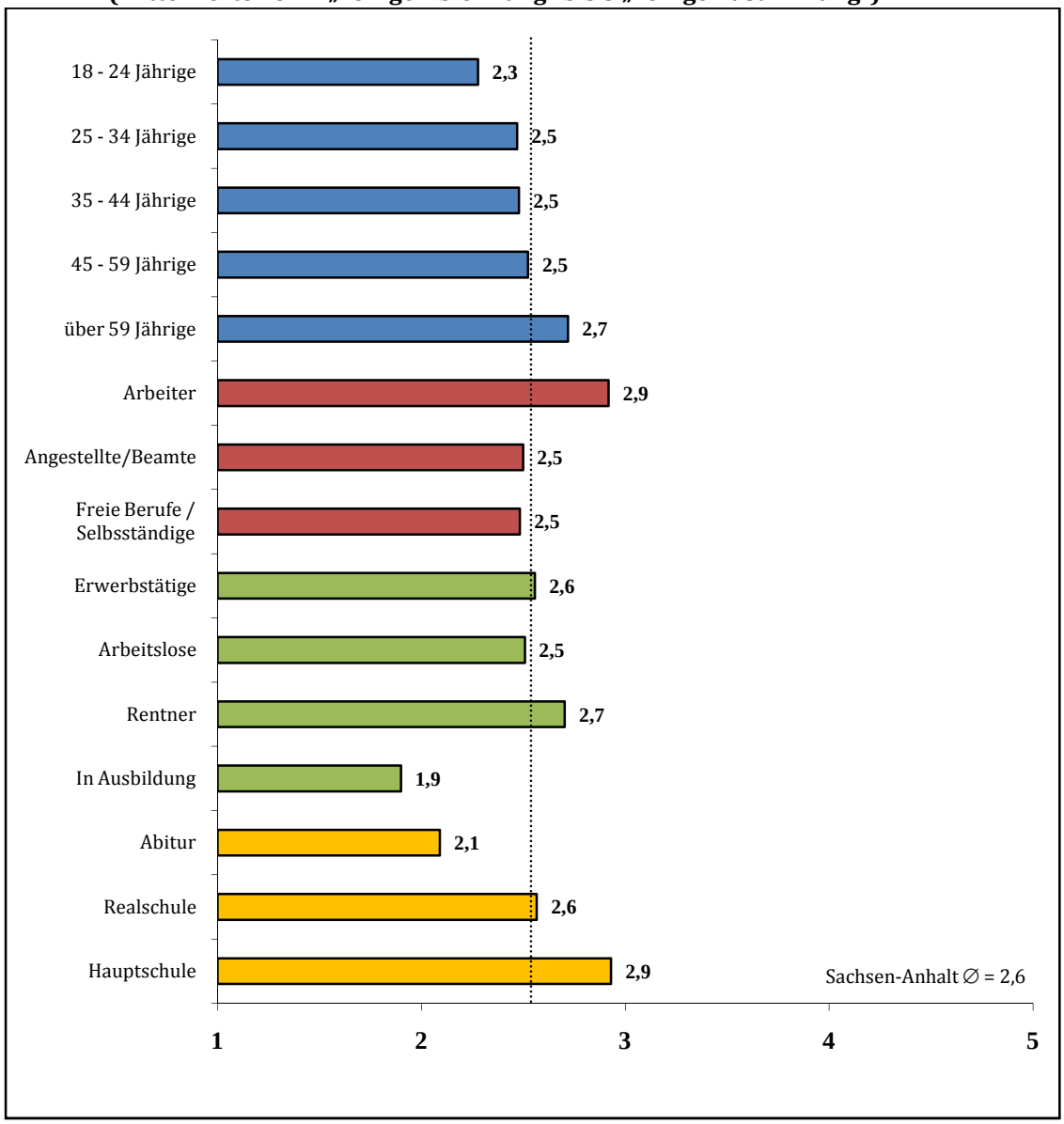
Abb. 42 Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern im Deutschlandvergleich (Nennungen „Ja“ in Prozent)



Quelle: ALLBUS 2010
F. 24 a-d: siehe Tab. 26

Und dies ist wiederum im innerdeutschen Vergleich für Sachsen-Anhalt insgesamt (vgl. Abb. 42) sowie unter der Landesbevölkerung vergleichsweise häufig bei Hauptschulabgängern und Senioren der Fall.

Abb. 43 Ausländerfeindlichkeit nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)

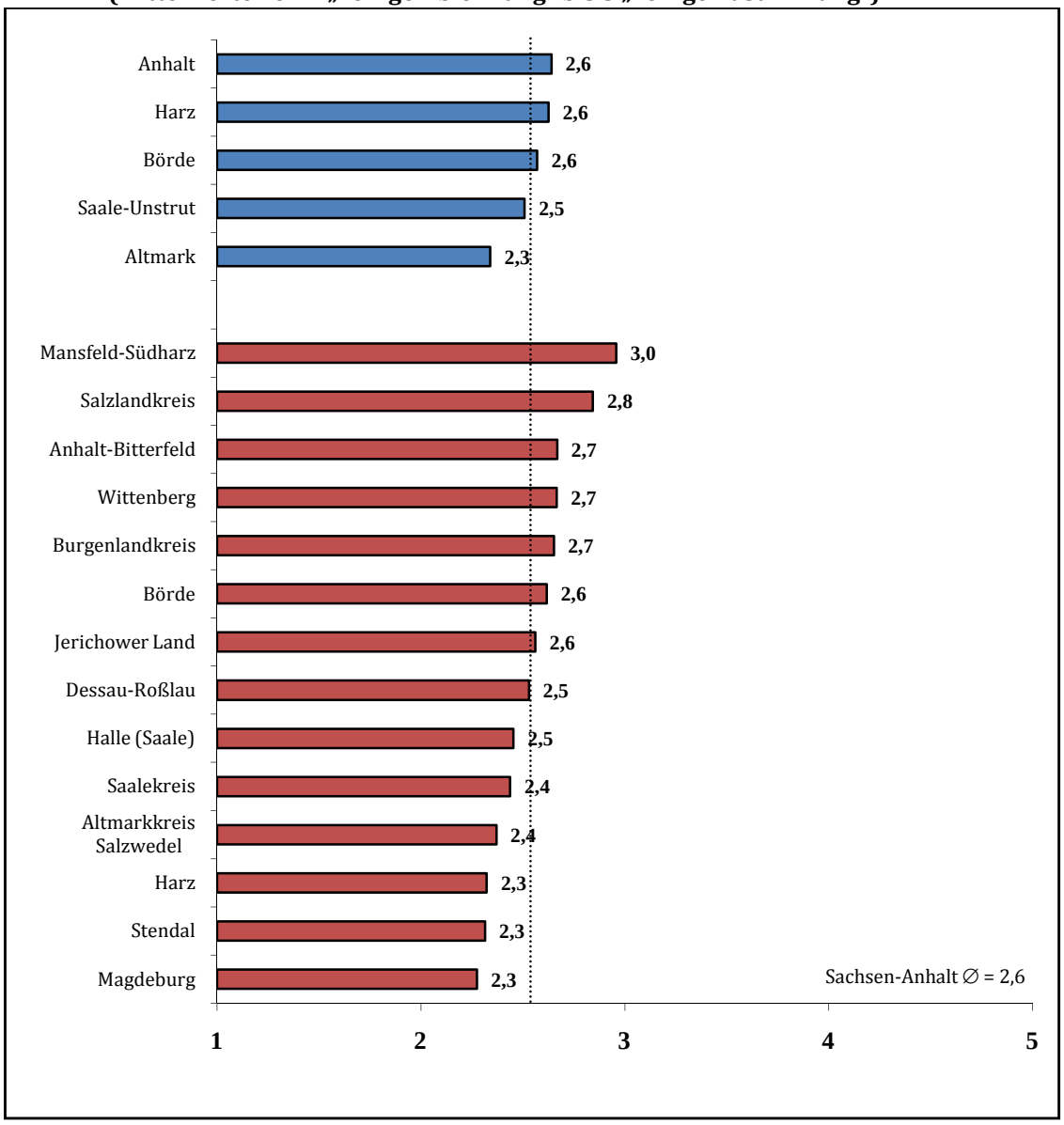


Die zweite Batterie von Mittelwerten (vgl. Abb. 43) illustriert, dass mit steigendem Lebensalter die Fremdenfeindlichkeit zunimmt, und ebenso, dass die Distanz gegenüber Ausländern von der Stellung im Beruf sowie dem Bildungsstand abhängt: Während Auszubildende bzw. Abiturienten gegenüber Fremden vergleichsweise aufgeschlossen sind, nehmen außer Rentnern auch Arbeiter und Hauptschulabsolventen eine deutlich stärker ablehnende Haltung ein.

Der Index der Ausländerfeindlichkeit weist für die Regionen Sachsen-Anhalts (Altmark, Börde, Harz, Anhalt und Saale-Unstrut) nur sehr geringfügige Unterschiede auf.

Das Bild wird jedoch schattierter, wenn der Index, wie das im Monitor 2012 erstmals bei dieser und anderen Fragen realisiert wird, noch kleinräumiger aufgeteilt und nach Kreisen (Stadt- und Landkreise) betrachtet wird (vgl. Abb. 44).

Abb. 44 Skala Ausländerfeindlichkeit nach Region und Landkreisen (Mittelwerte von 1 „völlige Ablehnung“ bis 5 „völlige Zustimmung“)



Nimmt man die nahen Lebenswelten, die durch Kreisgrenzen markiert werden, in den Blick, so zeigt sich, dass in den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Salzlandkreis mit einem Skalenwert von 3,0 bzw. 2,8 das Pendel am weitesten in den Bereich gefühlter Ausländerfeindlichkeit hinein schwingt. Die großen Städte des Landes rangieren leicht bis deutlich unter dem landesweiten Durchschnittswert.

Auch wenn eine große Mehrheit der Bevölkerung fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen ablehnt, können konkrete Vorfälle von Diskriminierung von Ausländern auf das öffentlichen Klima eines Landes abfärben, zumal dann, wenn solche Vorfälle nicht einmalig bleiben. Das den Befragten vorgelegte, konstruierte Beispiel eines

ausländerfeindlichen Verhaltens – „ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen“ – beschreibt zwar nach mehrheitlicher Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts „nie“ oder nur „selten“ die Realität des Alltags im Lande. Doch immerhin 33 Prozent halten ein solches Szenario „hin und wieder“ (und sechs Prozent „oft“ bzw. „sehr oft“) für möglich (vgl. Tab. 27). Darunter sind überdurchschnittlich viele junge Leute zwischen 18 und 24 Jahren, also einer Altersgruppe, in welcher die Besuchsfrequenz in Gaststätten vergleichsweise hoch ist.

In derselben jüngsten Altersgruppe wird die besagte diskriminierende Handlung am entschiedensten abgelehnt. Die Ablehnung überwiegt generationenübergreifend, mit Ausnahme der Jahrgänge der 25- bis 29-Jährigen, unter welchen jeder Fünfte einen gastronomischen Boykott von Ausländern in Ordnung findet. Wiederum bestätigt sich der sozialstrukturelle Standardbefund: Auch die Neigung, sich mit dieser Form von sozialer Exklusion zu solidarisieren, ist bei niedrigem sozialen Status (Arbeiter) und formal geringem Bildungsabschluss (Volks- und Hauptschule) überproportional häufig anzutreffen.

Die persönliche Bewertung des diskriminierenden Bewirtungsakts beleuchtet jedoch nur eine Seite des Problems. Eine andere Frage ist, ob die eigene Einstellung hierzu als konsonant oder dissonant mit der weiteren sozialen Umgebung empfunden wird. Die entsprechenden Antworten der Befragten geben indirekt Aufschluss darüber, wie es um das gesellschaftliche Meinungsbild in dieser Frage bestellt ist. Immerhin jeder vierte Sachsen-Anhalter, darunter überdurchschnittlich viele aus den jüngeren Altersklassen von 25 bis 34 Jahre, hält „die meisten Deutschen“ in Bezug auf das beschriebene Szenario für diskriminierungsaffin (vgl. Tab. 27). Es spricht einiges dafür, dass diese Einschätzung durch bestätigende Erfahrungen des eigenen sozialen Umfelds gestützt wird.

Tab. 27 Beurteilung eines ausländerfeindlichen Szenarios nach Alter und Bildung, (Nennungen in Prozent)

F. 23 a-c: „Ein Gastwirt weigert sich, in seinem Lokal Ausländer zu bedienen“	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Was meinen Sie, wie häufig kommt eine solche Situation in Sachsen-Anhalt vor? (Nennungen „nie“, „selten“, „hin & wieder“ in Prozent)									
Nie	11	4	15	14	11	10	9	13	12
Selten	41	41	33	44	45	38	34	43	43
Hin und wieder	33	46	37	30	33	30	35	31	36
Wie beurteilen Sie ein solches Verhalten? (Nennungen „völlig in Ordnung“ und „eher in Ordnung“ in Prozent)									
Völlig in Ordnung	3	2	2	3	3	3	4	2	2
Eher in Ordnung	6	5	18	4	5	4	9	5	4
Und wie meinen Sie, beurteilen die meisten Deutschen ein solches Verhalten? (Nennungen „völlig in Ordnung“ und „eher in Ordnung“ in Prozent)									
Völlig in Ordnung	3	0	5	4	5	2	4	3	3
Eher in Ordnung	22	14	26	22	19	24	24	21	21

Diese verallgemeinernd pessimistische Wahrnehmung beschreibt jedoch, das sollte bedacht werden, nur die Beobachtung einer Minderheit. Diese entspricht übrigens in ihrer zahlenmäßigen Größenordnung in etwa jenem Teil der Bevölkerung Sachsen-Anhalts, der bei unserer Umfrage von 2010 dem Land die Eigenschaft „ausländerfreundlich" erklärtermaßen nicht zusprechen mochte (17 %)[30]. Schon die Ergebnisse der Sachsen-Anhalt-Monitore 2007 und 2009 zeigten, dass Sachsen-Anhalt im gesamtdeutschen Vergleich und innerhalb Ostdeutschlands keineswegs durch überdurchschnittlich starke ausländerfeindliche Einstellungen gekennzeichnet ist[31]. Dieser Befund wird in der aktuellen Einstellungslage des Landes fortgeschrieben.

12.2 Toleranz

Toleranz, also die Bereitschaft, Andersdenkende und unkonventionelle Lebensformen als gleichwertig und gleichberechtigt zu akzeptieren, ist ein weiterer wichtiger Gradmesser für das Ausmaß an Freiheitlichkeit und sozialer Offenheit, das in einer Gesellschaft herrscht. Wie die folgende Tab. 28 veranschaulicht, spricht sich nur eine Minderheit der Sachsen-Anhalter für die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften oder gegen religiöse Toleranz aus. Die stärkste Ablehnung erfährt eine selbst noch verklausulierte Duldung von Euthanasie. Bei dieser Fragebatterie wird der statistische Zusammenhang von Einstellungen mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen abermals klar unterstrichen: Auch die Bereitschaft, Toleranz zu üben, ist von Alter und Bildung in hohem Maße abhängig.

Tab. 28 Einstellung zur Toleranz nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu" in Prozent)

F. 22 m-q: ...	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.	14	2	9	6	12	23	24	12	7
Gleichgeschlechtlichen Paaren sollte es untersagt sein, Kinder zu adoptieren.	13	7	8	8	11	20	19	12	7
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	8	2	5	6	9	12	11	8	4
Jeder hat das Recht auf freie Religionsausübung, egal welche.	45	35	36	24	44	57	47	41	49
Moscheen passen nicht in das Bild deutscher Städte.	25	13	18	28	25	28	30	29	13

30 Vgl. Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K., 2010: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 16ff.

31 Vgl. Fürnberg, O./Holtmann, E./Jaeck, T., 2007: Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 10, und Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K., 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor, Kap. 11.

12.3 Antisemitismus

Neben dem fremdenfeindlichen Syndrom gehört Antisemitismus seit jeher zum Kernbestand der rechtsextremistischen Ideologie. Als antisemitisch lassen sich solche Einstellungen und Verhaltensweisen klassifizieren, die den Juden als Einzelne oder als Kollektivperson negative Eigenschaften zuordnen, die mit Rasse oder Religion begründet werden und Abwertung, Benachteiligung, Verfolgung oder gar Vernichtung zu rechtfertigen suchen.[32]

Antisemitismus ist in der Gegenwart kein ideologisches Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus. Vielmehr existiert auch eine antisemitische Grundströmung auf der radikalen Linken, die sich „hauptsächlich gegen Israel und – gepaart mit dem Antiamerikanismus – gegen die kapitalistische Globalisierung richtet“[33]. In der Israel- und USA-feindlichen Stoßrichtung sind Rechts- und Linksextremisten wiederum ideologisch eng verwandt mit der antizionistischen Judenfeindschaft des islamischen Fundamentalismus.

Vergleichbar der Ausländerfeindlichkeit, blüht Antisemitismus auch dort, wo ein jüdischer Bevölkerungsteil gar nicht existiert oder nur als Randgruppe präsent ist. Unterschwellige Feindseligkeit gegen Juden „´funktioniert` auch ohne eine konkrete Projektionsfläche“[34]. Wie beim Feindbild Ausländer, richtet sich das antisemitisch unterlegte Ressentiment gegen jene, „die nicht so leben wie man selbst“.[35]

Empirischen Erhebungen zufolge, wird das latente antisemitische Potential in Deutschland dauerhaft auf 15 bis 20 Prozent eingeschätzt[36]. Die Anteile antisemitischer Einstellungen, die 2007 und 2009 mit dem Monitor gemessen wurden, lagen für Sachsen-Anhalt bei sämtlichen abgefragten Items deutlich unter den Vergleichswerten West- wie Ostdeutschlands.[37] So war beispielsweise die Neigung, aus der historischen nationalen Verantwortungsgemeinschaft für die während des Nationalsozialismus an Juden begangenen Verbrechen persönlich auszutreten, in den alten Bundesländern weit stärker verbreitet.

Bei dieser zentralen Moralfrage ist das vorherrschende Einstellungsmuster der Sachsen-Anhalter stabil geblieben. Weiterhin empfinden ca. zwei Drittel der Befragten vorbehaltlos – und weitere 25 Prozent mit gewissem Zögern – Scham über deutsche Untaten an Juden (vgl. Tab. 29). Im Generationenvergleich ergibt sich dabei eine be-

32 So die Definition bei Pfahl-Traughber, A., 2002: Antisemitismus in der deutschen Geschichte, Opladen, S. 9. Vgl. auch Bundesamt für Verfassungsschutz, 2005: Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus. Aktuelle Entwicklungen, Köln, S. 7.

33 Holz, K., 2005: Neuer Antisemitismus? – Wandel und Kontinuität der Judenfeindschaft, in: BMI (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Judenfeindschaft im politischen Extremismus und im öffentlichen Diskurs, Berlin, S. 32.

34 BfV 2005, S. 3.

35 Kramer, S. J., 2005: Antisemitismus in der heutigen Gesellschaft, in: BMI 2005, S. 24.

36 Quellenhinweise bei Berger, H., 2005: Antisemitismus im Rechtsextremismus – zwischen subtiler Anspielung und offenem Hass, in: BMI 2005, S. 58.

37 Holtmann, E./Jaeck, T./Völkl, K., 2009: Sachsen-Anhalt-Monitor, S. 101ff.

merkenswerte Veränderung: In den jüngsten Jahrgängen hat die Zahl der Scham Empfindenden gegenüber 2009 am stärksten zugenommen, so dass die 18- bis 24-Jährigen bei dieser Frage nicht mehr das Schlusslicht bilden. Relativiert wird damit zugleich die Verallgemeinerbarkeit der These, dass mit wachsender zeitlicher und biographischer Entfernung zu nationalen Hypotheken historischer Schuld die persönliche Betroffenheit nachwachsender Generationen kontinuierlich abnimmt.

Tab. 29 Antisemitische Einstellungen nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu" in Prozent)

F. 25 a-d: ...	Sachsen-Anhalt (∅)			Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2007	2009	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.	68	63	66	56	59	52	64	76	65	65	68
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	6	4	6	1	3	5	6	9	11	4	4
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.	15	13	16	4	16	20	14	20	22	16	8
Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns	-	-	4	8	2	4	2	6	8	2	1

Auch hinsichtlich des generellen Verdachts, dass Juden „auf der Welt zu viel Einfluss" haben", blieb die weit überwiegende Ablehnung der Sachsen-Anhalter stabil. Lediglich sechs Prozent, so wenig wie drei Jahre zuvor und darunter deutlich mehr Alte als Junge, stimmen diesem unausrottbaren verschwörungstheoretischen „Phantasma jüdischer Macht"[38] heute zu (vgl. Tab. 29). Dass das beharrliche Erinnern an die Opfer nationalsozialistischer Verbrechen von Juden ausgenutzt werde, um Deutschland finanziell und politisch zu erpressen, ist ein anderes gängiges antijüdisches Stereotyp. Für diese Ausdrucksform eines sogenannten „sekundären Antisemitismus"[39] zeigen sich – aufsteigend mit zunehmendem Alter – zwar mehr Bürgerinnen und Bürger des Landes empfänglich. Aber auch mit dieser Klischeevorstellung sympathisiert nur eine leicht (um + 3 Prozentpunkte) gewachsene Minderheit von 16 Prozent.

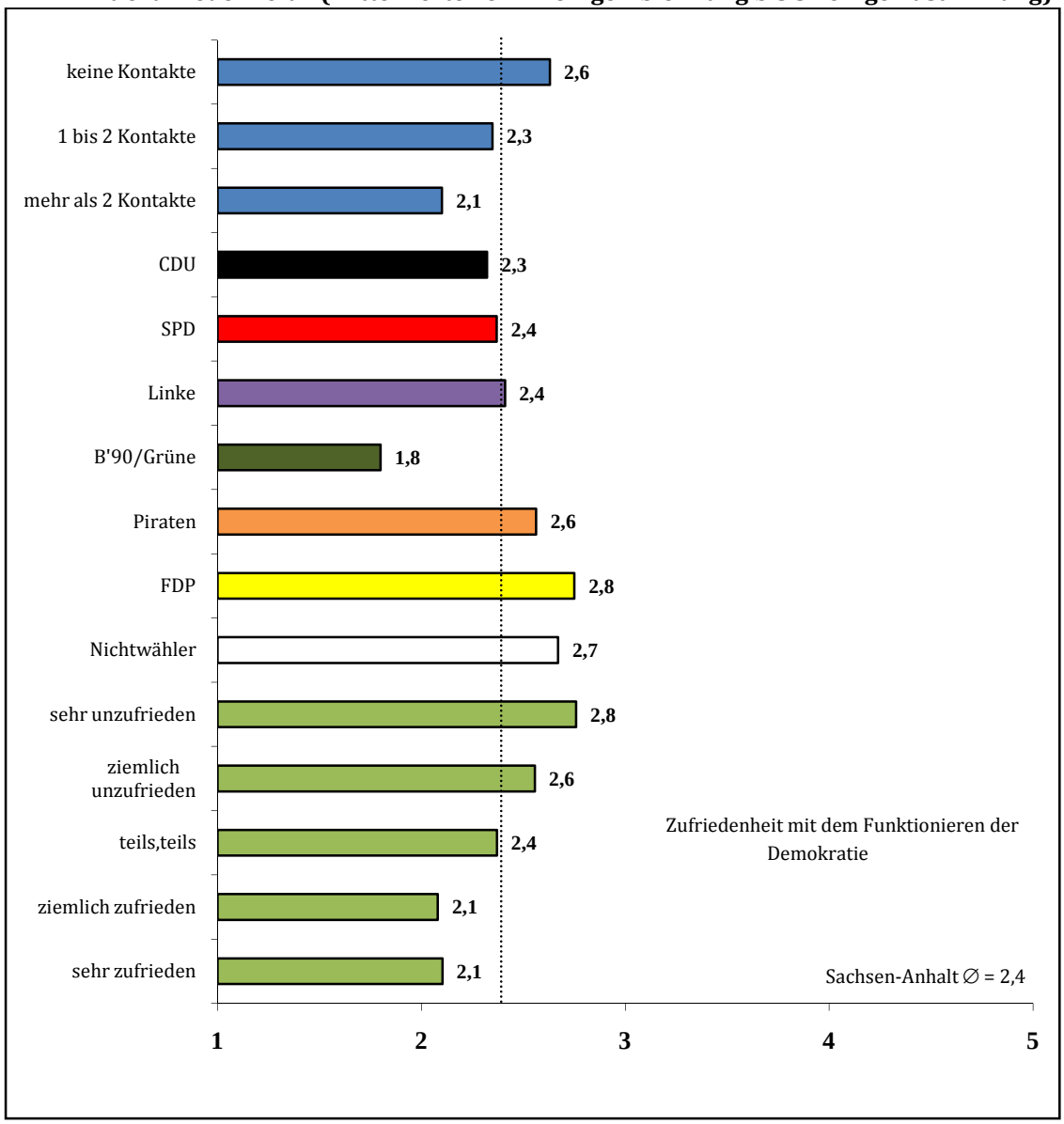
Der rassistisch unterlegten bzw. völkischen Überzeugung, dass Juden etwas Eigentümliches an sich haben und „nicht so recht zu uns passen", stimmen in Sachsen-Anhalt gerade einmal sechs Prozent voll und ganz bzw. eher zu (vgl. Tab. 29). Bei Unterstützern dieses Stereotyps sind Jüngere zwischen 18 und 24 Jahren leicht überrepräsentiert. Im Gesamtbild bestätigt sich die Beobachtung der Vorjahre, dass Antisemitismus im Land Sachsen-Anhalt einen vergleichsweise schmalen sozialen Resonanzboden hat. Auch dies belegt, dass in Sachsen-Anhalt eine ethnozentrisch, rassistisch, sozialökono-

38 So Holz 2005, S. 32.
39 Vgl. BFV 2005, S. 17.

misch oder antisemitisch aufgeladene „politische Kultur des Ressentiments“ (Hans-Georg Betz, 1996) wenig verbreitet ist und keine schweigende Mehrheit hinter sich hat.

Der Index zum Einstellungskomplex des Antisemitismus wird analog zum Ausländerfeindlichkeitsindex (vgl. oben S. 91 f.) erstellt. Die Frage nach dem Schamgefühl über an Juden begangene Verbrechen repräsentiert die Skala ungenügend und wird deshalb bei der Indexbildung nicht berücksichtigt.

Abb. 45 Skala Antisemitismus nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit[40] (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)

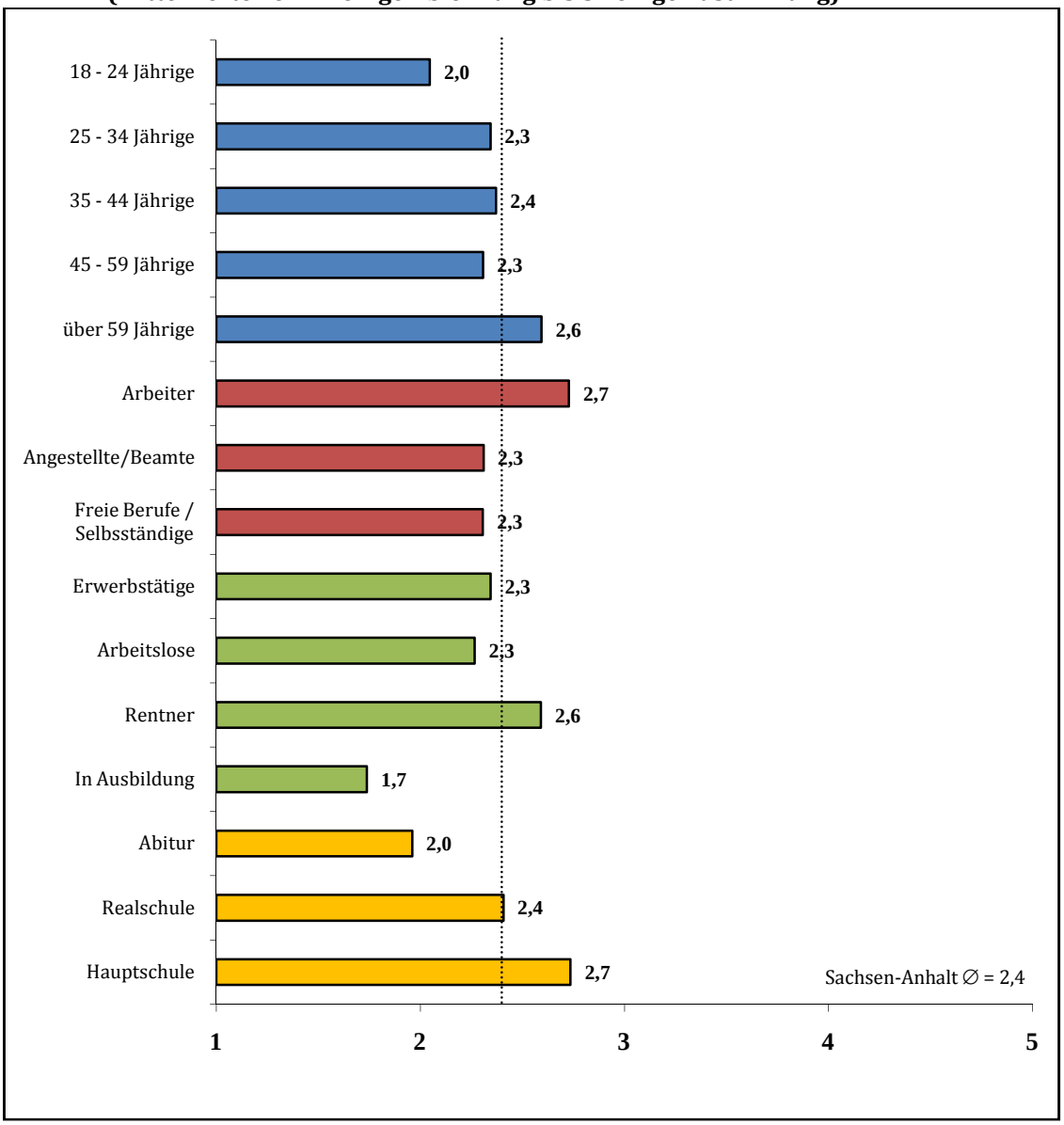


Wie schon beim ausländerfeindlichen Syndrom, bestätigt sich auch hier die Kontakthypothese: Wer Menschen mit Migrationshintergrund noch gar nicht oder selten persönlich begegnet ist, hegt erkennbar stärker antisemitische Gefühle als jemand, der öfter

40 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

Kontakte mit anderen Kulturkreisen pflegt (vgl. Abb. 45). Wiederum sind es Anhänger der Piratenpartei und bekennende Nichtwähler, die sich für antijüdische Ressentiments überdurchschnittlich stark aufgeschlossen zeigen. Und auch hier zeigt sich der zwischen Demokratiezufriedenheit und Vorurteilsneigung bestehende statistische Zusammenhang: Wer der Demokratie Versagen vorwirft, äußert auch nachdrücklicher eine antisemitische Grundhaltung.

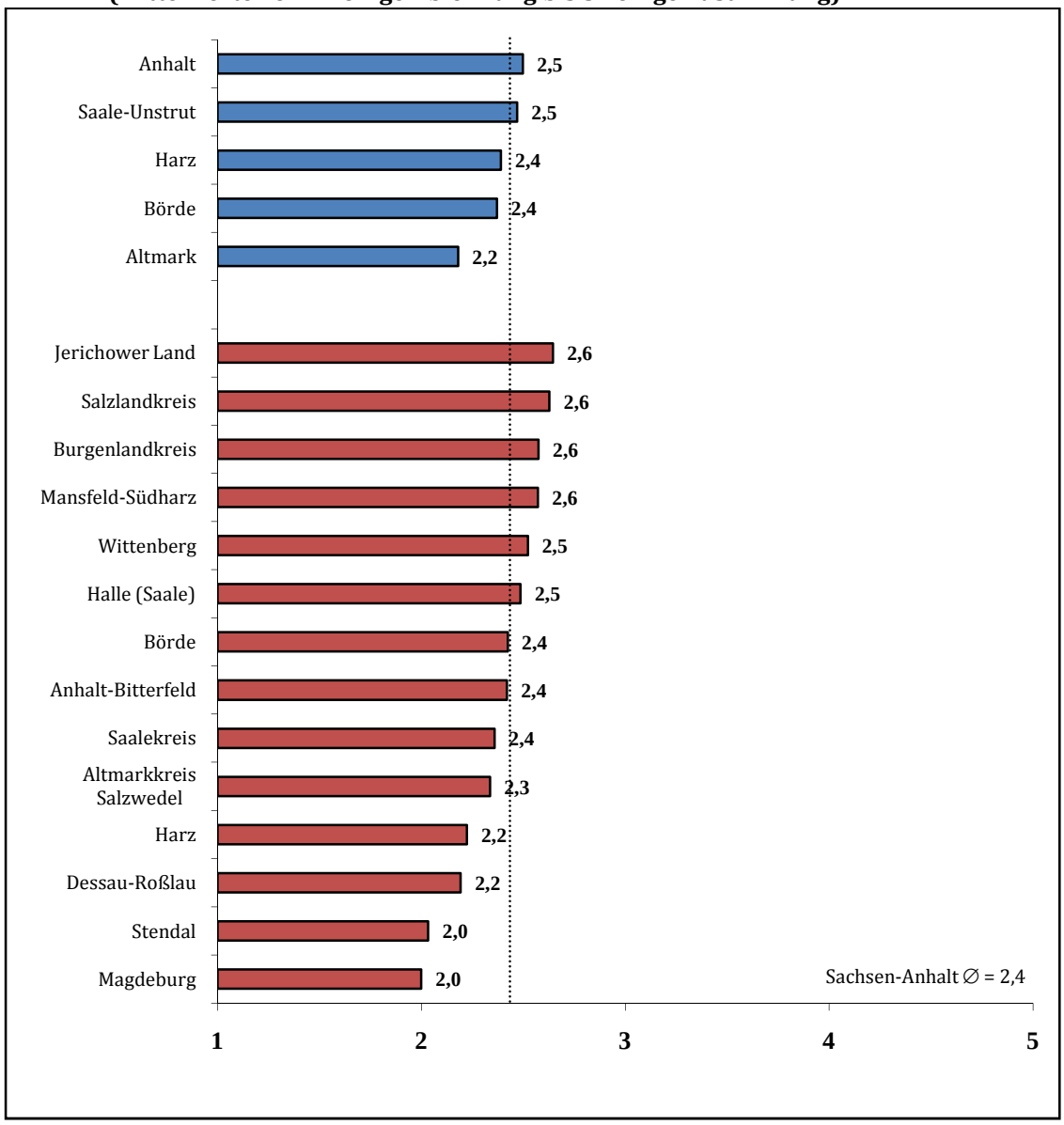
Abb. 46 Skala Antisemitismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)



Bei der sozialstrukturellen Basierung des Antisemitismus sind die Parallelen zur Ausländerfeindlichkeit augenfällig: Arbeiter, Rentner und Hauptschulabgänger erreichen auf der Antisemitismusskala wiederum die höchsten Mittelwerte, während die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, ferner in Ausbildung befindliche Befragte und Abiturienten sich deutlich toleranter äußern (vgl. Abb. 46). Territorial, d.h. auf der

Ebene der Kreise, entspricht die Schwankungsbreite des Index mit 0,7 Punkten in etwa derjenigen der auf die Kreisebene heruntergebrochenen Ausländerfeindlichkeitsskala (0,6 Punkte). Die Kreise Jerichower Land, Salzlandkreis, Burgenlandkreis und Mansfeld-Südharz liegen hier mit einem Mittelwert von jeweils 2,6 an der Spitze (vgl. Abb. 47). Allerdings unterschreitet der landesweite Antisemitismusindex den für Ausländerfeindlichkeit ermittelten Vergleichswert (vgl. Abb. 41, Abb. 43 und Abb. 44) um 0,2 Punkte.

Abb. 47 Skala Antisemitismus nach Region und Landkreisen (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)



12.4 Patriotismus

Sich einem Volk oder einer Staatsgesellschaft zugehörig zu fühlen, ist an sich weder außergewöhnlich noch verwerflich. Anders aber als bei emotionaler bzw. symbolischer

*Orts*bezogenheit[41], die schon deshalb als unbedenklich gilt, weil sie einen „Sozialzusammenhang“ (Heiner Treinen) beschreibt, der häufig als unpolitisch angesehen wird und jedenfalls nicht zur Überschreitung seiner (lokalen) Grenzen tendiert, ist es schwierig, ein unbefangen positives Verhältnis zur eigenen „Nation“ zu finden, weil das Nationalgefühl und ein übersteigerter Nationalismus in den Zeiten der Moderne weltweit immer wieder eine unheilvolle politische Liaison eingegangen sind und nach wie vor eingehen. In Deutschland war seit 1945 die Beziehung der Deutschen zur deutschen Nation doppelt gebrochen. Zum einen war der nationale Gedanke durch die historische Hypothek eines aggressiven Nationalismus, der zwei Weltkriege ausgelöst und dem Holocaust ideologische Beihilfe geleistet hatte, nachhaltig diskreditiert. Zum anderen erlaubte die politische Konstellation des geteilten Deutschland bzw. zweier deutscher Staaten bis 1990 keine eindeutige Identifikation mit einem Nationalstaat „deutscher Nation“.

Mit der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Ausgangslage bekanntlich geändert. Das komplizierte Nachdenken darüber, ob „zwei Staaten eine Nation“ bilden können, hat sich seither erübrigt. Auch hat das Land bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 der Welt eindrucksvoll vorgeführt, dass seine Bewohner zu unverkrampftem, fröhlichem und unaggressivem nationalen Stolz fähig sind. Gleichwohl marschiert im Gefolge des neu beflügelten Bekenntnisses, Deutscher zu sein, alter Ungeist immer noch mit, der in Zeiten der Krise und Unsicherheit zum Leben erweckt werden kann. Sofern die grenzüberschreitende Zuwanderung und eine fortschreitende multikulturelle Durchmischung der Gesellschaft als Bedrohung empfunden werden, bieten sich Nationalchauvinismus und Ethnozentrismus als affektive Abgrenzungshilfen an. Diese verschmelzen mit den anverwandten Sozialpathologien der Ausländerfeindlichkeit, der Intoleranz und des Antisemitismus leicht zu einem Amalgam, das in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zersetzend wirkt.

Wie ist es nun um das Nationalgefühl der Sachsen-Anhalter bestellt? – Eine Mehrheit der Landesbevölkerung identifiziert sich mit dem Nationalstaat positiv: 45 Prozent der Befragten sind voll und ganz und weitere 16 Prozent eher „lieber Bürger/Bürgerin von Deutschland als irgendeines anderen Landes auf der Welt“. Das so regional gemessene Ausmaß an Nationalstolz entspricht in etwa der bundesweit erkennbaren Größenordnung. In einer – annähernd vergleichbaren – Allbus-Umfrage von 2010 haben gut 66 Prozent bekundet, dass sie „sehr stolz“ bzw. „ziemlich stolz“ sind, eine Deutsche bzw. ein Deutscher zu sein.

Erkennbar ist eine solche patriotische Grundhaltung vor allem eine Sache der älteren Altersgruppen, wobei die Generationenscheide bei den Mittvierzigern liegt. Jüngere hegen deutlich weniger eine nationalstaatliche Präferenz, sind mithin häufiger kosmopolitisch orientiert, vor allem dann, wenn sie eine bessere Schulbildung haben (vgl. Tab. 30). Die eher lockere Identifikation mit Deutschland kann eine Erklärung dafür

41 Hierzu Treinen, H., 1965: Symbolische Ortsbezogenheit, in: Kölner Zs. für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. Jg. (1965), S. 73-97 und 254-297.

sein, dass umgekehrt gerade 18- bis 24-Jährige am wenigsten „für mein Land“ Scham empfinden, wenn Ausländer überfallen werden.

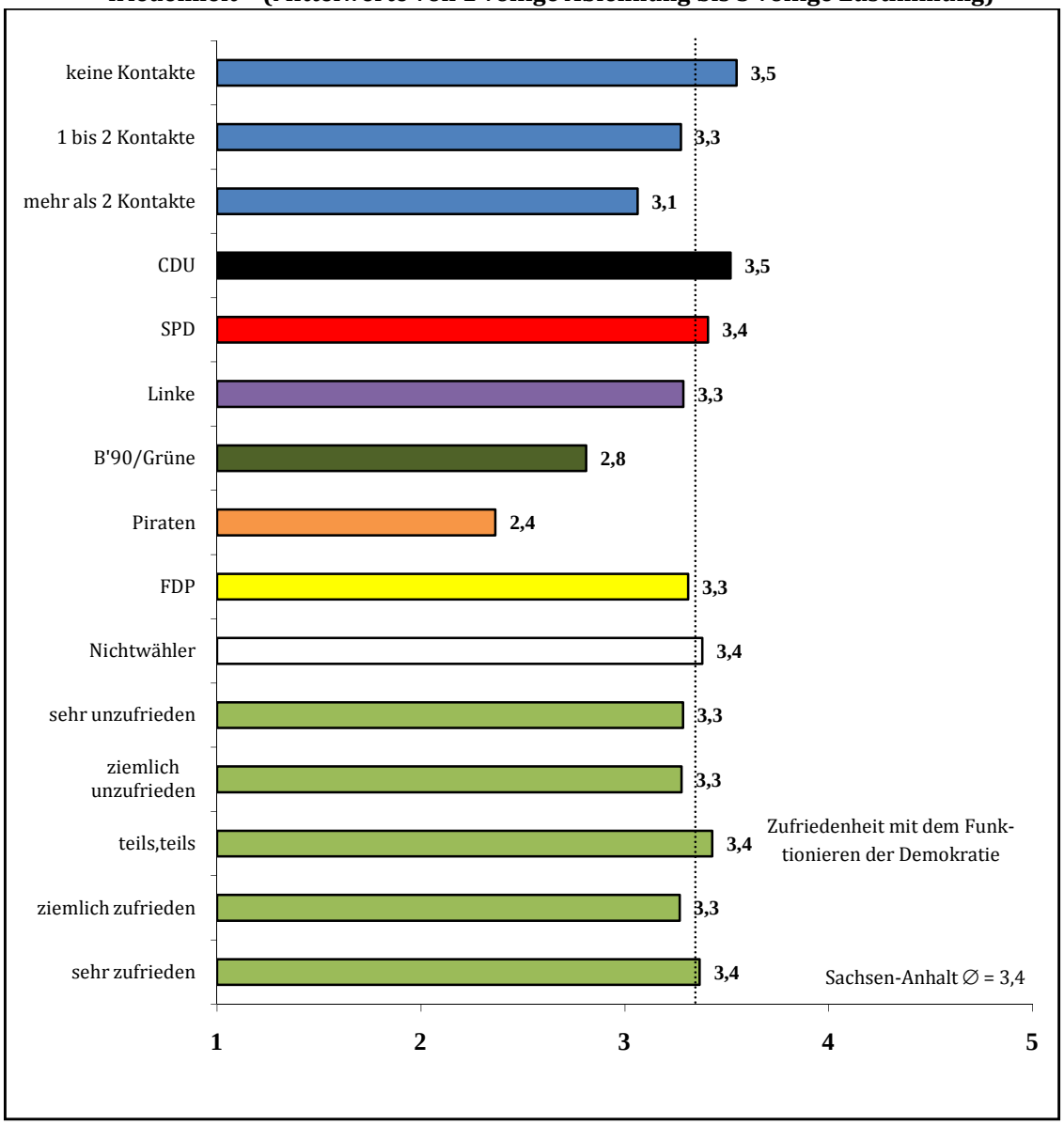
Dass nicht latente Fremdenfeindlichkeit, sondern ein distanziert-neutrales Verhältnis zu Vaterland und Nationalstaat in der nachwachsenden Generation verbreitet ist, wird durch die Beantwortung weiterer Fragen bestätigt. Gerade einmal drei Prozent der jüngsten Befragtengruppe, und außerdem niemand unter den 25- bis 34-Jährigen, denken in Kategorien nationaler Überlegenheit. Die Aussage, „die Welt wäre besser, wenn die Menschen aus anderen Ländern mehr wie die Deutschen wären“, erfährt bei 18- bis 24-Jährigen mit 63 Prozent die zahlenmäßig stärkste Ablehnung. Auch die korrespondierende Vorgabe, Deutschland sei generell „besser als die meisten anderen Staaten dieser Welt“, findet in der jüngsten Kohorte nur unterdurchschnittlich Zustimmung (vgl. Tab. 30).

Tab. 30 Patriotische Einstellungen nach Alter und Bildung, (Nennungen „stimme voll und ganz zu“ in Prozent)

F. 26 a-f: ...	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
	2012	18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Hauptschule	Realschule	Abitur
Ich bin lieber Bürger von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.	45	32	25	30	46	59	54	44	32
Die Welt wäre besser, wenn Menschen aus anderen Ländern mehr wie die Deutschen wären	6	3	0	4	7	8	8	5	3
Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder dieser Welt.	13	9	13	8	10	19	20	9	10
Man sollte das eigene Land selbst dann unterstützen, wenn es Fehler macht.	35	37	29	30	30	42	42	34	24
Wenn mein Land bei internationalen Sportveranstaltungen gut abschneidet, bin ich stolz Deutscher zu sein.	53	47	41	48	55	59	52	57	43
Ich schäme mich für mein Land, wenn Überfälle auf Ausländer stattfinden	53	20	39	44	59	63	45	57	57

Ein Bekenntnis zu einer nationalpolitisch unbedenklichen Form von Leistungspatriotismus bejaht die Mehrheit der Sachsen-Anhalter: 53 Prozent sind ohne Wenn und Aber „stolz Deutscher zu sein“, wenn das Land bei internationalen Sportwettkämpfen gut abschneidet. Schwächer ausgeprägt ist hingegen die Bereitschaft, dem eigenen Nationalverband eine Art politischen Blankoscheck auszustellen. Nur gut ein Drittel (35 %) will das eigene Land vorbehaltlos „selbst dann unterstützen, wenn es Fehler macht“ (vgl. Tab. 30).

Abb. 48 Skala Patriotismus nach Kontakten zu Ausländern, Parteisympathie und Demokratiezufriedenheit[42] (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)



Die Mittelwerte der Skala, welche die einzelnen Fragen zusammenfasst, erhärtet wiederum die Kontakthypothese: Die Identifikation mit dem eigenen Land schwächt sich infolge häufigerer Begegnung mit Ausländern tendenziell ab. Befragte, die mit den Piraten oder den Grünen sympathisieren, hegen vergleichsweise geringe patriotische Emotionen (vgl. Abb. 48). Der Grad der Demokratiezufriedenheit ist für Patriotismus ohne Belang. Im Übrigen greifen auch hier die schon bei anderen Fragen in ihrer Erklärungskraft bestätigten sozialstrukturellen Merkmale: Rentner, Hauptschulabsolventen und Arbeiter haben für ihr Land vergleichsweise starke Gefühle (vgl. Abb. 49). Die territoriale Differenzierung lässt bei Regionen so gut wie gar kein und bei Landkreisen ein moderates Gefälle von 0,6 Punkten erkennen (vgl. Abb. 50).

42 Der Wert der FDP muss auf Grund der geringen Fallzahl unter Vorbehalt interpretiert werden.

Abb. 49 Skala Patriotismus nach Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Beruf (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)

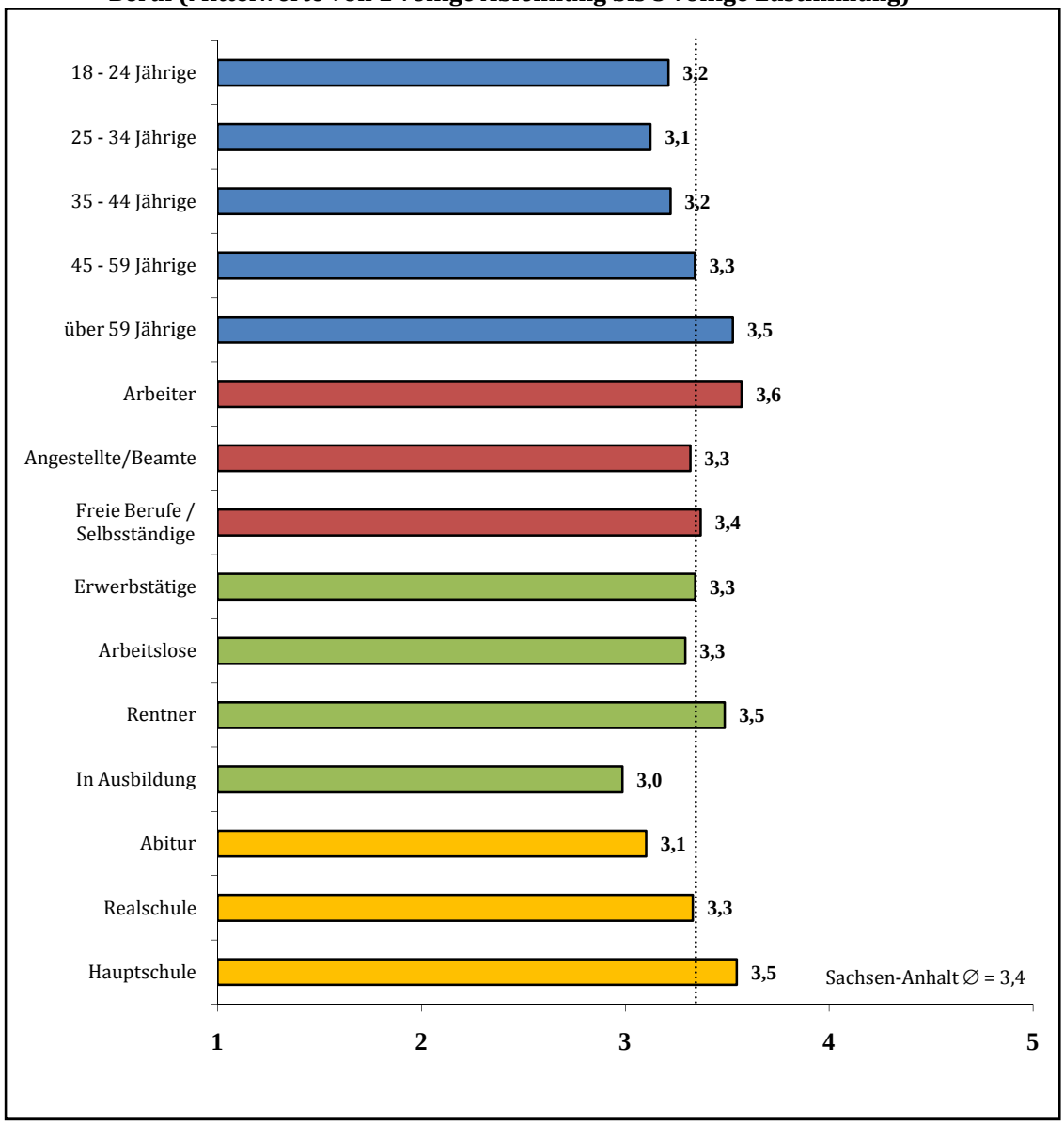
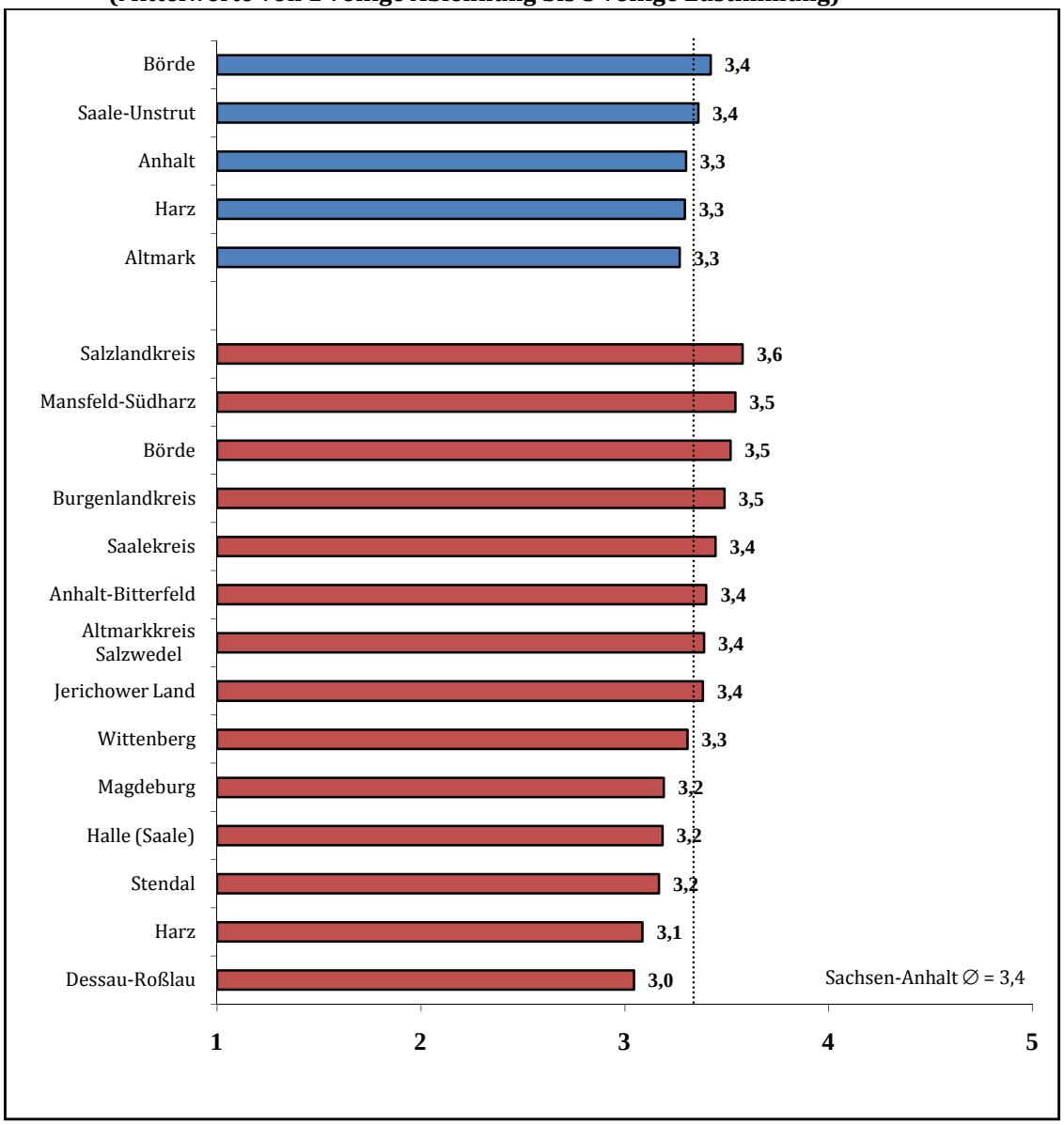


Abb. 50 Skala Patriotismus nach Region und Landkreisen (Mittelwerte von 1 völlige Ablehnung bis 5 völlige Zustimmung)



Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Neigungen zu nationalistischer Selbstüberhebung, im Vergleich zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Gesellschaft des Landes häufiger fruchtbaren Boden finden. Wo eine Bereitschaft besteht, sich affektiv mit der eigenen Nationalgemeinschaft zu identifizieren, ist diese Präferenz allerdings einer mythischen oder gar nationalchauvinistischen Überhöhung von Volk, Land und Staat weithin unverdächtig.

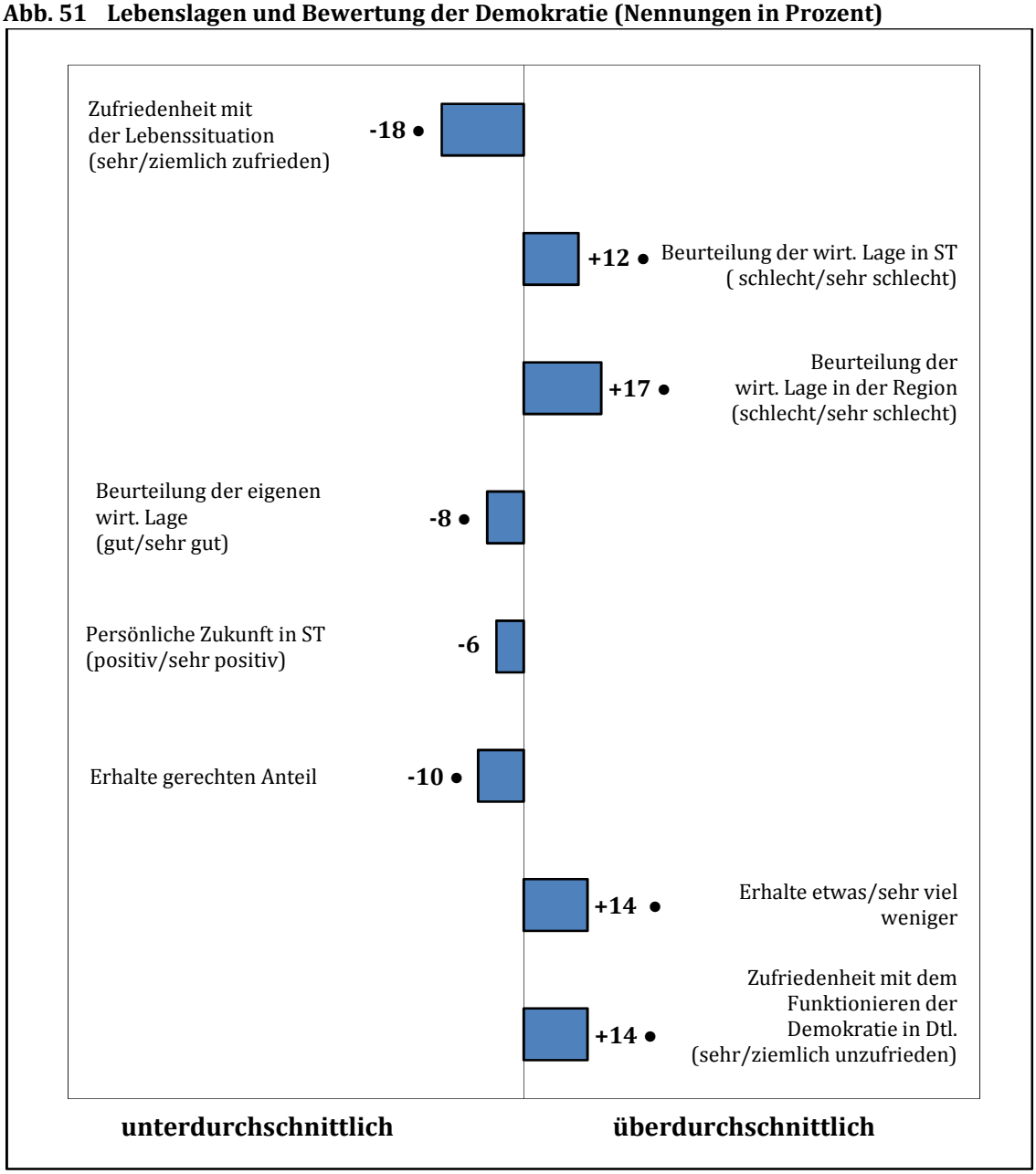
13 Ein politischer Problemraum: die „Landstadt“

Das Bild eines gegenwärtig insgesamt recht stabilen Zustands der demokratischen politischen und sozialen Kultur, das im Ergebnis der jüngsten Umfrage bisher gezeichnet werden konnte, lässt indessen, betrachtet man Sachsen-Anhalt gleichsam aus dem Okular eines feiner eingestellten Rastermikroskops, auch deutliche Verschattungen erkennen. Unterscheidet man nämlich die Daten nach *Ortsgrößenklassen*, so schält sich die Subgruppe der sogenannten Landstädte, d.h. von Gemeinden zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern, als eine sozialräumliche Einheit heraus, deren Einstellungsprofil zwar nicht bei allen, aber doch bei bemerkenswert vielen von uns erhobenen Indikatoren signifikant nach unten abweicht.[43] Anders gesagt: Einwohner speziell dieser mittleren Gemeindekategorie sind beispielsweise mit der Demokratie wie mit ihrer eigenen Lebenslage deutlich unzufriedener als der Landesdurchschnitt, sind ferner misstrauischer gegenüber den politischen Institutionen, sind politisch desinteressierter und distanzierter gegenüber Politikern, sind fremdenfeindlicher und weniger tolerant, fühlen sich ungerechter behandelt, liebäugeln häufiger mit einer Notstandsdiktatur, verklären öfter rückblickend die DDR und sind anfälliger für nationalistische Anwandlungen (vgl. Abb. 15 bis 19).

Im folgenden Abschnitt dokumentieren wir zunächst anhand einer komprimierten Übersicht die für die Ortsgrößenklasse der sachsen-anhaltischen Landstädte gesondert ausgezählten Daten, einschließlich ihrer Abweichungen vom Landesdurchschnitt. Sodann diskutieren wir Faktoren, die das abweichende Einstellungsbild möglicherweise erklären können.

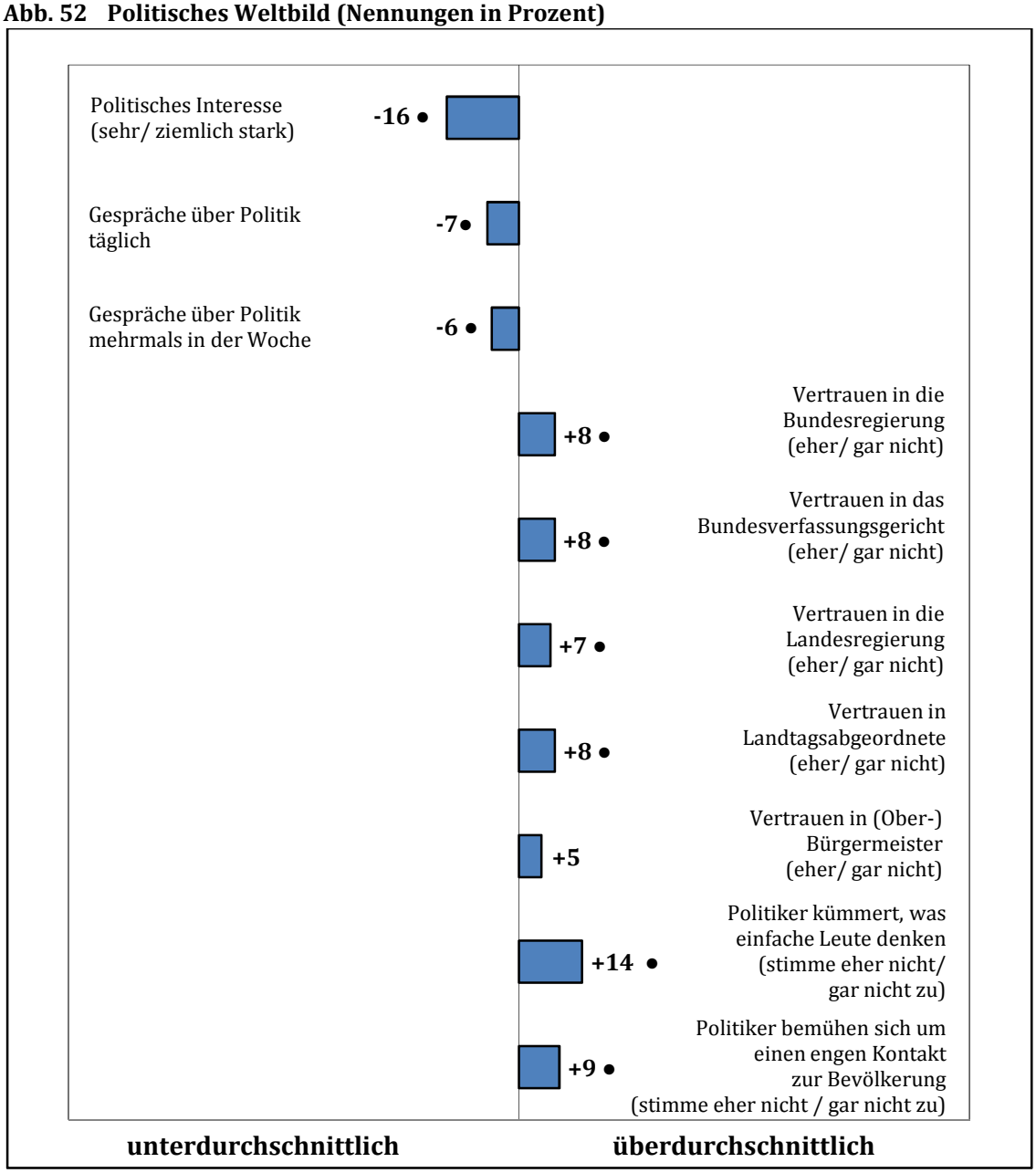
43 Die erhobenen Daten wurden nach folgenden Gemeindegrößenklassen gruppiert: 1 bis 1.999 Einw. – 2.000 bis 4.999 Einw. – 5.000 bis 19.999 Einw. – 20.000 bis 49.999 Einw. – 50.000 bis 99.999 Einw. – 100.000 und mehr. Unter „Landstadt“ fassen wir im Folgenden sämtliche politisch selbstständigen Gemeinden der Größenklasse 2.000 bis 4.999 Einw., auch wenn sie keinen Stadtstatus im rechtlichen Sinne haben. Hierzu gehören in Sachsen-Anhalt insgesamt 46 Gemeinden. Diese Gemeinden sind seit Januar 2011 Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden. Umgekehrt sind in der hier gebildeten Gruppe der Landstädte jene früheren Orte derselben Größenklasse nicht erfasst, die seit der Gemeindegebietsreform Teil von Einheitsgemeinden geworden sind.

Abb. 51 Lebenslagen und Bewertung der Demokratie (Nennungen in Prozent)



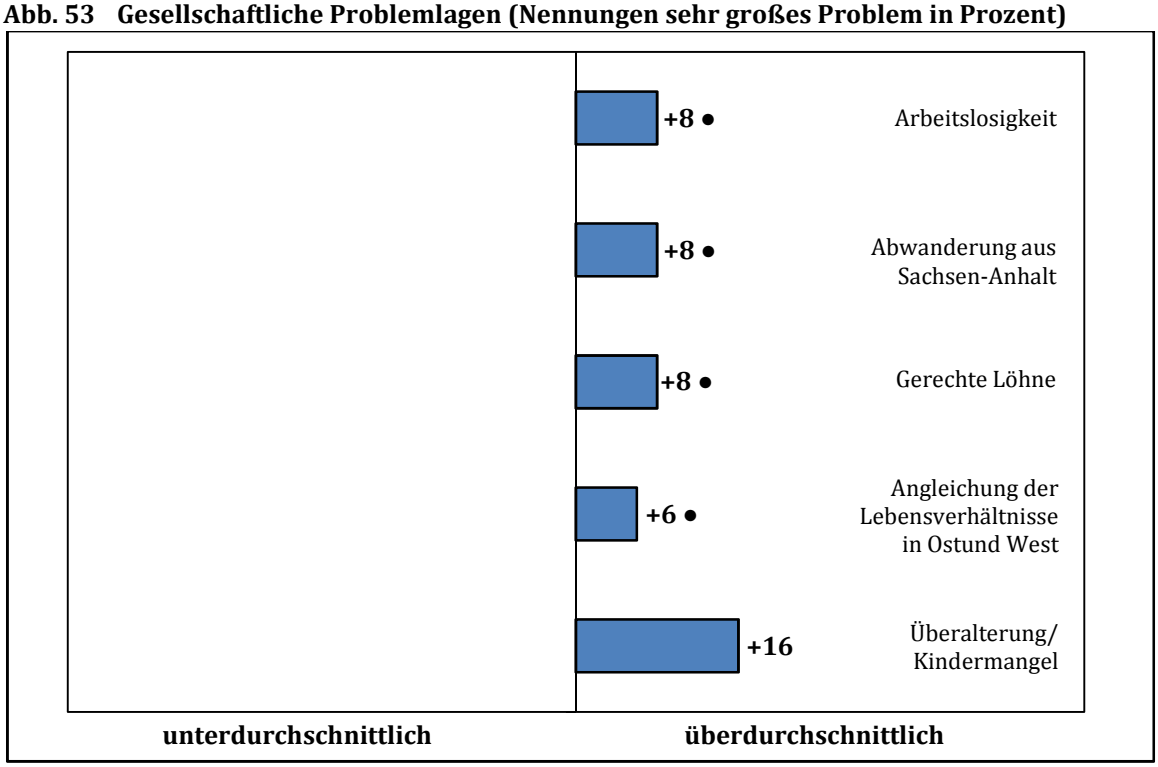
• höchster bzw. niedrigster Wert innerhalb aller Gemeindegrößenklassen

Abb. 52 Politisches Weltbild (Nennungen in Prozent)



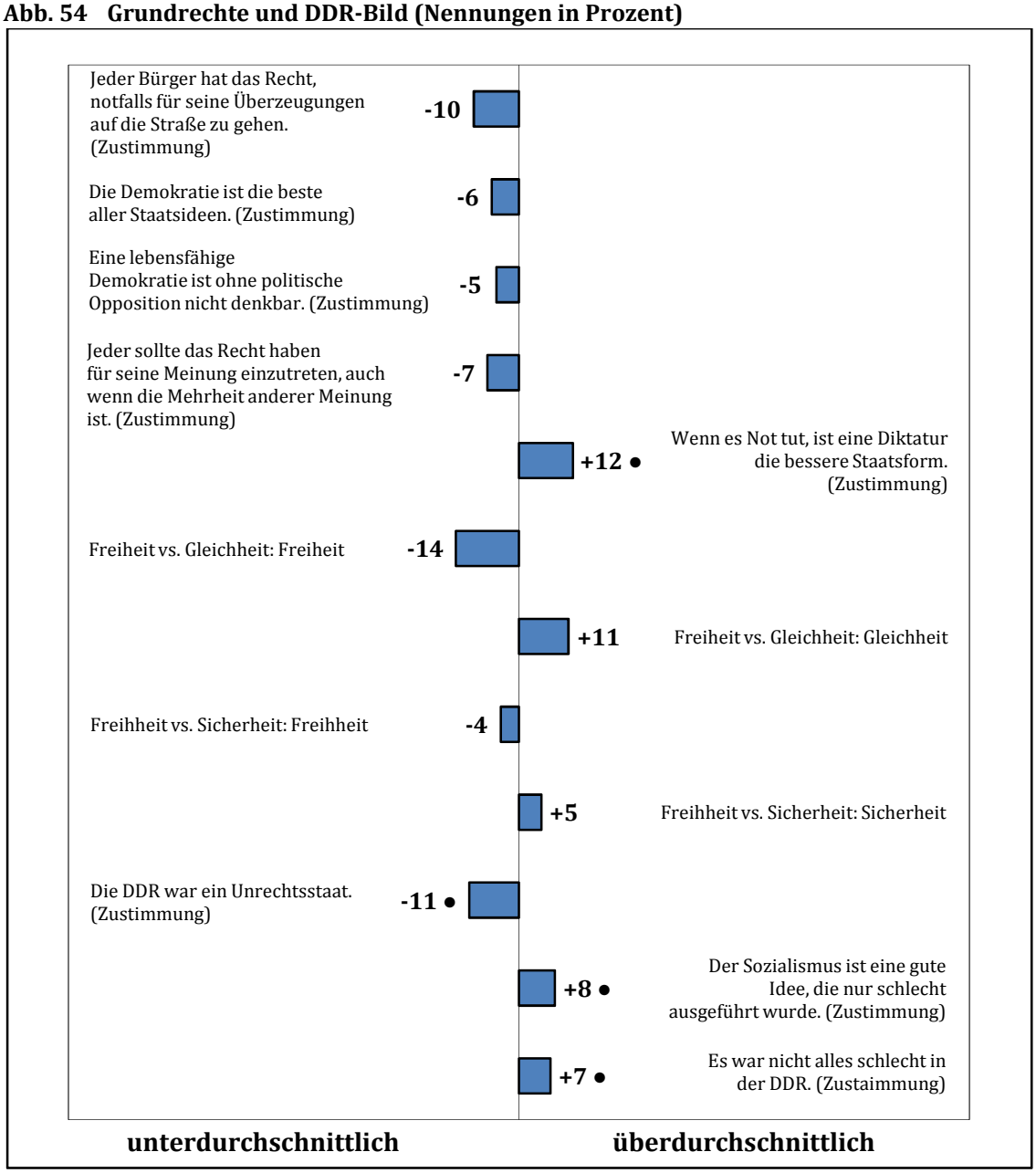
• höchster bzw. niedrigster Wert innerhalb aller Gemeindegrößenklassen

Abb. 53 Gesellschaftliche Problemlagen (Nennungen sehr großes Problem in Prozent)



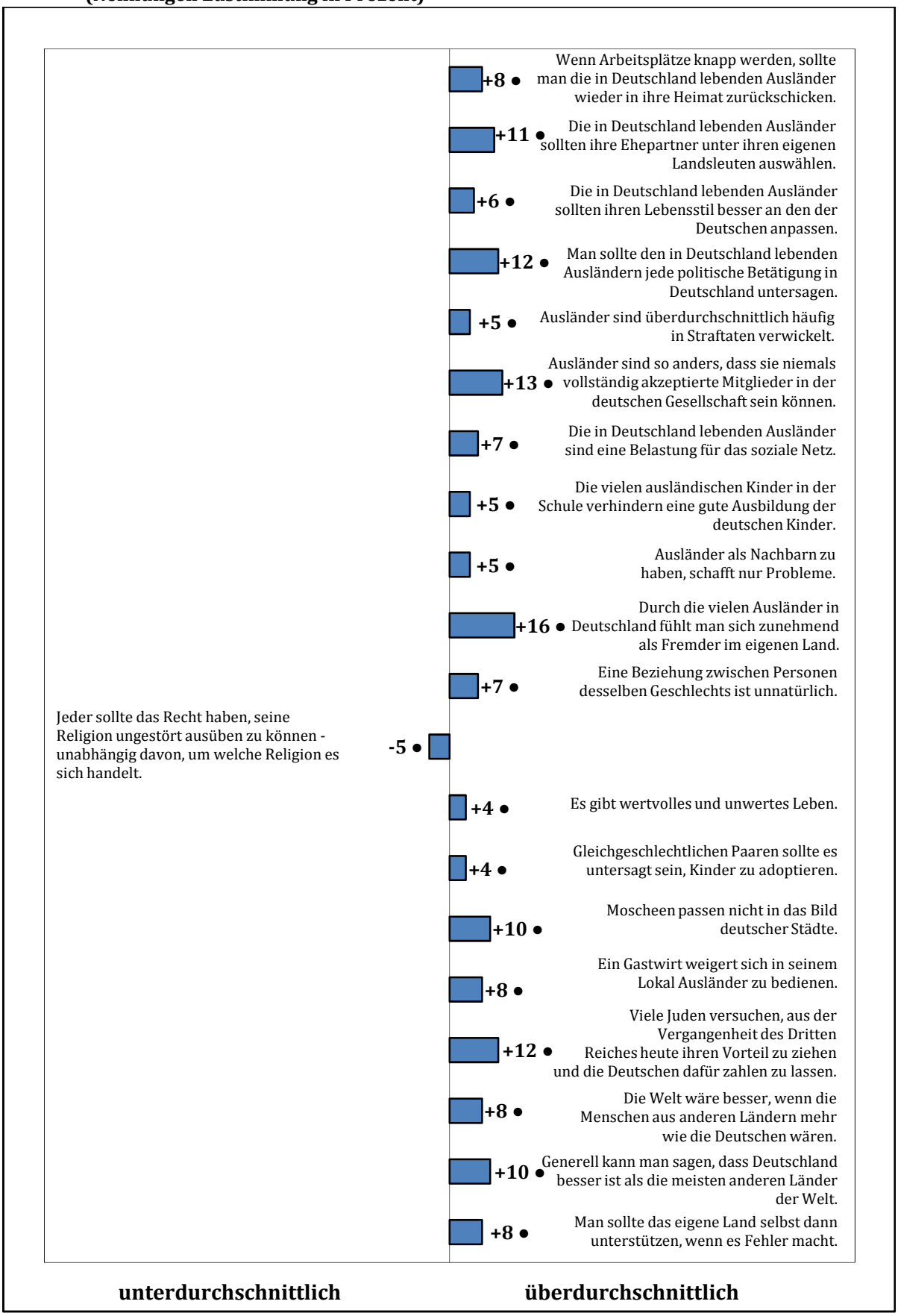
● höchster bzw. niedrigster Wert innerhalb aller Gemeindegrößenklassen

Abb. 54 Grundrechte und DDR-Bild (Nennungen in Prozent)



● höchster bzw. niedrigster Wert innerhalb aller Gemeindegrößenklassen

Abb. 55 Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Nationalismus, Intoleranz (Nennungen Zustimmung in Prozent)



● höchster bzw. niedrigster Wert innerhalb aller Gemeindegrößenklassen

Um dieses abweichende Einstellungsbild bei Bewohnern von Landstädten zu erklären, bieten sich theoretisch drei Hypothesen an: eine *Kontexthypothese*, die auf die ökonomische Ausstattung und finanzielle Leistungskraft der Gemeinden sowie die örtliche Arbeitsmarktsituation abhebt; eine *Entleerungshypothese*, welche auf eine überproportionale Alterung und Abwanderung verweist; und eine *Sozialstrukturhypothese*, die bestimmte soziale Merkmale der Ortsbevölkerung aufnimmt.

Zur Überprüfung der Kontexthypothese wurden als Indikatoren zunächst die Steuerkraft, die lokale Verschuldungsrate sowie die lokale Arbeitslosenquote herangezogen. Dabei zeigt sich, dass das Aufkommen an Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern), das einen Anhaltspunkt für die lokale Wirtschaftskraft liefert und für das örtliche Angebot an öffentlichen Leistungen bedeutsam ist, in Gemeinden zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern, die der hier untersuchten Ortsgrößenklasse in etwa entsprechen[44], im Jahr 2010 nicht nur gegenüber den einwohnerstärkeren, sondern auch gegenüber den kleineren Gemeinden sehr deutlich abfällt[45]. Weniger auffällig – und damit im Sinne der Hypothese nicht erklärungskräftig – sind hingegen der lokale Schuldenindex sowie die lokale Arbeitslosenrate im Vergleich mit den anderen Ortsgrößenklassen.[46]

Ein Hauptschlüssel zur Erklärung des abweichenden Einstellungsprofils scheint jedoch in der *subjektiven Wahrnehmung der ökonomischen Kontextbedingungen* zu liegen. Wie weiter oben ausgeführt (vgl. S. 25), sind es insbesondere Bewohner von Landstädten, welche die wirtschaftlichen Bedingungen in ihrer Region ausnehmend negativ ein-

44 Das Statistische Landesamt weist folgende OG-Klassen aus: < 1.000 Einw. – 1.000 bis unter 3.000 Einw. – 3.000 bis unter 5.000 Einw. usf.

45 Vgl. Statistisches Landesamt (Hrsg.): Realsteuervergleich für das Jahr 2010 (L II j/10), S. 8.

46 Lokaler Schuldenindex (Verschuldung pro Kopf in Euro):

< 2.000 Einw.	1.595,01
2.000 bis < 5.000 Einw.	3.635,19
5.000 bis < 20.000 Einw.	12.852,88
20.000 bis < 50.000 Einw.	42.724,05

Da die Verschuldung der Gemeinden/Gemeindeverbände nur über die Landkreise aggregiert vorliegt, wurde hier als Proxyindikator ein lokaler Schuldenindex für die einzelnen Gemeinden über die pro Kopf-Verschuldung der Landkreise gebildet (Schuldenindex = (Verschuldung im Kreis/Einwohner des Kreises*Einwohner der kreisangehörigen Gemeinde). Damit ist zumindest eine Tendenzaussage zum Verschuldungsgrad in den Größenklassen möglich.

Lokale Arbeitslosenrate (2008) in Prozent:

< 2.000 Einw.	15, 23
2.000 bis < 5.000 Einw.	15, 79
5.000 bis < 20.000 Einw.	16, 24
20.000 bis < 50.000 Einw.	21, 80

Die offizielle Arbeitslosenstatistik wird von der Bundesagentur nur bis zur Kreisebene hinunter geführt. Berechnet wurde deshalb ein Proxyindikator, den auch die Bertelsmann-Stiftung für ihren Wegweiser Demografie anwendet (Wegweiser Kommunen – Methodik: Indikatorenerläuterung, 2012, S. 21.)

schätzen. Anders gesagt: Es ist offenbar eine als schwierig bzw. perspektivlos erfahrene nähere wirtschaftliche Umgebung, die eine ausgreifend pessimistische und politikkritische Grundstimmung in diesen Gemeinden nährt.

Eine merklich abweichende Altersstruktur ist für Landstädte andererseits nicht kennzeichnend. Dies gilt sowohl für das durchschnittliche Alter der Bevölkerung in Gemeinden dieser Größenklasse als auch für das sogenannte Medianalter, also den am häufigsten besetzten Punkt in der Alterskurve der Einwohnerschaft[47]. Ebenso zeigen auch die zahlenmäßige Größenordnung der Fortzüge/Zuzüge sowie der Wanderungssaldo als solche im Vergleich mit den anderen Gemeindekategorien keine besonders problematische Entwicklungstendenz an[48]. Dafür, dass gerade sachsen-anhaltische Landstädte von Alterung sowie einem wanderungsbedingten Verlust jungen, gut qualifizierten Humankapitals überdurchschnittlich stark betroffen wären, liefern zumindest die hier herangezogenen Indikatoren keine Anhaltspunkte. Soweit muss folglich die Entleerungshypothese als eine mögliche Erklärung für das abweichende Einstellungsprofil verworfen werden.

Es bleibt noch die Sozialstruktur als ein anderer möglicherweise erklärender Faktor. Tatsächlich zeigt sich, wenn die Gesamtheit der Befragten nach sozialstrukturellen Merkmalen getrennt betrachtet wird, in der Ortsgrößenklasse der Landstädte eine Überrepräsentanz von Arbeitern und Geringverdienern sowie eine Unterrepräsentanz der mittleren Einkommensklassen: Arbeiter sind in der Grundgesamtheit mit einem 22-Prozent-Anteil, in der Gemeindekategorie zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern jedoch mit 40 Prozent vertreten. Legt man das Netto-Haushaltseinkommen als Basis zugrunde, so wird deutlich, dass in derselben Ortsklasse 13 Prozent über weniger als 750 Euro und weitere 38 Prozent unter 1.500 Euro monatlich verfügen. Die Vergleichswerte für den Bevölkerungsdurchschnitt liegen bei 10 bzw. 27 Prozent. Beide Male dürfte derselbe Personenkreis betroffen sein: Es sind vornehmlich Arbeiter, die eine vergleichsweise gering entlohnte Tätigkeit ausüben.

Es spricht vieles dafür, dass eine solche sozialstrukturelle Merkmalsausstattung die messbar pessimistische Einschätzung der ökonomischen Kontextbedingungen begünstigt. Das vom Landesdurchschnitt negativ abweichende Allgemeinbild von Politik, das

47 Durchschnittsalter und Medianalter in Jahren (2010):

< 2.000 Einw.	41, 73 (durchschn. Alter)	47, 65 (Medianalter)
2.000 bis < 5.000 Einw.	42, 38	48, 36
50.00 bis < 20.000 Einw.	42, 97	47, 96
20.000 bis < 50.000 Einw.	42, 69	84, 21

48 Wanderungsbilanz (2010):

Gemeindegrößenklassen	Fortzüge in Personen	Wanderungssaldo (in Personen)
< 2.000 Einw.	52	-17
20.00 bis < 5.000 Einw.	118	-19
5.000 bis < 20.000 Einw.	372	-70
20.000 bis < 50.000 Einw.	1222	-116

in Landstädten Sachsen-Anhalts verbreitet ist, speist sich demzufolge aus zwei Variablen, die sich wechselseitig verstärken: Personen mit einfacher Qualifikation, geringem Haushaltseinkommen und niedriger Stellung im Erwerbsleben, die in der Ortsbevölkerung dieser Größenklasse überdurchschnittlich vertreten sind, nehmen tatsächliche oder befürchtete Verschlechterungen der Wirtschaftslage in ihrem regionalen Einzugsbereich sensibler wahr als andere Menschen, die mit Ressourcen besser ausgestattet und deshalb „krisenfester“ sind. Die gefühlte Unsicherheit wird auf „System“ und Politik übertragen und leistet hier einem Reaktionsmuster Vorschub, das der gegebenen politischen Ordnung und deren Repräsentanten die Anerkennung verweigert. Um diese aus unseren Erhebungsdaten generierte Hypothese zu bestätigen, müssen Infrastruktur und Wirtschaftslage, sozialkulturelle Vernetzung, Engagementpotential und individuelle Motivlagen in den Landstädten jedoch noch genauer erforscht werden.

Wie andere Erhebungen ergänzend zeigen, ist demgegenüber in Landstädten das Engagement von Ratsvertretern im vorpolitischen Raum der Gemeinde (Vereine, Initiativen) nicht auffallend gering, sondern es bewegt sich eher auf dem Niveau des Durchschnittswerts für mittlere und größere Städte[49]. Ob damit auch ein Gefälle zwischen lokalen Positionseliten und lokaler Bevölkerung auf der Einstellungsebene einhergeht, bedarf ebenfalls noch näherer Untersuchung.

Gewiss bilden unsere Umfragedaten nur näherungsweise die real existierende Berufs- und Einkommensstruktur der Landstädte ab. Aber selbst wenn solche Verzerrungseffekte in Rechnung gestellt werden müssen, weist dieser Befund doch auf einen denkbaren kausalen Zusammenhang zwischen ortsgrößenklassentypischer Sozialstruktur und dem oben dargestellten Einstellungsprofil hin. Möglich ist, dass ein örtlich relativ verdichtetes Vorhandensein ressourcenschwacher und statusniedriger Personen, gepaart mit einer wenig dynamischen bzw. stagnierenden Wirtschaftsentwicklung im näheren Einzugsbereich der Orte dieser Größe und möglicherweise auch einem geringen Angebot freiwilliger kommunaler Leistungen und/oder bürgerschaftlicher Partizipation, ein lokales öffentliches Klima fördert, in dem eine eher pessimistische Lebenssicht und eine größere Abstandshaltung zu Politik sowie, damit verbunden, eine stärkere Hinwendung zu sozialen und kulturellen Vorurteilen gedeihen. Markiert wird mit diesem Befund für die politische Bildung ein Interventionspunkt, an dem sie, ihre landesweit bzw. zielgruppenbezogenen Programme ergänzend, mit speziell auf die Besonderheiten der landstädtischen Gemeinden abgestimmten Angebot ansetzen sollte.

49 Vgl. Randel, C., 2012: Bürgerschaftliches Engagement kommunaler Wählergemeinschaften (unveröff. Master-Arbeit an der Univ. Halle, 2012, S. 47). Ausgewertet wurde hier ein Datensatz des Teilprojekts A6 des SFB 580.

Fragebogen

Frage 1. Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden: Fühlen Sie sich mit ... sehr stark, stark verbunden, etwas oder nicht verbunden?

a) dem Ort, in dem Sie wohnen
b) Ihrer Region
c) Sachsen-Anhalt
d) Ostdeutschland
e) Gesamtdeutschland
f) Europa

sehr stark
stark
etwas
gar nicht

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 2. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen Lebenssituation? Sind Sie alles in allem ...

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 3. Wie beurteilen Sie ganz allgemein die derzeitige wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt? Ist sie Ihrer Meinung nach...

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 4. Und wie schätzen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage hier in der Region ein, in der Sie leben? Sehr gut, gut, teils/teils, schlecht oder sehr schlecht?

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht
sehr schlecht?

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 5. Und nun zu Ihrer wirtschaftliche Lage. Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage:

sehr gut
gut
teils/teils
schlecht oder
sehr schlecht?

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 6. Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft in Sachsen-Anhalt: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ, sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 7. Und wie ist das mit dem Land Sachsen-Anhalt: Wie sehen Sie die Zukunft Sachsen-Anhalts: sehr positiv, eher positiv, teils/teils, eher negativ, sehr negativ?

sehr positiv
eher positiv
teils/teils
eher negativ
sehr negativ

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 8. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Sachsen-Anhalt vor. Bitte sagen Sie mir für jede Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) In Sachsen-Anhalt finden Wirtschaftsunternehmen gute Bedingungen.

b) Sachsen-Anhalt ist für Besucher und Touristen attraktiv.

c) Sachsen-Anhalt ist für Wissenschaft und Forschung ein geeigneter Standort.

d) Der Werbespruch „Wir stehen früher auf" passt zu Sachsen-Anhalt.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 9. Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert alles in allem...

sehr zufrieden
ziemlich zufrieden
teils/teils
ziemlich unzufrieden
sehr unzufrieden

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 10. Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

sehr stark
ziemlich stark
mittelmäßig
weniger stark
überhaupt nicht

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 11. Wie oft sprechen Sie in der Familie, mit Freunden oder Arbeitskollegen über Politik: Würden Sie sagen täglich, mehrmals in der Woche, mehrmals im Monat, seltener oder nie?

täglich
mehrmals in der Woche
mehrmals im Monat
seltener
nie

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 12. Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.

a) die Bundesregierung
b) der Deutsche Bundestag
c) das Bundesverfassungsgericht
d) die politischen Parteien
e) die Landesregierung von Sachsen-Anhalt
f) der Landtag von Sachsen-Anhalt
g) die Landtagsabgeordneten
h) Ihr/e Oberbürgermeister/in (Halle, Magdeburg, Dessau) / Ihr/e Bürgermeister/in (Ort)

vertraue ich voll und ganz
vertraue ich weitgehend
vertraue ich teilweise
vertraue ich eher nicht
vertraue ich überhaupt nicht

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 13. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Wie ist das mit

a) Politiker kümmert, was einfache Leute denken.
b) Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.
c) Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.
d) Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
e) Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, Ihre Ansichten interessieren sie nicht.
f) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 14. Finden Sie, dass es in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht?

eher gerecht
eher ungerecht

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 15. Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, sehr viel mehr, etwas mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil
erhalte etwas mehr als gerechten Anteil
erhalte gerechten Anteil
erhalte etwas weniger
erhalte sehr viel weniger

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 16. Es gibt ja eine ganze Reihe von Problemen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht die Arbeitslosigkeit für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie mir das anhand einer Skala von 1 bis 5. 5 steht dabei für ein sehr großes Problem; 1 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Und wie ist das mit ...

a) der Arbeitslosigkeit
b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
c) der Qualität der Schulen?
d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
e) gerechten Löhnen?
f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
g) der Überalterung und dem Kindermangel?
h) der Finanzkrise in Europa
i) dem Klimawandel

5 sehr großes Problem
4
3
2
1 gar kein Problem

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 17. Und was meinen Sie: Ist die Politik in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 1 bis 5. 5 bedeutet, dass die Politik umfassend dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 1 bedeutet, dass die Politik überhaupt nicht dazu in der Lage ist. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung wieder abstufen.

Wie ist das mit …?

a) der Arbeitslosigkeit
b) der Abwanderung aus Sachsen-Anhalt?
c) der Qualität der Schulen?
d) dem Schutz vor Kriminalität und Verbrechen?
e) gerechten Löhnen?
f) der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West?
g) der Überalterung und dem Kindermangel?
h) der Finanzkrise in Europa
i) dem Klimawandel

5 umfassend dazu in der Lage
4
3
2
1 überhaupt nicht in der Lage

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 18. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Was sagen Sie zu:

a) Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen.
b) Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
c) Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar.
d) Jeder sollte das Recht haben für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist.
e) Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
f) Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 19. Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit
Gleichheit

**spontan: Beides gleichermaßen
**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 20. Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

Freiheit
Sicherheit

**Spontan: Beides gleichermaßen
**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 21. Jetzt folgen einige Sätze, die Sie bestimmt schon irgendwann einmal gehört haben. Sagen Sie mir bitte zu jedem Satz, ob Sie ihm voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) Die DDR war ein Unrechtsstaat.
b) Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
c) Es sollte strafbar sein, wenn jemand DDR-Unrecht verharmlost oder den Schießbefehl an der früheren innerdeutschen Grenze leugnet.
d) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
e) Trotz aller Einschränkungen konnte man in der DDR privat alles in allem ganz gut leben.
f) Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.
g) Die Darstellung der DDR in Fernsehen und Presse sollte sich nicht nur auf die Stasi und die SED-Diktatur beschränken.
h) Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.
i) Es war nicht alles schlecht in der DDR.
j) Das politische System der DDR war eine Diktatur.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu]

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 22. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Sachsen-Anhalt-Monitors ist die Beziehung zwischen Deutschen und Ausländern. Daher lese ich Ihnen nun einige Aussagen über Ausländer vor. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.
Falls Nachfrage: Als Ausländer gelten Personen nicht-deutscher Herkunft..

a) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
b) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
c) Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen anpassen.
d) Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.
e) Ausländer sind überdurchschnittlich häufig in Straftaten verwickelt./
f) Ausländer sind so anders, dass sie niemals vollständig akzeptierte Mitglieder in der deutschen Gesellschaft sein können.
g) Ausländer machen die Arbeiten, die andere nicht tun wollen.
h) Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.
i) Die vielen ausländischen Kinder in der Schule verhindern eine gute Ausbildung der deutschen Kinder.
j) Ausländer müssen ihre sprachlichen Fertigkeiten verbessern.
k) Ausländer als Nachbarn zu haben, schafft nur Probleme.
l) Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land.

Sagen Sie mir bitte auch noch zu den folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

m) Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.
n) Jeder sollte das Recht haben, seine Religion ungestört ausüben zu können – unabhängig davon, um welche Religion es sich handelt.
o) Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
p) Gleichgeschlechtlichen Paaren sollte es untersagt sein, Kinder zu adoptieren.
q) Moscheen passen nicht in das Bild deutscher Städte.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 23. Ich lese Ihnen nun eine Situation mit einem bestimmten Verhalten der beteiligten Personen vor:

„Ein Gastwirt weigert sich in seinem Lokal Ausländer zu bedienen."

a) Was meinen Sie, wie häufig kommt so etwas in Sachsen-Anhalt vor.

nie
selten
hin und wieder
oft
sehr oft

**weiß nicht
**keine Angabe

b) Wie beurteilen Sie persönlich dieses Verhalten. Ich finde das …

völlig in Ordnung
eher in Ordnung
eher nicht in Ordnung
überhaupt nicht in Ordnung

**weiß nicht
**keine Angabe

c) Und was meinen Sie, wie beurteilen wohl die meisten Deutschen dieses Verhalten.

völlig in Ordnung
eher in Ordnung
eher nicht in Ordnung
überhaupt nicht in Ordnung

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 24. Haben Sie persönlich Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern, in den folgenden Bereichen Ihres persönlichen Umfeldes.

a) in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft?
b) an Ihrem Arbeitsplatz?
c) in Ihrer Nachbarschaft?
d) in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis

ja
nein

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 25. Ich lese Ihnen jetzt noch einmal einige Aussagen vor, zu denen man unterschiedliche Meinungen haben kann. Bitte sagen Sie mir zu jeder Aussage, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Was sagen Sie zu:

a) Mich beschämt, dass Deutsche so viele Verbrechen an den Juden begangen haben.
b) Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.
c) Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
d) Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 26. Ich lese Ihnen nun erneut einige Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte für jede dieser Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

a) Ich bin lieber Bürger/Bürgerin von Deutschland als irgendeines anderen Landes der Welt.
b) Ich schäme mich für mein Land, wenn Überfälle auf Ausländer stattfinden.
c) Die Welt wäre besser, wenn die Menschen aus anderen Ländern mehr wie die Deutschen wären.
d) Generell kann man sagen, dass Deutschland besser ist als die meisten anderen Länder der Welt.
e) Man sollte das eigene Land selbst dann unterstützen, wenn es Fehler macht.
f) Wenn mein Land bei internationalen Sportveranstaltungen gut abschneidet, bin ich stolz, Deutsche(r) zu sein.

stimme voll und ganz zu
stimme eher zu
teils/teils
stimme eher nicht zu
stimme überhaupt nicht zu

**weiß nicht
**keine Angabe

Frage 27. Welches historische Ereignis verbinden Sie mit dem 31. Oktober 1517?

richtig (Thesenanschlag von Luther)
falsch

**weiß nicht
**keine Angabe

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Everhard Holtmann
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck
Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Kerstin Völkl
Institut für Politikwissenschaft und Japanologie
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Lehrbereich Methoden